



Wo Klaus recht hat

VON MANFRED MAURER

SELTEN GIBT ES Gelegenheit, dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus zustimmen zu können. In diesem Fall aber hat er recht: Wenn Václav Klaus in einer Replik auf Heinz Fischers Einstufung der Beneš-Dekrete als „schweres Unrecht“ bedauert, daß diese „schmerzhaften historischen Themen“ im österreichischen Wahlkampf wieder „mißbraucht“ würden, muß man dem tschechischen Staatschef zustimmen.

NATÜRLICH IST KLAR, daß das Bedauern von Klaus ausschließlich dem Ärger über die neuerliche Thematisierung eines für Tschechien nach wie vor unangenehmen, weil ungelösten Konfliktes entspringt. Das ändert allerdings nichts daran, daß der österreichische Bundespräsident unter dringendem Mißbrauchsverdacht steht. Und Fischer mißbraucht nicht nur das Thema, er mißbraucht auch die Menschen.

EIN MIßBRAUCH liegt insofern vor, als das wahlkämpferische Motiv hinter Heinz Fischers an sich erfreulicher Wortspeende anlässlich des sudetendeutschen März-Gedenkens zu offensichtlich ist.

BEI ÄHNLICHER GELEGENHEIT – als Fischer aber seinen Wahlkampf freilich schon hinter sich hatte – verhielt sich das Staatsoberhaupt nämlich völlig anders. Anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) hatte dieser im Herbst 2004 den frischgebackenen Bundespräsidenten um ein Grußwort für eine Festschrift ersucht – und sich eine harsche Abfuhr geholt. Fischers schriftliche Begründung damals: Er kenne den Inhalt der Festschrift nicht und hätte auch „Schwierigkeiten“ damit, „weil ich mich immer für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Österreich und seiner Nachbarstaaten ... ausgesprochen habe“. Mündlich rechtfertigte Fischer in einem Gespräch mit Vertriebenenvertretern seine diplomatische Zurückhaltung mit dem angeblich drohenden Schaden für die Beziehungen Österreichs zu den Staaten, die Altösterreicher vertrieben haben.

JETZT, DA MIT Barbara Rosenkranz eine Herausforderin in die Wahlkampfarena getreten ist, die 2004 unter anderem wegen der Beneš-Dekrete im Nationalrat gegen den EU-Beitritt Tschechiens gestimmt hatte, fühlte sich Fischer bemüßigt, der ja nicht ganz unbeträchtlichen Wählergruppe der Vertriebenen auch etwas zu bieten. Also fiel das Grußwort zum März-Gedenken jener Vertriebenen, denen er vor fünf Jahren ein ebensolches noch verweigert hatte, für Fischer'sche Verhältnisse geradezu deftig aus.

ENTSPRECHEND HARSCH die Proteste aus Prag. Auch das mag einkalkuliert gewesen sein: Denn einem österreichischen Politiker, der von tschechischer Seite attackiert wird, erwächst daraus nicht unbedingt ein Nachteil.

DER BUNDESPRÄSIDENT wird freilich nach seiner sehr wahrscheinlichen Wiederwahl Gelegenheit haben, den Mißbrauchsvorwurf zu entkräften. Er braucht seinen Worten nur Taten folgen zu lassen. Anstatt wie nach der Präsidentschaftswahl im Jahr 2004 zu den Vertriebenen auf demonstrative Distanz zu gehen, könnte er ja zu seinem nächsten Staatsbesuch in Prag ein paar österreichische Opfer dieses „schweren Unrechtes“ mitnehmen. Oder er könnte in Tschechien mit Vertretern der deutschsprachigen Minderheit zusammentreffen, die ihm dann erzählen könnten, wie sehr und wie konkret die Beneš-Dekrete noch heute Auswirkungen auf das Leben dieser Menschen haben. Und der Bundespräsident könnte auch die Bundesregierung ermahnen, sich etwas mehr für eine Lösung der Sudetendeutschen Frage zu engagieren, denn schließlich geht es hier ja nicht bloß um die Beseitigung eines leichten, sondern eines „schweren Unrechtes“.

DER BUNDESPRÄSIDENT wird also viele Gelegenheiten haben, seinen tschechischen Amtskollegen Lügen zu strafen. Doch es steht zu befürchten, daß Klaus dieses Mal recht behalten wird.

Stiftung wird zur Farce

(Seite 6)

Völkermord anerkennen

(Seite 7)

Tribüne der Meinungen

(Seite 20)

Bundespräsident Fischer entdeckt im Wahlkampf die Sudetendeutschen

Wohl nicht zufällig im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf hat Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer die Sudetendeutschen entdeckt. In einem schriftlichen Grußwort an die SLÖ anlässlich des Gedenkens an die Opfer des 4. März 1919 bezeichnete Fischer die Beneš-Dekrete als „schweres Unrecht“. „Daran gibt es nichts zu beschönigen“, so Fischer. Gleichzeitig betonte er, die Tatsache, daß Tschechien als Voraussetzung für seine Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag eine Ausnahme von der Europäischen Grundrechte-Charta zugesprochen bekommen habe, habe auf die Beneš-Dekrete keine Auswirkung. Aus Prag hagelte es umgehend Proteste. Der tschechische Präsident Václav Klaus verurteilte die Äußerungen Fischers und kritisierte einen „Mißbrauch“ dieses Themas im Wahlkampf. Der Senatsvorsitzende Sobotka äußerte Erstaunen darüber, daß der österreichische Bundespräsident die damalige Entscheidung der Alliierten (!) anzweifeln und betonte, die Beneš-Dekrete seien weiter-

hin gültiger – wenn auch nicht rechtswirksamer – Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung. Sozialdemokraten-Chef Paroubek sagte, falls Fischer die Beneš-Dekrete tatsächlich in Zweifel ziehe, sei das ein „bedauerlicher Exzeß, der die tschechisch-österreichischen Beziehungen unnötigerweise beschädigen könne“. Der Chef der konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Ex-Premier Mirek Topolánek, warf Fischer „unsinnigen und gefährlichen Populismus“ vor.

In Österreich wurde Fischers Grußbotschaft unterschiedlich aufgenommen. Während ÖVP-Vertriebenensprecher Norbert Kappeler „einen deutlichen Paradigmenwechsel der SPÖ und des Präsidenten“ erkannte und sich auf neue Chancen freut, „gemeinsam mit dem Koalitionspartner neue Wege in einer aktiven Vertriebenenpolitik zu gehen“, reagierte FPÖ-Vertriebenensprecherin Anneliese Kitzmüller skeptischer. Für sie kommt die Verurteilung der Beneš-Dekrete durch Fischer „reichlich spät“.

Der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) verurteilt die Angriffe auf Fischer. Nach Meinung von VLÖ-Bundesobmann Rudolf Reimann zeugen die tschechischen Rundumschläge einmal mehr davon, „daß Tschechien weiterhin nicht bereit ist, die Schandtat in der eigenen Geschichte aufzuarbeiten“. Der Bundespräsident habe nur angesprochen, „was für jeden aufrechten Demokraten und Humanisten eine Selbstverständlichkeit ist. Es muß heute in Europa möglich sein, das Unrecht der Vertreibung von Millionen von Menschen anzusprechen, ohne dafür eine Ohrfeige zu bekommen.“ Reimann fordert das österreichische Außenministerium und Bundeskanzler Werner Faymann auf, in aller Schärfe gegen die tschechischen Verbalattacken auf Fischer zu protestieren.

Die Grußbotschaft Fischers im Wortlaut lesen Sie auf Seite 5, und warum Rudolf Reimann auch Grund zur Klage über Fischer hat, auf Seite 8.

MÄRZGEDENKEN 2010 IN WIEN



Blick auf die Bühne mit den 54 Kreuzen der Märzopfer.

Foto: Alfred Nechvatal

FPÖ wünscht von Fischer Druck auf Klaus – Aufregung in Prag

Das Grußwort von Heinz Fischer beim diesjährigen März-Gedenken hat hohe Wellen geschlagen. In Österreich wurde der Bundespräsident aufgefördert, den Worten Taten folgen zu lassen, in Prag erntete er harsche Kritik.

Für die FPÖ-Vertriebenensprecherin Anneliese Kitzmüller kommt die Verurteilung der Beneš-Dekrete durch Bundespräsident Heinz Fischer „reichlich spät“. „Wenn er es ehrlich meint, dann rufe ich den Bundespräsidenten auf, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen und Druck auf seinen tschechischen Amtskollegen Václav Klaus auszuüben, der ja nach wie vor als einer der größten Verteidiger der Unrechtsnormen auftritt“, so die Abgeordnete. Fischers Grußbotschaft an die SLO sei „bestenfalls als Ausdruck seiner Nervosität im Wahlkampf mit Barbara Rosenkranz zu klassifizieren“.

„Wo war Fischers Kritik, als (Bundeskanzler Werner) Faymann und (Außenminister Michael) Spindelegger beim Lissabon-Vertrag umgefallen sind und der tschechischen Ausnahme Klaus für die EU-Grundrechtcharta zugestimmt haben?“, fragt Kitzmüller. Fischers jetzige Darstellung, die Ausnahme berühre die Beneš-Dekrete nicht, sei unzutreffend: „Zwar werden die menschenverachtenden Gesetze im Text nicht erwähnt, allerdings mit dem Begriff ‚Verwaltungsvorschriften‘ umso zynischer umschrieben. Diese Ausnahme für die Tschechen soll nach dem Willen der EU gemeinsam mit der nächsten Aufnahme eines neuen Mitglieds ratifiziert werden.“

Die freiheitliche Präsidentschaftskandidatin Rosenkranz und die FPÖ würden „immer und überall bedingungslos für eine Ächtung und Aufhebung der Beneš-Dekrete eintreten und sich für eine Wiedergutmachung gegenüber den Opfern der Vertreibung stark“ machen, erklärte die Abgeordnete. „Fischers SPÖ“ hingegen fahre eine „leicht durchschaubare Doppelstrategie, die der Bundeskanzler vorgegeben“ habe: „In Brüssel bekommen Faymann und Co den Mund nicht auf, in Österreich sprechen sie von Unrechtsnormen und werden dabei nicht einmal rot.“

Kapeller angenehm überrascht

Wohlvollend nimmt ÖVP-Vertriebenensprecher Norbert Kapeller Fischers Stellungnahme zur Kenntnis. „Ich erkenne hier einen deutlichen Paradigmenwechsel der SPÖ und des Präsidenten und sehe darauf aufbauend neue Chancen darin, gemeinsam mit dem Koalitionspartner neue Wege in einer aktiven Vertriebenenpolitik zu gehen“, freut sich Kapeller auf die politische Aufbruchsstimmung in der SPÖ.

Entsetzt zeigt sich der ÖVP-Vertriebenensprecher hingegen jedoch über die postwendend erfolgten Meldungen aus Tschechien.

„Infragestellung nicht möglich“

Die Beneš-Dekrete kann man nach Auffassung des Chefs der tschechischen rechtsliberalen Partei TOP 09, des ehemaligen Außenministers Karel Schwarzenberg, nicht in Frage stellen. Schwarzenberg sagte dies in einer Debatte im Tschechischen Fernsehen über die Grußbotschaft von Bundespräsident Heinz Fischer zum März-Gedenken. „Die Gültigkeit der Dekrete – um es korrekt zu sagen – des Präsidenten der Republik (Edvard Beneš) ist gegeben“, so Schwarzenberg. Er habe keinen Zweifel daran, daß sie auch vor der Aushandlung der Ausnahmeregel für Tschechien hinsichtlich der Menschenrechtscharta nicht in Frage gestellt werden könnten. „Ich bin überzeugt, daß hier keine Infragestellung möglich ist. Die Sicherheit des Rechtszustandes in der Tschechischen Republik ist gegeben. Deshalb denke ich, daß wir nicht immer wieder auf diese Fragen aufmerksam machen sollten. Dies führt nur dazu, daß der Eindruck entsteht, daß wir uns selbst nicht sicher fühlen. Und das ist keine gute Politik. Wir müssen darin ruhig und konsistent sein“, sagte Schwarzenberg in Anspielung auf die genannte Ausnahmeregel in bezug auf den Lissabon-Vertrag, um die sich der Staatspräsident Václav Klaus 2009 eingesetzt hatte.

„Was hier wiederum – und das leider parteiübergreifend – an Unfug und Geschichtsfälschung hinausposaunt wird, ist in jeglicher Hinsicht untragbar“, ärgert sich Kapeller.

„Wenn von tschechischer Seite die Ausnahmeregelung beim Lissabon-Vertrag, sprich die ‚Václav-Klausel‘, als ‚weitsichtig‘ und ‚nützlich‘ bezeichnet wird, ‚die Beneš-Dekrete, das Potsdamer Abkommen und die österreichische Herkunft Hitlers miteinander verquickt werden, dann dreht sich mir der Magen um“, so Kapeller.

„Der Tag ist ohnehin längst überfällig, an dem sich auch die tschechische Politik der historischen Verantwortung wirklich stellt. Die lineare Fortsetzung der Politik von Václav Klaus wird in einem zusammenwachsenden Europa und in einer Wertegemeinschaft geradewegs auf Abstellgleis führen. Am Ende des Weges wird die tschechische Politik Unrecht eingestehen und Entschädigung leisten müssen“, so der ÖVP-Vertriebenensprecher Kapeller.

Klaus bedauert Mißbrauch des Themas

Und hier die harschen Reaktionen aus Prag. Die Beneš-Dekrete seien ein Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und auch heute noch Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung, betonten dort Politiker nahezu aller Parteien. Staatschef Václav Klaus gab seinem „Bedauern“ Ausdruck, daß diese „schmerzhaften historischen Themen“ im österreichischen Wahlkampf wieder „mißbraucht“ würden. Die Aushandlung einer Ausnahmeregel für Tschechien hinsichtlich der Menschenrechtscharta vor der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages sei „weitsichtig“ und „nützlich“ gewesen. „Es zeigt, wie unerlässlich es ist, daß diese Ausnahme so schnell wie möglich verbindlich rechtlich kodifiziert ist“, zitierte der Sprecher von Klaus, Radim Ochvat, den Staatschef.

Sehr scharf reagierte die Chefin der außerparlamentarischen Partei „Souveränität“, die frühere Kandidatin für das Präsidentenamt 2008, Jana Bobošíková. Gegenüber der Nachrichtenagentur „Mediafax“ sagte sie, die Beneš-Dekrete seien eine Folge des deutschen Nationalsozialismus, der Europa in zwei Blöcke geteilt habe. „Die Keime der Beneš-Dekrete hat es bereits in dem Potsdamer Abkommen gegeben. Und ich persönlich lasse dem Herrn Präsidenten sagen, daß Hitler ein Österreicher war“, so Bobošíková.

Der Chef der christdemokratischen Volkspartei (KDU-CSL) und ehemalige Außenminister Cyril Svoboda sagte, die Beneš-Dekrete seien eine „Folge des Nachkriegszustandes“ in der ehemaligen Tschechoslowakei und hätten „keinen direkten Zusammenhang mit der EU und deren Rechtsordnung“.

Nach Auffassung des Vizechefs der Kommunisten (KSCM), Jiri Dolejs, sind die Dekrete der Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung. Falls sie jemand so (als schweres Unrecht) bezeichne, weiche er dem historischen Kontext aus, sagte Dolejs.

Der Vorsitzende des Senats aus der konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Premysl Sobotka, sagte gegenüber der Nachrichtenagentur CTK, er sei „überrascht“, daß ein Spitzenpolitiker Österreichs noch heute die Entscheidung der Weltmächte angreife, die Beneš umgesetzt habe. „Sie (die Dekrete) sind aus meiner Sicht gültig, auch wenn sie heute selbstverständlich keinen rechtlichen Wirkungsgrad mehr haben“, so Sobotka. Er sagte weiters, die EU sei 2009 mit der Bedingung des tschechischen Präsidenten Klaus einverstanden gewesen, daß sich die Menschenrechtscharta nicht auf die Beneš-Dekrete beziehe.

Außenminister Jan Kohout meinte: „Für uns ist diese Frage zumindest seit dem EU-Beitritt abgeschlossen, wo die Kompatibilität unserer Gesetzgebung, einschließlich der erwähnten Präsidenten-Dekrete, mit dem europäischen Recht überprüft wurde. Man hat konstatiert, daß es darin keine Kollision gibt“.

Auch Ex-Außenminister und Chef der rechtsliberalen Partei TOP 09, Karel Schwarzenberg, führt nach eigenen Worten die Aussagen Fischers auf den Wahlkampf zurück: „Es ist immer eine Frage, die in Österreich eine Rolle spielt.“

Der vormalige sozialdemokratische Ex-Premier Milos Zeman, der kürzlich eine neue Gruppierung, Partei der Bürgerrechte (SPO), gegründet hatte, meinte, Heinz Fischer sei sein langjähriger

Freund. Allerdings könnten auch die Freunde ab und zu miteinander „grundsätzlich nicht einverstanden sein“. Die Beneš-Dekrete seien eine „direkte und logische Folge der Genozid-Bemühung der überwiegenden Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung gegenüber dem tschechischen Volk“ gewesen, so Zeman.

SLO-Bundesobmann Gerhard Zeihel meinte, daß die Wahlen im Mai in der CR viele Politiker und Medien dazu verleitet haben, billiges politisches Kleingeld zu wechseln. Es zeige sich immer wieder, daß nur einvernehmlich geregelte Probleme aus der Welt zu schaffen sind!

Die Bezirksgruppe Oberbayern der Sudetendeutschen Landsmannschaft begrüßte die deutlichen Worte, die Bundespräsident Fischer zu den Beneš-Dekreten gefunden hat. Seine Worte seien eine deutliche Mahnung an die tschechische Politik, sich endlich der Aufarbeitung dieses Kapitels der Geschichte zu stellen. Leider sind die Reaktionen aus Prag, so Bezirksgeschäftsführer Andreas Schmalcz, nicht dazu angetan, Hoffnung zu schöpfen, daß dieses Thema endlich bereinigt werden kann.

ZITAT

„Die österreichische Politik hat kein Interesse mehr, das Unrecht der Beneš-Dekrete im Interesse der Sudetendeutschen gegenüber Prag zu vertreten. Das soll man uns dann aber auch klar sagen.“

VLÖ-Bundesvorsitzender Rudolf Reimann, eine Erklärung für das Schweigen des offiziellen Österreich zu den tschechischen Angriffen auf BP Fischer suchend.

KP-Jugend ist wieder aktiv

In Prag hat kürzlich der Erneuerungskongreß des Kommunistischen Jugendverbandes (KSM) stattgefunden. Das Innenministerium hatte den Verband wegen gesellschaftsfeindlichen Gedankenguts auflösen lassen. Das Prager Stadtgericht hat diese Entscheidung aufgehoben. Laut Erklärung des Verbandes sei das Innenministerium bei der Anordnung des Verbots nicht verfassungsgemäß vorgegangen, indem es das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit verletzt habe.

Sudetepost

Sudetendeutscher Presseverein
A-4040 Linz, Kreuzstraße 7
Tel u. Fax: 0043-732-70 05 92
ATU 24418609

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ
Kto-Nr. 28135, BLZ 20320

FAX

An
Wahlwerbebüro „BP Dr. Heinz Fischer“
zu Hd. Herrn Stefan Bachleitner
Hofburg
Wien

Sehr geehrter Herr Bachleitner!

Wie wir aus den Medien erfahren konnten, hat Herr BP Dr. Heinz Fischer gestern seine Wahlwerbung zur Bundespräsidentenwahl 2010 offiziell gestartet.

Wir möchten Ihnen, in Ihrer Funktion als Wahlkampfkoordinator, folgenden Vorschlag unterbreiten:

Die Zeitung „Sudetepost“ ist das offizielle Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich und somit ein Printmedium, das eine Vielzahl von Landleuten zu erreichen in der Lage ist.

Oberste Prämisse ist die Wahrung unserer Überparteilichkeit und aus dieser Überlegung heraus möchten wir auch Sie einladen, eine Wahlwerbung für Herrn BP Dr. Heinz Fischer in unserer Zeitung zu schalten.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unser Angebot annehmen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Ing. Peter Ludwig
(Geschäftsführer)
24.3.2010

ES TUT UNS LEID!

So die Antwort auf unser Schreiben (siehe oben) aus dem Wahlwerbebüro von Herrn BP Dr. Heinz Fischer. Man sieht sich außerstande, eine angespannte finanzielle Situation in Hinblick auf das Wahlbudget sei der Grund, keine Werbeeinschaltung zur Bundespräsidentenwahl 2010 in der „Sudetepost“ zu bringen.

Unser Angebot, aus einer überparteilichen Überlegung heraus offeriert, fand leider kein Echo bei den Verantwortlichen. Auch uns tut es leid, nicht aus finanziellen Überlegungen, sondern vielmehr in politisch-optischer Hinsicht.

Unseren Lesern sind wir diese Überparteilichkeit schuldig, und die daraus resultierende Blattlinie versuchen wir auch beizubehalten.

Peter Ludwig

www.barbara-rosenkranz.at

Familie, Heimat, Sicherheit, EU:

Ohne MUT keine WERTE.

25. April 2010 ~~X~~ Barbara Rosenkranz

Eine starke Frau für Österreich



1. Vom Volk – fürs Volk statt von oben herab.

Die „politischen Eliten“ bis hinauf zum Bundespräsidenten haben verlernt, auf das Volk zu hören. Sie geben sich zwar vor Wahlen bürgernahe. Nach den Wahlen aber agieren sie abgehoben und arrogant. Vom hohen Ross herunter wird über die Menschen drübergefahren. – **Barbara Rosenkranz** versteht das Amt des Bundespräsidenten als Sprachrohr und Anwalt der Bevölkerung. Sie wird ihre Stimme laut für die Interessen der Bürger erheben und falsche Entwicklungen in Gesellschaft und Politik nicht decken, sondern korrigieren.

2. Soziale Gerechtigkeit statt Armut und Arbeitslosigkeit.

Blindes Vertrauen in die Kräfte des Marktes, Profitgier und Spekulationen um jeden Preis haben zu Massenarbeitslosigkeit und einer neuen Armutswelle in Österreich geführt. SPÖ und ÖVP haben mit ihrer Politik im Zeichen der Globalisierung diese Fehlentwicklungen mitzuverantworten. – **Barbara Rosenkranz** steht für soziale Gerechtigkeit und den Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, wo immer sie stattfindet. Die Kluft zwischen Arm und Reich muss kleiner werden, statt sich weiter zu öffnen.

3. Sicheres Österreich statt freie Fahrt für Kriminelle.

Die Kriminalität in Österreich hat dramatische Ausmaße erreicht. Die Zahl der Opfer steigt ständig an. Die Brutalität der Täter erreicht Dimensionen, die früher unvorstellbar waren. Die offenen Grenzen ohne Kontrollen erleichtern es organisierten Banden insbesondere aus Osteuropa, ihren kriminellen Machenschaften nachzugehen. – **Barbara Rosenkranz** wird das Amt des Bundespräsidenten dazu nutzen, die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen. Ihr Einsatz gilt der Wiedereinführung der Grenzkontrollen und der Grenzüberwachung sowie der Aufstockung der Polizei.

4. Unsere Familien stärken statt Familienzerstörung.

SPÖ, ÖVP und Grüne zerstören mit ihrer Politik den hohen Wert der Familie, statt ihn zu schützen. Frauen, die ihre Kraft zuhause der Kindererziehung widmen, sind ihnen ein Dorn im Auge. Ihre Gesetze sind schuld daran, dass Familienleben oft gleichbedeutend mit einem Leben in Armut ist. Gleichzeitig führen sie z.B. die Homo-Ehe ein. – **Barbara Rosenkranz** wird als Bundespräsidentin die Familien wieder stärken und den Schutz des Lebens verstärken. Denn Kinder sind das Fundament unserer Gesellschaft. Und es sind die Kinder, die uns allen Zukunft schenken.

5. Frei und Neutral statt blinder EU-Hörigkeit.

Die EU entfernt sich immer weiter von der Bevölkerung. Sinnlose Regeln und ausufernde Bürokratie, Korruption und Geldverschwendung und vor allem eine EU-Verfassung, die uns Österreichern die Freiheit und Neutralität nimmt, sind Fehlentwicklungen, die Heinz Fischer als solche nicht erkennt. Im Gegenteil: Er fördert sie sogar. – **Barbara Rosenkranz** war im Parlament die einzige mutige Abgeordnete, die gegen die EU-Verfassung und damit für die Freiheit und Neutralität Österreichs gestimmt hat. Als Bundespräsidentin führt sie diesen Kampf weiter, damit Österreich nicht Teil einer zentralistischen EU wird.

6. Schutz der eigenen Kultur statt falscher Toleranz.

SPÖ und ÖVP sind verantwortlich für Massenzuwanderung, die Ausbreitung des Islamismus und die Bildung von Parallelgesellschaften in Österreich. Ihr Programm einer falsch verstandenen Toleranz gefährdet die Identität unserer Heimat und verändert Österreich gegen den Willen der Bevölkerung. Heinz Fischer unterstützt diesen Irrweg. – **Barbara Rosenkranz** wird als Bundespräsidentin darauf achten, dass unsere Werte, unsere Traditionen und unsere Kultur gestärkt und nicht weiter ausgedünnt werden. Denn wir wollen nicht Fremde in der eigenen Heimat werden.

EINLADUNG zur VERANSTALTUNG mit Bundespräsidentenskandidatin Barbara Rosenkranz

Die ehemalige Vertriebenen Sprecherin der FPÖ wird uns am

**19. April 2010, um 17 Uhr,
im Festsaal des Hauses der Heimat,
1030 Wien, Steingasse 25,**

ihre Gedanken zu ihrer Kandidatur zur Bundespräsidentenwahl vorstellen.

Die Möglichkeit zur Diskussion ist vorgesehen.

Anschließend laden wir zu einem Buffet ein, dabei besteht die Möglichkeit auf ein persönliches Gespräch mit Barbara Rosenkranz.

Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs

Gerhard Zeihsel
1. stellv. Vorsitzender

Dipl.-Ing. Rudolf Reimann
Vorsitzender

Jetzt wissen auch Heinz Fischer und alle Österreicher, wie die Tschechische Politik tickt! MÄRZGEDENKEN SCHLUG HOHE WELLEN

Das im Vorfeld des Märzgedenkens in Wien von der SLÖ veröffentlichte Grußwort von Bundespräsident Heinz Fischer, in welchem er Kritik unter anderem an den Beneš-Dekreten äußerte (siehe Grußwort auf Seite 5), hat hohe Wellen in der Tschechischen Republik geschlagen – was auch Berichte in österreichischen Medien bewirkte.

SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel erinnerte bei der Gedenkveranstaltung in Wien am 6. März im vollbesetzten Haus der Begegnung in Mariahilf bei seinen Grußworten: „Vor 91 Jahren rief der Vorsitzende der Sudeten-

deutschen Sozialdemokraten – Josef Seliger – zum Generalstreik und zu friedlichen Demonstrationen in verschiedenen sudetendeutschen Städten auf. Es ging um das Selbstbestimmungsrecht und um den Verbleib bei Österreich nach dem Ersten Weltkrieg. Die anderen deutschen Parteien schlossen sich an. Josef Seliger – der Arbeiterführer – wurde am 16. 2. 1870 in Schönborn bei Reichenberg geboren und verstarb am 18. Oktober 1920 im Anschluß an den 2. Parteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP), der in Karlsbad abgehalten wurde.“

Zeihsel verwies auf die große Aufregung, für welche das Grußwort Fischers in der Tschechei gesorgt habe – sie vertragen es nicht, daß darin die Beneš-Dekrete als „schweres Unrecht“ bezeichnet wurden (siehe dazu ausführlichen Bericht auf Seite 2). Von Václav Klaus – der seine Klaus-Klausel verteidigt, über Přemysl Sobotka von der nationalistischen ODS, der den damaligen Weltmächten diese Entscheidung zuschob, die Beneš nur umgesetzt habe!

Dazu passe noch, so Bundesobmann Gerhard Zeihsel, die in Amerika aktuelle Frage

des vor fünfundneunzig Jahren begangenen Völkermordes an den Armeniern, den die Türken nicht als solchen anerkennen wollen. Sie haben ihren Botschafter zum Protest heimberufen. Eine Parallele zu den Tschechen: Von Völkermord vor fünfundsiebzig Jahren an den Sudetendeutschen wollen sie auch nichts wissen – am Beispiel der Armenier sollten sie aber erkennen, daß sie mindestens mit weiteren dreißig Jahren Widerstand in dieser Frage rechnen müssen, wenn sie nicht für eine Lösung mit den Sudetendeutschen bereit sind!

Referat von Rechtsanwältin Dr. Eva Maria Barki zum Märzgedenken 2010 in Wien: Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht tot

Die Wiener Rechtsanwältin Dr. Eva Maria Barki hielt beim Märzgedenken ein Referat über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Vergangenheit und Gegenwart anhand vieler Beispiele, welches die Zuhörer sehr ansprach. Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen:

Ich danke für die Einladung und muß sagen, ich bin sehr beeindruckt von Ihrer Gedenkfeier, von der Würde, mit der sie begangen wird und sie ist auch wichtig und notwendig. Es geht hier nicht nur um die 54 Toten, die für die Selbstbestimmung ihr Leben lassen mußten, selbstverständlich geht es um viel mehr. Es geht um das Prinzip der Selbstbestimmung, um das Prinzip der Selbstbestimmung, für die diese Leute ihr Leben lassen mußten, welches die Grundlage jeder Freiheitsordnung, die Grundlage jeder Demokratie und die Grundlage allen Rechtes, die Grundlage aller Grundrechte ist.

Was ist das Selbstbestimmungsrecht? Das Selbstbestimmungsrecht ist kein Recht, das erst entsteht, wenn es gesetzt wird, wenn es in einer Norm aufscheint, das Selbstbestimmungsrecht ist ein Naturrecht, ein Recht, das von Natur aus gegeben ist.

Der amerikanische Präsident Wilson hat im Ersten Weltkrieg zum ersten Mal die politische Forderung der Selbstbestimmung der Völker in Punkt 10 seiner 14 Punkte aufgestellt. Kriegsziel war, daß alle Völker, alle Nationen der Österreich-ungarischen Monarchie selbst entscheiden sollen, zu welchem Staat sie gehören wollen.

Sowohl in Österreich als auch in Ungarn hat man sich gefreut über dieses Postulat, man hat darauf gewartet, daß es nun endlich Volksabstimmungen geben wird, und es ist interessant, zu bemerken, daß nur Österreich und Ungarn diese Volksabstimmungen wollte, die späteren Nachfolgestaaten nicht. Warum nicht? Weil sie fürchteten, daß die Volksabstimmung nicht zu ihren Gunsten ausgehen wird.

Nicht geglückt ist die Durchsetzung der Selbstbestimmung im Gebiet der Deutschen, im Sudetenland und in Böhmen. Hier kam es zu diesen tragischen Ereignissen des 4. 3. 1919, als Demonstrationen niedergeschossen wurden, friedliche Demonstrationen. Damit wurde auch das Recht auf Selbstbestimmung zerschossen und im Keim erstickt.

Ab nun kam es zu einer unglaublichen Welle von Chaos und Eigenmacht, insbesondere Ende 1918 bis Anfang 1919, als das Heer im Süden zusammengebrochen ist, in Bulgarien ist der Widerstand total zusammengebrochen, die Flanke Rumänien, Serbien war offen. Nun sind die Tschechen nicht nur in die deutschen Gebiete eingebrochen, sondern auch in der heutigen Slowakei in den ungarischen Gebieten. Gleichzeitig sind die Serben in Ungarn eingestürzt, gleichzeitig die Rumänen in Ungarn, so daß hier von allen Seiten Fakten geschaffen worden sind, militärische Fakten noch vor den Friedensverträgen bzw. Friedensdiktaten, denn Verträge waren es ja nicht. Bevor man sich also um Friedenslösungen bemüht hat, gab es die normative Kraft des Faktischen, nämlich die Besetzung jener Gebiete, welche die späteren Nachfolgestaaten haben wollten. Und aufgrund dieser Fakten wurden dann die Grenzen gezogen und der Frieden diktiert. Auf dem Rücken der Völker, auf dem Rücken der Menschen.

Die Österreich-ungarische Monarchie ist sohin in Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zerschlagen worden, Ungarn hat noch viel mehr eingebüßt als die österreichische Seite und Deutschland. Im deutschen Bereich gibt es einen Verlust von etwa 13 Prozent des Gebietes, in Ungarn 75 Prozent des ehemaligen ungarischen Gebietes. Was die Bevölkerung anbelangt so gibt es im deutschen Bereich einen Verlust von etwa 13 Prozent, in Ungarn von 35 Prozent, und zwar an die fünf Millionen Ungarn.

Graf Apponyi hat in einer sehr beachtenswer-

ten Rede, die er auf Englisch, Französisch und Italienisch gehalten hat, in seiner Einführung gesagt, ich komme nicht, um mich hier zu beklagen, das interessiert hier niemanden, ich komme auch nicht, um die Interessen des ungarischen Volkes zu vertreten, das interessiert Sie auch nicht, sondern ich verweise darauf, daß diese Friedensdiktate einen großen Schaden für Europa darstellen und für Europa kontraproduktiv sein werden, für Europa keinen wahren Frieden bringen werden. Dasselbe hat auch der Außenminister der Vereinigten Staaten, Lansing, gesagt, der den Ausspruch getätigt hat: „Die Friedensverträge bringen keinen Frieden in Europa, weil sie auf dem Flugsand von Mißgunst und Eigennutz aufgebaut sind.“ Er hatte recht und auch Apponyi sollte recht behalten. Denn diese Friedensdiktate waren das Präludium für den Zweiten Weltkrieg.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde verabsäumt, eine neue Regelung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes zu treffen, man hat es nicht getan, man hat einen Teil Europas der Sowjetunion überlassen.

Sehr bemerkenswert ist eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1947. Es gab ja den Völkerbund nicht mehr und man hat beraten, ob man jetzt etwas anstelle des Völkerbundes errichten solle oder nicht, gibt es überhaupt noch ein Nationalitätenproblem in Europa oder nicht? Man staune, in dieser Resolution, heißt es: Nein wir brauchen kein Minderheitenrecht mehr, denn eine deutsche Volksgruppe gibt es nicht mehr. Damit war für die Vereinten Nationen das Problem gelöst. Ab dem Zweiten Weltkrieg sehen wir eine Abkehr vom Volksgruppenrecht, eine Abkehr von Rechten, die einem Volk als Gesamtes und nicht nur dem Einzelnen zustehen – wir nennen das kollektive Rechte –, sondern es war modern, nur mehr für Menschenrechte einzutreten. „A well dressed man wears human rights“, hieß die Devise.

Erst im Jahre 1966 gibt es eine große Änderung. Bei den Vereinten Nationen wurden die beiden Menschenrechtspakte beschlossen, die dann 1976 in Kraft getreten sind. Dies ist rechtlich eine gewaltige Änderung. Denn mit diesen Menschenrechtspakten, wo im § 1 beider Pakte das Selbstbestimmungsrecht festgeschrieben ist, wonach jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung hat, mit diesem Datum wird das Selbstbestimmungsrecht zum ersten Mal gesetztes Recht, gesetzte Norm. Fast alle Staaten, die den Vereinten Nationen beigetreten sind, haben diese Menschenrechtspakte unterschrieben. Dieser Art. 1 der Menschenrechtspakte ist zwingendes Recht, *ius cogens*, das heißt, daß gegen dieses Gesetz kein Vertrag abgeschlossen werden kann, daß alles, was gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist, rechtswidrig ist.

Nachdem in den siebziger, achtziger Jahren das Selbstbestimmungsrecht in Europa ein vollkommenes Tabu war, haben die Ereignisse von 1989 in Leipzig eine große Wende gebracht, zum ersten Mal ist dieses Tabu in Europa gebrochen worden. Zum ersten Mal hat das Selbstbestimmungsrecht auch in Europa nicht nur auf dem Papier der Menschenrechtspakte bestanden, sondern ist Wirklichkeit geworden, nämlich als in Leipzig jeden Montag Hunderte, später viele Tausende von Menschen auf die Straße gingen und nichts anderes taten, als auszurufen: „Wir sind das Volk und wir gehen

nicht weg.“ Und sie gingen nicht weg. Das ist der klassische Fall des Selbstbestimmungsrechtes. Des Selbstbestimmungsrechtes, das zwar auf dem Papier existiert, das aber aufgrund der normativen Kraft des Faktischen umgesetzt werden muß. Die Deutschen in Leipzig haben es umgesetzt, diese Tausende von Demonstranten hatten eine derartige Kraft gezeigt, daß alle Diplomatie der Welt nicht im Stande war, das Selbstbestimmungsrecht zu verhindern.

Diese Welle der Selbstbestimmung hat sich auf ganz Europa ausgebreitet. Als Helmut Kohl die 2-plus-4-Verhandlungen angesetzt hat, sagte Eduard Schewardnaze: „In Europa ist jetzt ein neues Zeitalter angebrochen, das Zeitalter der Selbstbestimmung.“ Viele Völker haben davon Gebrauch gemacht, im Gebiet Österreich und Ungarn ist diese Welle jedoch vorbeigegangen. Hier hat niemand die Selbstbestimmung wieder proklamiert, auch nicht für Südtirol.

Der frühere italienische Staatspräsident Francesco Cossiga hat in den letzten Jahren bereits dreimal einen Antrag im Senat in Rom eingebracht, in dem er fragt, warum es möglich ist, daß dem Südtiroler Volk jenes Selbstbestimmungsrecht verweigert wird, das in den baltischen Staaten die Letten, die Esten, die Litauer, sowie die Slowenen, die Kroaten und jetzt auch die Kosovoalbaner erhalten haben? Der Italiener Francesco Cossiga sagt, genau dieses Recht steht auch den Südtirolern zu. In seinem Gesetzesantrag schlägt er eine Volksabstimmung vor mit vier Fragen. Frage Nummer 1: „Wollen Sie, daß alles so bleibt wie bisher? Eine Autonomie im italienischen Staatsverband?“ Frage Nummer 2: „Ein selbständiges Südtirol?“ Frage Nummer 3: „Einen Anschluß an Österreich?“ Frage Nummer 4: „Einen Anschluß an Deutschland?“ Auch dies ist alles an den Politikern vorbeigegangen, und ich frage mich wirklich: Warum steht es den Südtirolern nicht zu?

Ich glaube aber, und hier möchte ich auf die Zeit, in der wir leben, zurückkommen, ich glaube aber analog, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht tot ist, ich glaube, daß sich die Völker Europas das Selbstbestimmungsrecht wieder erringen werden. Wenn man nach Brüssel schaut, wenn man sieht, daß es hier wieder eine Fremdbestimmung gibt, daß es hier wieder diktatorische Ansätze gibt, die mich – ich war sehr viel als Prozeßbeobachterin in den früheren kommunistischen Staaten tätig – frappant an die Sowjetunion erinnern, dann glaube ich, daß sich die Völker und Bürger Europas dies auf lange Sicht nicht bieten lassen werden.

Man braucht kein großer Prophet zu sein, um zu sagen, daß die Europäische Union kein langes Leben haben wird. Ich glaube, daß dann das Selbstbestimmungsrecht wieder einen wichtigen Stellenwert haben wird, und es ist daher notwendig, daß wir dieses Recht nicht totschießen, es ist notwendig, daß wir dieses Recht andauernd und andauernd fordern. Und ich möchte hier mit den Worten meines verehrten Lehrers Felix Ermacora schließen, der in einer seiner letzten Reden als Nationalratsabgeordneter gesagt hat: „Laßt das Selbstbestimmungsrecht nicht am Horizont verschwinden.“ Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, tun es nicht, Sie gedenken hier dieser Ereignisse. Sie haben erkannt, worum es geht, daß es sich um ein wichtiges Anliegen handelt.

Ich danke Ihnen dafür.



Dr. Eva Maria Barki bei ihrer vielbeachteten Festansprache.

Foto: Alfred Nechvatal

Grußworte zum Märzgedenken

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer:

Sehr geehrte Damen und Herren!
 Sie haben mich eingeladen, für Ihre Gedenkstunde, die am 6. März 2010 in Wien unter dem Motto „Die verweigerete Selbstbestimmung – gestern und heute“ stattfindet, eine Grußbotschaft zu übermitteln. Ich komme dieser Einladung gerne nach und grüße sehr herzlich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Darüber hinaus wünsche ich Ihrer Feierstunde, die an eine Zeit tragischer Auseinandersetzungen und unschuldiger Opfer erinnert, im Geiste von Versöhnung und Zukunftsorientierung einen würdigen Verlauf.

Wenn wir in die Geschichte Mitteleuropas zurückblicken, so finden sich im Laufe der Jahrhunderte viele gewaltsame Konflikte, aber auch viele verdienstvolle Bemühungen, Brücken der Nachbarschaft und der Zusammenarbeit zu schlagen und auszubauen.

Besonders schwierig war die Situation nach dem Zusammenbruch der Monarchie im Jahr 1918. Wir alle wissen über die tragischen Ereignisse des 4. März 1919 ebenso wie über die Jahre der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus zwischen 1938 und 1945 Bescheid, die u. a. zur Zerstörung der damaligen Tschechoslowakei geführt haben und Haß, Gewalt, Verfolgung, Deportation und Vertreibung mit sich brachten.

Die Ereignisse von damals haben tiefe und schmerzhaft Spuren hinterlassen, und es folgte die mühsame Suche nach einem Neubeginn, nach Vertrauen und einem friedlichen Miteinander.

Ich glaube, daß wir – auch als Politiker – im Grunde immer noch Lernende sind, die sich bemühen, die Gräben der Vergangenheit zu schließen und mit Besonnenheit dazu beizutragen, daß sich die Fehler von damals nicht wiederholen bzw. überwunden werden.

Wir dürfen Konflikte und Auseinandersetzungen nicht leugnen, oder beschönigen. Wir sollten aber auch nicht stehenbleiben in unseren Bemühungen, Gegensätze aus der Vergangenheit zu überwinden und aufeinander zuzugehen.

Ich möchte abschließend aus aktuellem Anlaß noch ein weiteres Thema in aller Kürze ansprechen: Im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon ist in den letzten Monaten das leidvolle Thema der Beneš-Dekrete wieder in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert worden. Ich möchte dazu zwei klare Feststellungen treffen.

1. Es hat sich bei den Beneš-Dekreten seinerzeit zweifellos um schweres Unrecht gehandelt. Daran gibt es nichts zu beschönigen.

2. Die Tatsache, daß vom tschechischen Staatspräsidenten als Voraussetzung für seine Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag die Bedingung gestellt wurde, daß die Europäische Grundrechtecharta in der tschechischen Republik keine Gültigkeit erlangt, hat auf die Beneš-Dekrete in Wahrheit keine Auswirkung.

Leider keine positive Auswirkung in dem Sinn, daß sich der Standpunkt der tschechischen Republik verändert hätte; aber auch keine negative Auswirkung in dem Sinn, daß andere europäische Staaten damit die Beneš-Dekrete „legalisiert“ hätten. Davon kann keine Rede sein, und dies ist auch mit aller Deutlichkeit klargestellt worden.

Als österreichischer Bundespräsident werde ich mich weiterhin bemühen, an der Aufarbeitung dunkler Stunden unserer Geschichte mit-

zuarbeiten und dafür einzutreten, daß die Menschenrechte sowohl innerhalb der Grenzen unseres Landes als auch jenseits der Grenzen unseres Landes respektiert und hochgehalten werden. In einer Europäischen Union stehen die Chancen dafür wesentlich besser, als im Europa des 20. Jahrhunderts.

Ich bleibe mit meinen besten Wünschen für Ihre Gedenkveranstaltung im Geiste von Versöhnung und einer gemeinsamen europäischen Zukunft.



Landesrätin Barbara Rosenkranz (FPÖ):

Wie jedes Jahr, gedenken wir in einer sehr würdigen Feier, einem würdigen Festakt der Opfer des 4. März, es waren völlig unschuldige Opfer. Teilnehmer an einer Kundgebung zur Einmahnung eines völlig unbezweifelbaren Rechts, des Rechts auf Selbstbestimmung und des Rechts, bei seiner Heimat zu bleiben. Es waren Alte, Frauen, manche beinahe noch Kinder. Es ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Verpflichtung, dieses Andenken aufrechtzuerhalten, und man kann es aufrechterhalten durch einen würdigen Festakt, und das zweite gehört dazu, indem wir im Sinne dieser Opfer leben, indem wir unsere Politik darauf ausrichten. Es war der Beginn einer schmerz- und leidvollen Geschichte, die in der Vertreibung 1945 / 46 gegipfelt hat. Es ist Ihnen zu danken, daß Sie den langen Atem und die Beharrlichkeit haben, jedes Jahr und bei jeder Gelegenheit einzufordern, daß ein friedvolles Miteinander eine gerechte Grundlage braucht, die bis jetzt nicht erfüllt ist. Es ist gut, daß es sich jetzt auch abzeichnet, daß jetzt auch im Wahlkampf der Bundespräsident seine Partei, ich hoffe nachhaltig, neu positioniert, aber Rhetorik ist ein sehr nützlicher, aber kleinerer Teil der Politik, der wichtigste Teil der Politik ist klare Analyse, sachliches, nachhaltiges Handeln und vor allem das Ergreifen von historischen Chancen. Und da hat man eben eine historische Chance vorübergehen lassen, das könnte wohl jeder, der jemals mit Jemandem etwas handelt, bestätigen, als man die Gelegenheit vorübergehen hat lassen, den Beitritt Tschechiens in die EU in einer Weise mit einem Ausgleich zu verbinden. Es war äußerstes Mißbilligen dieser Tatenlosigkeit, das mich dazu bewegen hat, hier bei der Parlamentsabstimmung, der Ratifizierung dieser Beitrittsverträge nicht zuzustimmen. Dieses Fenster ist zu, diese Gelegenheit ist vorbei, sie wurde versäumt, ich darf Sie aber auch daran

erinnern mit welcher Begründung, mit welcher Rhetorik, man gesagt hat, wenn wir erst in der EU sind, in einem gemeinsamen Rechtsraum unter einem gemeinsamen Rechtsdach, dann wird es umso leichter sein, hier zu einem Ausgleich zu kommen. Ich ersuche Sie und werde Sie dabei unterstützen, jene, die das versprochen haben, jetzt wirklich auch daran zu erinnern, daß sie das Ihrige dazu beitragen müssen. Insofern ist noch viel zu tun, Sie werden einen langen Atem brauchen, Sie werden viel Selbstbewußtsein brauchen, aber ich sehe, es mangelt Ihnen nicht daran, Sie können sich immer sagen, daß das Recht auf Ihrer Seite ist, und bei alledem werde ich Sie stets unterstützen.



NR-Abg. Norbert Kapeller (ÖVP-Vertriebenensprecher):

Norbert Kapeller verneigte sich vor den 54 Toten des 4. März 1919, die für den Beginn des leidvollen Weges der sudetendeutschen Volksgruppe stünden. Wohlwollend zur Kenntnis nahm der ÖVP-Vertriebenensprecher NR-Abg. Norbert Kapeller die jüngsten Stellungnahmen von Bundespräsidenten Heinz Fischer, der die umstrittenen „Beneš-Dekrete“ als „schweres Unrecht“ sieht. „Ich erkenne hier einen deutlichen Paradigmenwechsel der SPÖ und des Präsidenten und sehe darauf aufbauend neue Chancen darin, gemeinsam mit dem Koalitionspartner neue Wege in einer aktiven Vertriebenenpolitik zu gehen“, freut sich Kapeller auf die politische Aufbruchsstimmung in der SPÖ. Entsetzt zeigte sich der ÖVP-Vertriebenensprecher hingegen jedoch über die postwendend erfolgten Meldungen aus Tschechien. „Was hier wiederum – und das leider parteiübergreifend – an Unfug und Geschichtsfälschung hinausposaunt wird, ist in jeglicher Hinsicht untragbar“, ärgerte sich Kapeller. „Wenn von tschechischer Seite die Ausnahmeregelung beim Lissabon-Vertrag, sprich die ‚Václav-Klausel‘, als ‚weitsichtig‘ und ‚nützlich‘ bezeichnet wird, die ‚Beneš-Dekrete, die Potsdamer Konferenz und die österreichische Herkunft Hitlers‘ miteinander verquickt werden, dann dreht sich mir der Magen um“, so Kapeller. „Der Tag ist ohnehin längst überfällig, an dem sich auch die tschechische Politik der historischen Verantwortung wirklich stellt. Die lineare Fortsetzung der Politik von Václav Klaus wird in einem zusammenwachsenden Europa und in einer Wertegemeinschaft geradewegs aufs Abstellgleis führen. Am Ende des Weges wird die tschechische Politik Unrecht eingestehen und Entschädigung leisten müssen“, so der ÖVP-Vertriebenensprecher Kapeller.

Rainer Widmann (BZÖ-Vertriebenensprecher):

Sehr geehrte Landsleute, das Gedenken an die Opfer vom 4. März 1919 zählt zu jenen Traditionen, derer sich die Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) seit Jahrzehnten annimmt, um an ein Unrecht zu erinnern, das im Zusammenhang mit den oft tragischen Entwicklungen der Zwischenkriegszeit in die Katastrophe von 1945 führte. Die Opfer vom 4. März 1919 machten von einem demokratischen Grundrecht Gebrauch, das uns heute wie eine Selbstverständlichkeit vorkommt: Es geht dabei um das nationale Selbstbestimmungsrecht. Der Grundgedanke dazu ist einfach: Völker sollen selbst über ihr Schicksal, ihre nationale Zugehörigkeit und ihre Zukunft bestimmen dürfen. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat gezeigt, daß das nationale Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten wurde. Die Sudetendeutschen etwa wurden unter Mißachtung ihres Rechts auf Selbstbestimmung einem Staat einverleibt, der ihnen fremd war und der es nicht verstand, die elementaren Bedürfnisse dieser Volksgruppe zu befriedigen. Die Sudetendeutschen, die am 4. März 1919 für das nationale Selbstbestimmungsrecht und für Österreich gefallen waren, zeugen von dieser leidvollen Politik. Ich verneige mich als Vertriebenensprecher des BZÖ vor ihren Opfern des 4. März 1919.

Die SPÖ und die Grünen sind der Einladung zu einem Grußwort nicht gefolgt.

Begrüßungsliste

- NR-Abg. Ing. Norbert Kapeller, Vertriebenensprecher der ÖVP,
 Landesrätin in NÖ und ehemalige Vertriebenensprecherin der FPÖ, Barbara Rosenkranz, Präsidentschaftskandidatin
 Stadtrat Johann Herzog (FPÖ), Mitglied der Wiener Landesregierung
 LAbg. u. GR von Wien, Mag. Bernhard Dworkar (ÖVP)
 Bundesminister a. D. f. Justiz, Harald Ofner
 Für die Geistlichkeit:
 Pater Prof. Dr. Bernhard Demel für den Deutschen Orden
 Manfred Frey, ehem. Präsident der Finanzlandesdirektion für Wien, NÖ., Bgld.
 KR Erhard Frey
 KR Ekkehard Wölfel – Herausgeber Zeitzeugenbuch
 Vorsitzender des VLÖ, DI Rudolf Reimann mit Gattin Edith
 1. Obmann der Österr. Landsmannschaft, Karl Katary
 Obmann des Neuen Klubs, Kurt Kerschbaum und Min.-Rat a. D. Herbert Knauth
 Michael Anders-Kraus für die Siebenbürger Sachsen
 Ing. Josef Wagner, von den Donauschwaben
 Altherrenobmann Franz Lösel von der Studentenverbindung Sudetia, weiters die Zornsteiner zu Leoben und die Sudetendeutsche Damengilde Edda zu Wien
 Gustav Chalupa vom Deutschlandradio
 Von den Banater Schwaben Obmann Hans Dama, Julius Fikar und Lore Poiger
 Für die SLÖ grüße ich alle Landsleute – besonders die Landsleute aus Oberösterreich, die mit einem Bus gekommen waren.



Bild links: Moderator Dkfm. Hans-Günter Grech führte durch die Feierstunde. – Bild rechts: Blick in den Saal mit den Ehrengästen.

Alle Fotos: Alfred Nechvatal

Vertriebenenstiftung als Farce: Historikerinnen zurückgetreten

Die Querelen um die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung halten an. Die kürzlich erzielte Einigung zwischen Bundesregierung und Bund der Vertriebenen (BdV) waren keineswegs das Ende der Auseinandersetzungen – im Gegenteil: Jetzt ist der Schauplatz des Geschehens der wissenschaftliche Beirat der Stiftung – das einzige Gremium, in dem auch drei ausländische Vertreter saßen. Inzwischen ist es nur noch einer: Der ungarische Historiker Kristián Ungváry. Die tschechische Historikerin Kristina Kaiserová trat aus dem Beirat aus. Zur Begründung sagte sie kürzlich gegenüber dem Tschechischen Rundfunk unter anderem, das Gremium sei politisiert worden. Ein Beraterat, der aus Wissenschaftlern zusammengesetzt ist, müßte Kaiserová zufolge unabhängiger sein. Im Gespräch für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ erklärte Kaiserová, der Umgang mit der Geschichte in dem Gremium entspreche nicht ihren Vorstellungen. Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats meldeten sich in der Presse zu Wort, was seriöser wissenschaftlicher Arbeit nicht zuträglich sei. Dabei würden Auffassungen geäußert, mit denen sie sich nicht identifizieren könne. Dies sei zum Beispiel der Fall, wenn die Aufarbeitung des Themas als eine Angelegenheit hingestellt werde, die die Deutschen allein angehe, sagte Frau Kaiserová. Sie fügte hinzu, sie habe sich für den Rücktritt selbst entschieden, und das Prager Außenministerium habe auf sie keinerlei Druck ausgeübt.

Kaiserová, die am Collegium Bohemicum im tschechischen Aussig (Ustí nad Labem) arbeitet, ist schon das zweite ausländische Beirats-

mitglied, das der Stiftung den Rücken kehrt. Zu vor hatte der polnische Historiker Tomasz Szarota den wissenschaftlichen Beirat verlassen. Der polnische Historiker hatte den Beirat verlassen, nachdem er sich von Nachfragen einiger Unionsabgeordneter aus dem Europäischen Parlament verletzt gefühlt hatte, die er als zynisch empfand. Zudem habe er im wissenschaftlichen Beirat einen „Klon des ‚Zentrums gegen Vertreibungen‘ des Bundes der Vertriebenen“ vorgefunden. Szarota sagte in einem Interview mit der „Tageszeitung“, es gehe der Stiftung unter der Leitung des Direktors Manfred Kittel nicht um Versöhnung mit den Nachbarn, „nein, es geht um die Versöhnung der Deutschen mit sich selbst“.

Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist dabei, auseinanderzubrechen. Unmittelbar nach Kaiserová trat auch die deutsche Historikerin Helga Hirsch zurück. Die Publizistin teilte dem zuständigen deutschen Kulturstaatsminister Bernd Neumann in einem Brief, der dieser Zeitung vorliegt, ihren Rückzug aus dem Gremium mit. Auch sie moniert „die starke parteipolitische Instrumentalisierung der Debatte“ sowie den Austritt zweier ausländischer Mitglieder. Im Kulturstaatsministerium ist man nicht glücklich über die Entwicklung. Der wissenschaftliche Beirat soll schon sehr bald erweitert und internationalisiert werden, so Staatsminister Neumann in einer Pressemitteilung. Die Aufgabe bleibe, „die Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen wachzuhalten und mit der Vertreibung anderer Völker in Beziehung zu setzen“.

Zeihsel: Österreicher als Ersatz?

Durch den Rückzug polnischer und tschechischer Mitglieder aus dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ stellt Gerhard Zeihsel die Frage, ob nicht österreichische Wissenschaftler beigezogen werden könnten? Nach Österreich wurden rund 600.000 deutsche Altösterreicher vertrieben, 360.000 fanden hier Heimat und bauten Österreich mit auf.

Ungeheuerlich nennt Zeihsel die Forderung des Zentralrates der Juden in Deutschland, dessen Vertreter Salomon Korn das Thema Vertreibung nur „im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und den NS-Menschenrechtsverbrechen sehen will“. Andernfalls wolle er sein Amt im Stiftungsbeirat ruhen lassen!

Die kollektive Vertreibung habe, so der SLÖ-Obmann, viel ältere Wurzeln. Der Zweite Weltkrieg sei nur als günstige Gelegenheit von den Vertreiberstaaten genützt worden, um sich am Eigentum der Vertriebenen zu bereichern und sie endlich loszuwerden, sagt Zeihsel.

„Unverständlich“ ist der Rückzug der beiden Historikerinnen für den Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig. Der Vorwurf der einseitigen Politisierung treffe nicht zu. Auch der grundsätzliche Vorbehalt gegenüber der Stiftung, hier werde die Geschichte umgeschrieben oder der Zweite Weltkrieg neu interpretiert, entbehre jeglicher Grundlage.

Eine Farce

Es geht eben nichts über ein ordentliches Feindbild. Solange Erika Steinbach als Damoklesschwert über dem Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ schwebte, schaute kaum einer genau hin, wie es um diese Einrichtung selbst bestellt war.

Seit die Vertriebenenpräsidentin von vereinten deutsch-polnischen Kräften zur Strecke gebracht worden ist, werden jedoch die grundlegenden Interessensgegensätze sichtbar, die in den Gremien der Stiftung und schon in ihrer Zweckbeschreibung aufeinanderstoßen.

Während die einen vor allem das Gedanken an die Vertreibung institutionalisieren wollen, steht für die anderen die Versöhnung mit Polen im Vordergrund. Wissenschaft und Politik prallen aufeinander, die Produktivität ist entsprechend gering. Das führte nun schon zum dritten Abgang aus dem wissenschaftlichen Beraterkreis – während der bislang von der Bundesregierung, künftig aber vom Bundestag berufene und einem eigentümlichen Proporz folgende Stiftungsrat weiter anschwilt. Erika Steinbach muß insgeheim längst froh sein, daß ihr die Teilnahme an dieser Farce erspart geblieben ist.

Berthold Kohler in der „F.A.Z.“

An Freitagen höhere Maut

In Tschechien müssen Lkw und Busse ab Februar an jedem Freitag eine höhere Mautgebühr zahlen als an anderen Wochentagen. Die um fünfzig Prozent höhere Mautgebühr wird für die Benutzung von Autobahnen und Schnellstraßen an jedem Freitag zwischen 15 und 21 Uhr erhoben. Nach Vorstellung von Verkehrsminister Slamečka sollte die Anzahl der um diese Zeit auf tschechischen Autobahnen verkehrenden Lkw damit um bis zu dreißig Prozent zurückgehen. Im Gegenzug hat die Fischer-Kabinetts die Mautgebühr für die anderen Wochentage um zwei Prozent gesenkt.

Mozartkugeln aus Tschechien

Wie die Sachertorte, sind auch die „Echten Salzburger Mozartkugeln“ ein Stück österreichische Identität. Doch mit „Made in Austria“ könnte es bald vorbei sein. Soll doch die Verpackung für die etwa 100 Mill. Mozartkugeln pro Jahr nach Tschechien verlagert werden. Die Kugeln sollen künftig in Salzburg produziert und dann in Planá (Plan) verpackt werden. Der Betriebsrat der Größler Firma Salzburg-Schokolade wurde Anfang März über die Schließung der Verpackung informiert. Im Juni soll es losgehen. Insgesamt sind davon im Salzburger Werk zwischen vierzig und fünfzig Arbeitnehmer betroffen.

Vermögensfragen vor Beitritt klären!

Die Regierung der Republik Slowenien werde nach Aussagen von Außenminister Samuel Zbogar die EU-Beitrittsverhandlungen Kroatiens nicht länger blockieren. Zbogar kündigte an, daß alle offenen Fragen zwischen den beiden Ländern noch vor dem Abschluß der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien geklärt werden können. Slowenien kommt mit diesem Schritt einer Forderung der Europäischen Union (EU) nach, die offene Fragen der Nachbarschaft bilateral geklärt haben möchte. Die Donauschwäbische Arbeitsgemeinschaft in Österreich (DAG) fordert die österreichische Regierung auf, die noch immer ungeklärten Vermögensfragen mit Kroatien ebenso noch vor dem EU-Beitritt Kroatiens zu lösen. Es geht dabei um das Vermögen der aus dem kroatischen Raum nach 1945 enteigneten Donauschwabern. DAG-Vorsitzender Rudolf Reimann: „Wir Donauschwabern erwarten es ebenso, daß die österreichische Bundesregierung die noch offene Vermögensfrage im Sinne des bereits paraphierten Vermögensvertrags noch vor dem kroatischen EU-Beitritt klärt. Der von Außenminister Zbogar angekündigte Weg, offene Fragen bilateral noch vor einem kroatischen EU-Beitritt zu lösen, bekommt unsere volle Zustimmung. Schließlich darf es innerhalb der EU keine Diskriminierung von EU-Bürgern geben.“



Von
Gustav
Chalupa

Geradezu hysterisch reagierten Prag und der tschechische Medienwald mit einer Verleumdungskampagne auf die Grußbotschaft des österreichischen Bundespräsidenten an die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Anlaß war der Gedenktag März 1918, da tschechische Soldateska friedlich für das Selbstbestimmungsrecht demonstrierende Sudetendeutsche zusammenschloß. Das älteste Opfer war 87, das jüngste ein elfjähriger Bub, die sich im blutigen Kugelhagel wälzten. Daß es HBP Heinz Fischer wagte, auf das den deutschen Menschen zugefügte schwere Unrecht in erster und mutiger Weise zu verweisen, mißbrauchte Amtskollege Václav Klaus zum zynischen Vorwurf, Fischer suche Wähler für den in Österreich angekauften Wahlkampf für das höchste Amt im Staate.

Niemand sollte es wagen, an die Entrechtung, Mord, Raub und Vertreibung von drei Millionen deutscher Mitbürger im tschechoslowakischen Staatsgebilde zu erinnern, was doch Prag als Staatsdoktrin sorgsam pflegt. Kritik an dem Lügengebäude wird als Einmischung in die schändlichen inneren Angelegenheiten zurückgewiesen. Knapp 300.000 der Vertriebenen fanden damals in Österreich eine neue / alte Heimat. Überwiegend Menschen aus dem Böhmerwald, Südböhmen, Südmähren, Brünn und Österreichisch Schlesien. In Krumm an der Moldau klang der Dialekt wie in Freistadt im benachbarten Mühlviertel oder in Znaim und Wien, Hollabrunn oder Ziersdorf. Adalbert Stifter, der große Heimatdichter, und der Entdecker der Vererbungslehre, Gregor Mendel, sprachen ebenso.

Ein Japaner, der Österreich nie gesehen hatte, zog die Grenzen des Schanddikates von Versailles im Auftrag Lloyd Georges und Clemenceau, der Zerstörer der gegedigen Ordnung in Mitteleuropa, und zerschneidete die Kornkammer Wiens zum Schaden der arbeitenden Menschen. Die Europäische Union, als hoffnungsvolles Friedensprojekt, entwertet sich mit Wegschauen selbst. Wie wenig

Prag auch heute in der Verfassung verankerte Gesetze achtet, wie seinerzeit Masaryk und Beneš in der Versäiler Mißgeburt Tschechoslowakei mit sieben Millionen Tschechen und sieben Millionen „Minderheiten“, zeigt ein jüngster Terroranschlag in Nordmähren. Dort haben tschechische Neonazis, ein Schimpfwort, das bisher nur für Deutsche und Österreicher üblich war, wieder Bombenanschläge auf Romas verübt. Erst kürzlich hatte eine Brandbombe in der Nähe von Mähr. Ostrau ein kleines Romamädchen entsetzlich entstellt, die achtzig Prozent ihrer Haut verbrannte. Daß Arroganz, Antisemitismus und Rassismus vor den von Prag dort angezielten Minderheiten und Neusiedlern nicht haltmachen, ist kein Geheimnis. Im Gegenteil, tschechische Tageszeitungen enthüllen seitenweise die diskriminierenden Lebensbedingungen diese Ärmsten der Armen. Die

„Heinz Fischer hat den Scherben auf“

überstürzte Fluchtelle von tschechischen Romas aus Tschechien nach Kanada stoppte es mit einem plötzlichen Visazwang (übrigens aus England), um dessen Aufhebung sich Prag „als diskriminierend“ bemüht. Die Täter stilisieren sich so selbst als Opfer, allerdings wenig überzeugend, so daß sogar der EU-Wasserkopf Brüssel auf Distanz zu Prag geht. So rächt sich, daß Tschechien mit Nachsicht aller Taxen in die EU aufgenommen wurde, der jetzt das ganze Lügengebilde auf den Kopf fällt. Politisch wie wirtschaftlich ein erster Störfaktor in der Europäischen Union.

„Achtung! Die EU ist mit dem Beneš-Virus infiziert!“ Finanzminister Janota kündigte so erst kürzlich wieder an, den Euro frühestens 2015 nach einer harten und gezielten Budgetsanierung einführen zu können, um vorher das Defizit unter die Maastrichtgrenze von drei Prozent des Inlandproduktes zu drücken (zurzeit hat es zehn bis zwölf Prozent), was einem griechischen Drama in Mitteleuropa den Boden bereitet. Auch davor drückt Brüssel beide Augen zu – noch!

Zwei Sorgen plagen die Tschechen aber sehr: Ihre einst führende Eishockeymannschaft, die Kanadiern wie Russen Paroli bieten konnte, droht sang- und klanglos unterzugehen und geht überall leer aus. Und daß die Tschechen ihren Weltmeistertitel im Bier-

konsum verlieren könnten! Wie schrecklich! 60 Milliarden Kronen, die aus dem Europäischen Programm für Forschung und Entwicklung kommen, sind für den kleinen Mann kein Trost, da die Gelder nur der Wissenschaft zugute kommen. Darunter leidet auch die einst blühende Wirtschaftsluft wie unter dem von der EU geforderten Rauchverbot, klagt „Lidove noviny“.

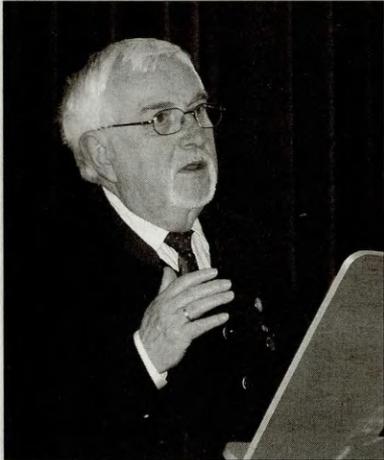
Im österreichischen Nationalrat hatte seinerzeit eine einzige Abgeordnete ihre Stimme der Aufnahme Tschechiens in die EU verweigert und war unter den stramm aufgesprungenen Abgeordneten aller anderen Parteien sitzengelieben: Barbara Rosenkranz; daß sie jetzt in tschechischen Medien in koordinierten Aktionen Ziel übelster Verleumdungen und einer kaum zu überbietenden Hetzkampagne ist, klingt geradezu logisch. Die tschechischen Lügen und Tiefschläge wetteifern mit denen mancher Wiener Blätter, geradezu einem Musterbeispiel kultiviertem demokratischem Geschreibsel. Unterdessen hat auch die Chefin der Grünen offiziell erklärt, für Fischer zu stimmen, während der grüne Historiker, mehr bekannt für seine Negativhaltung als für historische Erkenntnisse, HBP Heinz Fischer schärfstens attackiert. „Muß ausgerechnet unser Bundespräsident den Revanchisten in die Hände spielen?“, warnt er entsetzt in der Wiener Tageszeitung „Die Presse“. Gemeint sind wohl alle Vertriebenen, denen nun alle Schuld der Vertreibung und ihrem Elend angelastet wird, wie üblich mit falschen historischen Angaben und gefälschten Zahlen aus tschechischen Quellen.

Gemäß einer tschechisch-deutschen Historikerkommission, aus der sich die Deutschen wegen unverschämter tschechischer Nötigungen längst zurückgezogen haben, sind von 240.000 getöteten Deutschen aller Altersklassen gerade vierzigtausend übriggeblieben. Die Minimierung folgt einem ausgeklügelten Plan, was etwa die Opferzahl der bei amerikanisch-britischen Terrorangriffen auf Dresden entspricht, wo 250.000 Ermordeten gerade fünfundzwanzigtausend zugestanden wurden.

Der grüne Historiker Waiser schreibt in der „Presse“, „Heinz Fischer hat den Scherben auf“, da er die Grußbotschaft an die Sudetendeutschen in Österreich als „schweres Unrecht“ beim Namen genannt hat. Daß der „Grüne“ die Umfragen mit rund 80 Prozent für Fischer ignoriert, zeigt sein wissenschaftliches Interesse und vor allem, daß er die verbrecherischen Beneš-Dekrete verteidigt.

Barbara Rosenkranz hat das selbstgefällige Polit-Establishment Österreichs aufgeschreckt!

Gedenken in Enns an den 4. März 1919



Buketts der Österreichischen Landsmannschaft gedachte Lm. Peter Ludwig der Opfer mit folgenden Worten:

„Märzgedenken 2010! Wie oft sind wir schon hier in Enns gestanden, um unserer Toten zu gedenken. Wie oft haben wir zurückgeblickt auf dieses dramatische Ereignis an jenem 4. März im Jahre 1919 – auf ein neun Jahrzehnte zurückliegendes Trauerspiel sudetendeutscher, böhmisch-mährischer Geschichte.“

Das Bekenntnis zu Österreich war der Anlaß, daß Tausende Deutsch-Österreicher in den böhmischen Ländern auf die Straße gingen, um friedlich für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes einzutreten.

Eine beeindruckende Abstimmung mit den Füßen hat stattgefunden, jedoch ohne nennenswertes Echo in der damaligen europäischen Öffentlichkeit. Tschechische Soldateska schoß in wehrlose Demonstranten – 54 tote Männer, Frauen und Kinder waren die traurige Bilanz dieser gewaltsamen Unterdrückung einer friedlichen Willensäußerung.

Dieses jährliche Gedenken könnte für Fernstehende auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit solcher Gedenktage aufwerfen, insbesondere dann, wenn dieses dramatische Ereignis bereits neunzig Jahre zurückliegt. Auch ist es unzulässig, nur annähernd Vergleiche mit Opferzahlen späterer dramatischer Ereignisse, wie Krieg, Vertreibung und Flucht anzustellen.

Und doch sind diese 54 Toten des 4. März 1919 der Beginn einer unheilvollen Entwicklung im Zusammenleben zwischen Deutschen und Tschechen. Die Ereignisse damals ließen aber bereits erahnen, daß diese Märztoten schon der Beginn eines Kreuzweges entlang europäischer Geschichte von drei Millionen Deutschböhmern sein werden.

Dieses Datum, das eine Wendemarke in der deutsch-österreichischen Geschichte erkennen läßt, ist der Anlaß und die damit verbundene Verpflichtung, hier in Enns und anderswo am Denkmal der Sudetendeutschen zu stehen und auch allen Toten und Opfern von Krieg, Vertreibung und Flucht zu gedenken. Wir verneigen uns vor diesen in stiller Erinnerung.“

Das Gedenken wurde musikalisch vom Bläser-Duo Florian und Bernhard Kobler, Enkel der Landsleute Edith und Albin Zappe, begleitet.

Die Veranstaltung fand ihre Fortsetzung im Auerspergsaal des Schlosses Ennsegg. Moderiert von Landesobmann Ing. Peter Ludwig, sprach SL-München-Obmann Johann Slezak zum Thema: „Erika Steinbach und der Stifterrat Flucht, Vertreibung, Versöhnung.“

Landsmann Slezak verstand es dabei, weit über das eigentliche Thema hinaus einen Einblick in die politische Situation der Vertriebenen sowie der Sudetendeutschen im besondern in Deutschland zu geben.

Die Gäste wurden auch diesmal wieder mit einem Buffet und Getränken bewirtet, wobei der berühmte „Kleckselkuchen“ von Frau Christa Scharf nicht fehlen durfte.

Zum Märzgedenken der SL Oberösterreich am 5. März hatten sich rund siebzig Landsleute und Gäste trotz der unfreundlichen Witterung beim Denkmal im Ennsener Schloßpark eingefunden. SL-Bezirksobmann Horst Schubert konnte eine Reihe von Ehrengästen begrüßen:

Zunächst den von am weitesten angereisten Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft München, Lm. Johann Slezak, die FPÖ-Vertriebenensprecherin im Nationalrat, Anneliese Kitzmüller, den Bürgermeister der Stadt Enns, Franz Stefan Karlinger, Vizebürgermeister Klaus Kamptner, die Stadträte Ing. M. Voglsam sowie Rudolf Hofmann, den Stadtpfarrer Mag. Johannes Teufel, die Österreichische Landsmannschaft, vertreten durch den Obmann Ing. Karl Winkler und Stellvertreter Wieland Wolfsgruber.

Die SLOÖ war vertreten durch ihren Landesobmann Ing. Peter Ludwig, die Stellvertreter Dr. Günter Kottek und Herbert Reckziegel, den designierten Obmann des Verbandes der Böhmerwälder, Kons. Franz Böhm, und die zahlreich erschienenen Vertreter der Bezirks- und Heimatgruppen.

Nach Niederlegung eines Kranzes und eines



Oben links: Lm. Johann Slezak bei seinen Ausführungen. – Von oben: Bei der Kranzniederlegung. – Im Auerspergsaal des Schlosses Ennsegg.

Auch Völkermord an deutschen Altösterreichern anerkennen!

Die kürzliche Entscheidung des US-amerikanischen Kongresses, die grausamen Massaker der Türken an den Armeniern von 1915 endlich als Völkermord zu bezeichnen und anzuklagen, wird vom Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) ausdrücklich begrüßt. Eine Anerkennung des türkischen Völkermords an den Armeniern liegt übrigens auch von seiten der Republik Österreich vor.

„Ich erinnere daran, daß die menschenverachtende Vertreibung der deutschen, altösterreichischen Bevölkerung aus den sudetendeutschen Gebieten und aus den Siedlungsgebieten im ehemaligen Jugoslawien (Donauschwaben, Deutsch-Untersteirer, Gottscheer) nach Meinung von Völkerrechtsexperten wie dem Österreicher Felix Ermacora oder dem deutschen Hochschullehrer Dieter Blumenwitz den Tatbestand des Völkermords erfüllen“, erklärt Rudolf Reimann, VLÖ-Bundesvorsitzender. Reimann erwartet sich von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, daß auch der Völkermord an den Heimatvertriebenen nach dem Wortlaut der Völkermordkonvention von 1948 anerkannt wird

und die vom internationalen Völkerrecht vorgeschriebenen Konsequenzen von den Verursacherstaaten eingefordert werden. Dazu gehört auch die Leistung einer Wiedergutmachung.

Bundesvorsitzender Rudolf Reimann fordert die österreichischen Stellen wie die Bundesregierung oder das Parlament auf, den Völkermord an den volksdeutschen Heimatvertriebenen nach dem armenischen Vorbild anzuerkennen. Reimann rechtfertigt diese Forderung wie folgt: „Wir wollen, daß der an uns begangene Völkermord nach dem armenischen Beispiel behandelt wird, weil es hier deutliche historische Parallelen gibt: Armenier wie Sudetendeutsche, Donauschwaben, Deutsch-Untersteirer oder Gottscheer wurden pauschal der Kollaboration beschuldigt und nach der Kollektivschuldthese behandelt. Wir wurden dann wie die Armenier vertrieben, wobei die sozialen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen zerstört, die Kultur eliminiert, das Vermögen konfisziert und zehntausendfacher Mord und Totschlag verübt wurden, was eindeutig den Tatbestand des Völkermords erfüllt.“

VORANZEIGE

Gedenktafel-Entüllung Sammellager Melk

Am 30. Mai, um 9 Uhr, feierliche Feldmesse und Einweihung der Gedenktafel für die Abgeschobenen, in der Büro-Kaserne in Melk, Prinzlstraße 22.

Achtung!

Die EU ist mit dem Beneš-Virus infiziert!

Silhouette
TITAN DESIGN
Unsere Inspiration ist die Unendlichkeit
www.silhouette.com | design and quality made in Austria

Tschechen beklagen sich über Kontrollen hinter der Grenze

In Tschechien hat Regierungschef Jan Fischer den Innenminister Martin Pecina aufgefordert, sich mit angeblich verschärften Kontrollen tschechischer Lenker in Österreich und Deutschland zu befassen. Auch einige Politiker haben eine derartige Praxis kritisiert. Fischer reagierte damit auf Beschwerden von Autofahrern sowie eine jüngste Erklärung des Chefs der konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Mirek Topolánek: Der Ex-Premier hatte das Vorgehen der Polizei, vor allem in Deutschland, als „Schikane“ und als „Verletzung des Schengen-Abkommens“ bezeichnet.

Laut der tschechischen Tageszeitung „Lidove noviny“ hat das Prager Innenministerium seit Anfang 2008 hundert Beschwerden über die deutsche sowie fünfundzwanzig über die österreichische Polizei registriert. Die tschechischen Lenker beschwerten sich darüber, daß die Kontrollen zu häufig und übertrieben streng seien. Es handle sich um Kontrollen persönlicher Dinge sowie Leibesvisitationen, wobei die Polizisten oft arrogant aufträten, meinen die Fahrer.

„Das ist kein neues Thema. Es ist zwar nicht ganz ernst, allerdings kehre ich es keinerlei unter den Tisch“, sagte Fischer. Er spielte damit darauf an, daß dieses Problem schon früher – gleich nach dem Beitritt Tschechiens zum Schengen-Raum – Schlagzeilen gemacht hatte.

Topolánek hatte kürzlich in Brüssel in diesem Zusammenhang die deutsche Polizei scharf kritisiert. Er betrachtete das Vorgehen der deutschen Behörden als „Schikane“ und eine „bei-

spiellose Verletzung des Schengen-Abkommens“. Die tschechische Regierung soll nach dem Willen des ODS-Chefs von der Regierung in Berlin die sofortige Einstellung dieser Kontrollen sowie eine Entschuldigung fordern.

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir an der tschechischen Grenze Fahrer deutscher Autos auf Geschlechtskrankheiten kontrollieren, weil der Sextourismus unter den deutschen Touristen mehr verbreitet ist als unter anderen Staatsangehörigen“, polemisierte Topolánek in Anspielung auf die vielen Nachtclubs im tschechischen Grenzgebiet zu Deutschland und Österreich. Der ODS-Chef reagierte damit offenbar auch auf einen Fall, bei dem sich ein tschechischer Fahrer in Deutschland auch Urinests auf Drogen unterziehen mußte.

Vor wenigen Wochen hatte die bayerische Landesregierung Flugzettel herausgebracht, die beim Polizeieinsatz verteilt werden und eventuelle Kontrollen für tschechische Autofahrer transparent machen sollen. In den vergangenen beiden Monaten sollen die deutschen Polizisten nach Angaben der Tageszeitung „Mladá fronta Dnes“ ihre Kontrollen wieder verstärkt haben. Grund sei unter anderem das neue Drogengesetz in Tschechien, das wesentlich liberaler ist als im benachbarten Bayern.

Nach einem Treffen mit dem tschechischen Ex-Premier und Vorsitzenden der Bürgerdemokraten, Mirek Topolánek, sagte der frühere bayerische Ministerpräsident und Innenminister Günther Beckstein, die Kontrollen seien not-

wendig zur Eindämmung grenzüberschreitender Kriminalität. Er kündigte jedoch an, er wolle sich beim bayerischen Innenminister Joachim Herrmann für eine Mäßigung der Kontrollen einsetzen.

Das Thema wurde sogar bei einem Treffen des tschechischen Außenministers Kohout mit seinem deutschen Amtskollegen Westerwelle behandelt. Beide stimmten darin überein, daß die Kontrollen zwar nicht dem Schengen-Abkommen widersprächen, in einigen Fällen werde jedoch der Geist des Abkommens verletzt. Aus tschechischer Sicht handle es sich teilweise um eine Verletzung der Menschenwürde, so Kohout. Westerwelle erklärte, es sei nicht im Interesse Deutschlands, tschechische Bürger zu diskriminieren. Die Kontrollen sollten den Drogenhandel eindämmen. Westerwelle sagte, die Zahl von hundert tschechischen Beschwerden innerhalb von zwei Jahren sei zwar nicht dramatisch, kündigte aber an, das Thema auf die Tagesordnung der Bundesregierung zu bringen. Der tschechische Innenminister Pecina hat auch das österreichische Innenministerium zu Gesprächen über die angeblichen Schikanen gedrängt. Mit der österreichischen Seite werde man sich am 4. Mai in Wien treffen, sagte eine Sprecherin des tschechischen Innenministeriums.

Ob sich die Regierungen auch wieder einmal mit den tschechischen Verstößen gegen die Eigentumsrechte der Sudetendeutschen befassen werden?

Zunehmende Autodiebstähle

Die Zahl der Tschechen, die im Nachbarland Bayern straffällig geworden sind, ist mit 2174 Festgenommenen im Jahr 2009 leicht zurückgegangen. Es gibt jedoch eine starke Zunahme bei den Autodiebstählen an der Grenze zu Tschechien. Insgesamt wurden 2009 im Grenzbereich 285 Autos gestohlen; im Jahr zuvor waren es noch 154 Pkw. Nur eine fortgesetzte intensive Kontrolle durch die Polizei könne die Autodiebstähle in diesem Bereich eindämmen, sagte der bayerische Innenminister Herrmann.

Franz Peter Künzel feiert 85er

Franz Peter Künzel wurde am 31. März 1925 in Königgrätz geboren. Er besuchte anfangs tschechische Schulen in Königgrätz, dann deutsche Schulen in Reichenberg, diente zwei Jahre in der Deutschen Wehrmacht und kam, nach seiner Entlassung aus englischer Kriegsgefangenschaft, nach Weitnau im Allgäu, wo er als Bauernknecht und Malerhilfsarbeiter sein tägliches Brot verdienen mußte, nebenbei aber schon in den ersten Nachkriegsjahren als Übersetzer und Dolmetscher tätig wurde.

Diese Tätigkeit wurde ihm schließlich zum Brotberuf. Insgesamt siebzig aus dem Tschechischen und Slowakischen übertragene Bücher verdanken ihm die deutschen Leser. Mehrere hundert Presse-, Rundfunk- und Fernsehbeiträge stammen aus seiner Feder, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Neue Zürcher Zeitung“ und die „Süddeutsche Zeitung“ druckten seine Beiträge. Er wurde zum kulturellen Brückenbauer schlechthin, den man mit zahlreichen Auszeichnungen und Preisen ehrte. Schon 1966 verlieh ihm die Tschechoslowakische Gesellschaft für internationale Beziehungen ihre Verdienstmedaille, von den Auszeichnungen, die folgten, seien hier nur der Andreas-Gryphius-Preis, die Ehrengabe der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, der Vítězslav-Nezval Übersetzerpreis, der Kunstpreis zur deutsch-tschechischen Verständigung des Adalbert-Stifter-Vereins, der Große Sudetendeutschen Kulturpreis und das Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland genannt.

Seit den neunziger Jahren ist Franz Peter Künzel, wohnhaft in Puchheim bei München, als Chefredakteur der verdienstvollen Kulturzeitschrift „Sudetenland“ tätig und gleichzeitig Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung ostmitteleuropäischer Schrifttums. „Du hast den Herzschlag des Menschen über die Grenzen zwischen den Völkern hörbar gemacht...“, schrieb die österreichische Lyrikerin Christine Busta 1985 in einem ihm gewidmeten Gedicht. Besser konnte man es nicht sagen.

Die von Manfred Jähnichen, Diether Krywalski und Reinfried Vogler herausgegebene Festschrift trägt den Untertitel „Dreifach Diener der Literatur als Übersetzer, Lektor und Redakteur“. In dem umfangreichen Band sind aus Böhmen und Mähren stammende Dichter, Schriftsteller, Germanisten und Slawisten von Rang als Geburtstagsgeladene vereinigt.

Topolánek stolpert über Sprüche CSSD spielt antideutsche Karte

Es war ein Sonntag, an dem der Parteichef der ODS, Mirek Topolánek, ins Schwitzen gekommen sein dürfte. Nicht etwa, weil er sich dem Schwulenmagazin „Lui!“ für ein Interview inklusive Foto-Session zur Verfügung gestellt hat. Sondern weil genau bei dieser Gelegenheit eine inoffizielle Videoaufnahme mit verfallenen Äußerungen des Ex-Premiers an die Öffentlichkeit gebracht wurde.

Topolánek sollte fünf Eigenschaftswörter nennen, die seiner Meinung nach auf Schwule passen. Der ODS-Chef wollte sich auf solch eine Vereinfachung nicht einlassen, hat das mehrmals abgelehnt. Aber dann kam eben doch etwas hinterher: „Gustav Slamečka (Verkehrsmminister, Anm.), wenn es echt eng wird, dann habe ich das Gefühl, daß er als Minister ausweicht, daß er umkippt. Und der Fischer, der ist einfach Jude, kein Schwuler, der weicht noch früher aus.“ Das sind die Worte, die am meisten zitiert wurden in den Zeitungen. Es kam aber noch ein Satz hinterher, der sich – etwas mißverständlich

– auf Slamečka rückbezog: „Das hängt nicht damit zusammen, daß er schwul ist, das hängt mit seinem Charakter zusammen, nicht damit, daß er schwul ist.“ Soweit Topolánek.

Die Videoaufnahme mit diesen Äußerungen wurde dem Boulevard-Blatt „Blesk“ zugespielt. Die mediale und die politische Öffentlichkeit reagierte mit einem Donnerwetter. Alle Medien haben sich auf die Reizworte gestürzt, und die angehängte Erklärung von Topolánek ist oft genug unter den Tisch gefallen. Was nichts daran ändert, daß solch unüberlegte Äußerungen aus dem Munde eines Spitzenpolitikers völlig diletantisch sind. Und die Politik? Premier Fischer bezeichnete Topoláneks Worte als „verletzend, dumm und abwegig“ und will den Kontakt mit ihm nur noch auf das absolut Notwendige beschränken. Topoláneks eigene Partei, die sich natürlich mitten im Wahlkampf befindet, ist in Aufruhr. Der Parteichef verpasse der ODS den Dolchstoß – das ist der Tenor der meisten Kommentare aus den eigenen Reihen.

Topolánek hat sich auch noch über die Kirche und die Tschechen allgemein abwertend geäußert. Die Tschechen seien voller Neid, ängstlich und machten sich leicht in die Hose. Für alle diese Kamikaze-Äußerungen hat sich Topolánek auf offiziellem und inoffiziellem Weg entschuldigt. Ja und die Reaktion der Sozialdemokraten? Der sozialdemokratische Parteichef Jiri Paroubek konterte auf der CSSD-Homepage: Solche Worte über die Tschechen hätte Reichsprotector Heydrich abgesehen. So etwas würde er – Paroubek – eher von Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft erwarten. „In dieser Pressemeldung zeigt sich wieder dieser antideutsche Reflex, der immer dann als Karte ausgespielt wird, wenn man Punkte sammeln will. Das funktioniert vor allem im Wahlkampf.“

Topolánek hat mittlerweile auf die Kandidatur bei den Parlamentswahlen am 28. und 29. Mai verzichtet. Gleichzeitig trat er als Spitzenkandidat der ODS zurück. Für 12. April hat er auch seinen Rücktritt als ODS-Chef angekündigt.

Donauschwaben schwer enttäuscht von Fischer

Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer traf am 15. März mit seinem kroatischen Amtskollegen Ivo Josipovic zu einer Unterredung zusammen. Fischer bekundete Josipovic abermals Österreichs Unterstützung für Kroatiens Weg in die EU. Nicht zur Sprache wurde hingegen vom österreichischen Staatsoberhaupt die Diskriminierung österreichischer Staatsbürger bei der kroatischen Restitutionsgesetzgebung gebracht. Fischer kennt dieses Thema. So meinte er gegenüber dem Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLO) schriftlich, daß es bei der Restitution in Kroatien zu keiner Diskriminierung kommen darf: „Österreich besteht dabei auf eine nichtdiskriminierende Vorgangsweise, die den heutigen internationalen und europäischen Standards bestmöglich entspricht.“

Die Donauschwäbische Arbeitsgemeinschaft (DAG) drängt darauf, daß der 2005 paraphierte österreichisch-kroatische Vermögensvertrag noch vor dem EU-Beitritt Kroatiens gelöst wird, nachdem von seiten des kroatischen Ex-Präsidenten Stipe Mesić eine Ratifizierung verhindert wurde. Das dann von Regierungschef Ivo Sader angekündigte novellierte Restitutionsgesetz, das auch ausländischen Staatsbürgern in

Sachen Restitution dieselben Rechte garantiert, gibt es bis heute nicht. Die DAG weist demnach die von Fischer und Josipovic bei der gemeinsamen Pressekonferenz getroffene Feststellung, daß die Beziehungen beider Länder „keine offenen Fragen haben“, als skandalös und unwahr zurück. Die DAG drängt seit Jahren auf eine Klärung der Restitutionsfrage noch im Vorfeld des kroatischen Beitritts zur Europäischen Union. „Wir wollen verhindern, daß die aus dem kroatischen Raum 1945 vertriebenen Donauschwaben weiterhin bei der Restitution diskriminiert und als EU-Bürger zweiter Klasse behandelt werden“, kritisiert Rudolf Reimann als DAG-Bundesvorsitzender.

Reimann verlangt von der österreichischen Regierung mehr Unterstützung und meint dazu abschließend: „Bundespräsident Heinz Fischer hat bei seiner Unterredung mit dem neuen kroatischen Präsidenten abermals bewiesen, daß ihm die Anliegen der Heimatvertriebenen nicht wirklich am Herzen liegen. Ich möchte daran erinnern, daß er zuletzt wegen der tschechischen Angriffe in Sachen Beneš-Dekrete von den Heimatvertriebenen verteidigt wurde. Viele Heimatvertriebene sind jetzt natürlich enttäuscht.“

Vignetten sind teurer geworden

Mit Ende Jänner lief in Tschechien die Gültigkeit der Autobahnvignette 2009 aus. Seit dem 1. Februar ist die Fahrt für die PKW auf den tschechischen Autobahnen teurer. Der Preis für die Jahresvignette wurde von den bisherigen 1000 auf 1200 Kronen, das sind umgerechnet rund 45 Euro, erhöht. Die Monatsvignette kostet 350 Kronen, 20 Kronen mehr als im Vorjahr. Eine neue Maßnahme gilt auch für die kleinen LKWs. Ihre Fahrer müssen in diesem Jahr die Maut bezahlen.

EINLADUNG

Am Freitag, dem 16. April, um 19.00 Uhr, findet im Sudetendeutschen Haus in München, Hochstraße 8, im Adalbert-Stifter-Saal, ein Vortrag der Sudetendeutschen Lehrer statt.

Thema: **Die Slawen – Anmerkungen zu ihrer Herkunft**
Referent: **Dr. Richard Grill**

Anschließend treffen wir uns in der Vorhalle bei einem Imbiß mit Getränken zu interessanten und anregenden Gesprächen.

Sie sind hierzu recht herzlich eingeladen!

Dr. Hans Mirtes

Europäischer Karlspreis geht an Erika Steinbach

Die BdV-Präsidentin Erika Steinbach wird heuer beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg mit dem Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgezeichnet.

Die CDU-Politikerin habe durch ihr gleichermaßen umsichtiges wie nachhaltiges Wirken erreicht, daß das Unrecht der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht der Vergessenheit anheimgefallen sei, sondern sowohl durch die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ als auch durch die Einrichtung einer Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ der Bundesregierung aufgearbeitet und öffentlich gemacht werde, so Sprecher Bernd Posselt und Bundesvorsitzender Franz Pany in ihrer Begründung.

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und Menschenrechtssprecherin der CDU / CSU-Bundestagsfraktion stehe für Augenmaß, Wahrhaftigkeit und Verständigung.

Die feierliche Preisverleihung wird im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des Sudetendeutschen Tages am Pfingstsonntag, dem 22. Mai, um 10.30 Uhr, in Augsburg, Messezentrum (Schwabenhalle) in Anwesenheit von Vertretern aus Politik und Gesellschaft sowie über tausend sudetendeutschen Landsleuten stattfinden.

Der Europäische Karlspreis wurde von der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Er-



innerung an Karl IV., Römischer Kaiser, Deutscher König und König von Böhmen, dem Ordner Mitteleuropas, gestiftet. Zweck der Verleihung ist der Mahnruf nach einer gerechten Völker- und Staatenordnung in Mitteleuropa. Der Europäische Karlspreis wird an Persönlichkeiten und Einrichtungen der Politik, des Geisteslebens oder der Wirtschaft verliehen, die sich besondere Verdienste um die Verständigung und Zusammenarbeit der Völker und Länder Mitteleuropas erworben haben.

Sudetendeutscher Tag 2010 in Augsburg – Programm

Freitag, 21. Mai

11 Uhr: **Pressekonferenz**, Messezentrum, TC, Ebene 21, Raum 2.11 A.

14 Uhr: **Kranzniederlegung** durch Ernst Wollrab, Bezirksobmann Schwaben, An der Kongreßhalle, Gögginger Straße 10.

19 Uhr: **Festlicher Abend** der Sudetendeutschen Stiftung und der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit **Verleihung der Sudetendeutschen Kulturpreise 2010** sowie des Sudetendeutschen Volkstumspreises 2010, Rathaus, Goldener Saal, Rathausplatz 2 (gesonderte Einladung).

Samstag, 22. Mai

9 Uhr: **Eröffnung der Buchausstellung**, Messezentrum, Halle 7.

9.30 Uhr: **Eröffnung der Aktionshallen** durch Franz Pany, SL-Bundesvorsitzender.

10.30 Uhr: **Festliche Eröffnung des 61. Sudetendeutschen Tages mit Verleihung des Europäischen Karlspreises 2010**, Messezentrum, Schwabenhalle. – Rede der Karlspreisträgerin Erika Steinbach, MdB. – Musik. Umrahmung: Moravia Cantat.

13.30 Uhr: **Vortragsveranstaltung der Sudetendeutschen Jugend (SdJ)**: „Vorstellung und Erläuterung der politischen Erklärung“, Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.11 A.

13.30 Uhr: Ackermann-Gemeinde: **„Homo Sudeticus 2010 – Fragen an eine sudetendeutsche Identität“**. Einleitung von Martin Kastler MdEP, Schwabach, Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde. Es diskutieren: Peter Becher, Geschäftsführer Adalbert-Stifter-Verein, Martin Dzingel, Geschäftsführer Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, Prag / Praha (CZ), Eva Habel, Pastoralreferentin, ehemalige Heimatpflegerin der Sudetendeutschen, Schluckenau / Šluknov (CZ), Blanka Mouralová, Direktorin des Collegium Bohemicum, Aussig / Ústí nad Labem (CZ), Gerhard Müller, stv. Vorsitzender des Sudetendeutschen Heimatrates, Adolf Ullmann, Ackermann-Gemeinde. Moderation: Matthias Dörr, Bundesgeschäftsführer der Ackermann-Gemeinde München. Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.24 B.

13 Uhr: **Heimatkreis Reichenberg Jahreshauptversammlung** im Messezentrum, Foyer Schwabenhalle, Konferenzraum.

13 Uhr: Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher: **Mitgliederversammlung** Messezentrum, Schwabenhalle, Büroraum.

13.30 Uhr: Sudetendeutsches Institut e.V.: **Vortragsveranstaltung „Odsun II“** (1939 bis 1946) – Vorstellung des zweiten Dokumentationsbandes zur Vertreibung der Sudetendeutschen. Referenten: Professor Kurt Heißig (München), stv. Vorsitzender, Raimund Paleczek (München), Vorsitzender. Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.24 A.

13.30 Uhr: Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk: Informationsveranstaltung **„Der Heiligenhof einst und jetzt“**, Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.11 B.

14 Uhr: 13. **Frauenforum**: „Frauen der Tat – das Bild der sudetendeutschen Frauen im 20. Jahrhundert.“ Referentinnen: Schirmherrschaftsministerin Christine Haderthauer, MdL, Bundesfrauenreferentin Walli Richter Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.11 A.

14 Uhr: Förderverein Mittleres Erzgebirge – Komotauer Land. **Jahresmitgliederversammlung 2010** im Messezentrum, Foyer Schwabenhalle, Konferenzraum.

14 bis 17 Uhr: Heimatgruppe „Glück auf“ – Stadt und Landkreis Neudek: Möglichkeit zur **Besichtigung des Heimatmuseums Augsburg-Göggingen**, Von-Cobres-Str. 5.

15 Uhr: Arbeitskreis Sudetendeutscher Akademiker e.V.: Vortragsveranstaltung **„Jahrhundert des Hasses – Nationalismus, Holocaust und Vertreibungen“**. Referent: Toman Brod. Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.11 A.

15 Uhr: Tagung der Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Lehrer und Erzieher: **„Der politische Dogmatismus in der deutschen Geschichte am Beispiel des Kriegsausbruches 1939.“** Referent: Professor Franz W. Seidler, Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.24 A.

15 Uhr: Sudetendeutscher Heimatrat: **„Wo stehen wir heute?“** Leitung: Franz Longin, Stuttgart, Vorsitzender, Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.11 B.

15.30 Uhr: Seliger-Gemeinde e.V.: Vortragsveranstaltung zur Ausstellung **„Die sudetendeutschen Sozialdemokraten – Von der DSAG zur Seliger-Gemeinde.“** Referent: Peter Becher, im Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.24 B.

17 Uhr: Adalbert-Stifter-Verein: Lesung zur Ausstellung im Juni und Vorstellung des Konferenzbandes **„Prah – Prag 1900 bis 1945. Literaturstadt zweier Sprachen, vieler Mittler.“** – Peter Becher, Anna Knechtel. Messezentrum, Foyer Schwabenhalle, Konferenzraum.

17 Uhr: **Vortrag Sudetendeutsche Stiftung** (Thema noch nicht bekannt), Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.24 B.

17 Uhr: Walther-Hensel-Gesellschaft: **Offenes Singen**, Leitung: Herbert Preisenhammer, Stuttgart. Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.11.

17 Uhr: Vortrag des Witikobundes: **„Zur Lage der Volksgruppe“** – Referent: Roland Schnürch (Düsseldorf), Vorsitzender des Witikobundes, Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.24 A.

18 Uhr: Vortrag Arbeitskreis Sudetendeutscher Bauern: **„Das Beschwerdeverfahren beim UN-Menschenrechtsausschuß“**. Referent: Thomas Gertner (Bad Ems), Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.24 A.

19 Uhr: **61. Großer Volkstumsabend**: „Handwerk im Sudetenland“, Leitung: Roland Hammerschmid, im Messezentrum, Schwabenhalle.

19 Uhr: **„Ein sudetendeutsches Schatzkästlein“**, Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.1.

20 Uhr: **Sudetendeutsches Volkstanzfest**, Messezentrum, Halle 7.

Sonntag, 23. Mai

8 bis 18 Uhr: **Öffnung der Aktionshalle 7**, Messezentrum, Halle 7.

9 Uhr: **Römisch-katholisches Pontifikamt**, Messezentrum, Schwabenhalle. Es zelebrieren: Vertriebenenbischof Dr. Reinhard Hauke, Weihbischof von Erfurt, Pfarrer Karl Wucherl, Visitator für die Seelsorge an den Sudetendeutschen. Musikalische Umrahmung: Böhmerwälder Musikanten.

9 Uhr: **Evangelischer Gottesdienst**. Predigt: Pastor Bruno Härtel, Gießen, Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.1.

10 Uhr: **Aufstellung der Fahnenabordnungen und der Trachtengruppen** vor der Schwabenhalle.

10.30 Uhr: **Einzig der Fahnenabordnungen und Trachtengruppen zur Hauptkundgebung**. Moderation: Robert Wild, stellv. Bundesvorsitzender.

11 Uhr: **HAUPTKUNDGEBUNG**. Messezentrum, Schwabenhalle. Eröffnung: Franz Pany, SL-Bundesvorsitzender. Totengedenken: Robert Wild, stellv. Bundesvorsitzender. Erklärung der S.J: Bernhard Goldhammer. – Reden: Bernd Posselt, MdEP, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgemeinschaft, – Horst Seehofer, bayerischer Ministerpräsident, Schirmherr der sudetendeutschen Volksgemeinschaft. Anschließend: Treffen in den Hallen 5 und 7.

11.30 bis 15 Uhr: **Mundartlesungen** im Messezentrum, TC, Ebene 2, Raum 2.11 A.

14 Uhr: **Sitzung des Heimatkreises Kapplitz**, im Messezentrum, TC Ebene 2, Raum Nr. 2.11 B.

Steinbach lädt Václav Klaus ein

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen in Deutschland, Erika Steinbach, wünscht sich die Teilnahme des tschechischen Präsidenten Klaus oder eines anderen hohen tschechischen Staatsvertreters an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Charta der deutschen Heimatvertriebenen.

Wörtlich sagte sie kürzlich in einem Interview für den Tschechischen Rundfunk: „Wenn der tschechische Präsident käme, würde es mich sehr freuen, und die Sudetendeutschen besonders.“ Die große Mehrheit der vertriebenen Sudetendeutschen habe kein Interesse an einer Rückforderung des nach dem Zweiten Weltkrieg konfiszierten Eigentums. Es gebe jedoch ein tiefes Bedürfnis, zum Beispiel vom tschechischen Präsidenten zu hören, die „ehemaligen Mitbürger sind im Land willkommen“, so Steinbach.

Die Vertriebenenpräsidentin verteidigte in demselben Gespräch ihre umstrittene Äußerung des Jahres 1998, die Tschechen hätten im Zweiten Weltkrieg fast nicht gelitten. Hitler habe sich gegenüber den Tschechen nicht wesentlich anders verhalten als gegenüber den Bürgern im Deutschen Reich, ergänzte Steinbach nun. Sie hatte seinerzeit freilich auch nur in Bezug auf die Kriegsschäden gemeint, daß die Tschechen weniger gelitten hätte als andere Staaten. Und das ist ein historisches Faktum.

Ausstellung in Simbach



Die Stadt Simbach am Inn hat die ansässigen Landsmannschaften der Sudetendeutschen, Schlesier und Donauschwaben für sein vom Münchener Architekten Otto Grimm erweitertes Stadtmuseum zu einer Repräsentativ-Ausstellung eingeladen, die bis 4. April zu besichtigen war. Die Landsmannschaften hatten Gelegenheit erhalten, je zwei Künstler aus dem malerischen und bildhauerischen Bereich auszuwählen, die dann mit je sechs bis acht Werken vertreten waren. Aus dem Sudetenraum konnte vom SL-Kulturreferenten für Oberbayern die Malerin Gabriele Breit, Freilassing / Kapellen und die SL-Förderpreisträgerin Dagmar Doyscher als Bildhauerin (im Bild eine Büste von ihr) gewonnen werden, die jeweils Spitzenwerke zeigten.

E. E. Korkisch

Vortrag in Retz zum Kulturerbe

Die Stadtgemeinde Retz und die Südmährische Galerie laden zu einem Vortrag für Freitag, 7. Mai, um 15 Uhr, im Rathaussaal der Gemeinde Retz ein. Dr. Hellmut Bornemann spricht zum Thema „Erhaltung des Kulturerbes – Anspruch und Realisierung“.

Vor hundert Jahren flog die Etrich-Taube zum ersten Mal

Igo Etrich kam am 25. Dezember 1879 in Ober Altstadt bei Trautenua / Trutnov in Nordböhmen zur Welt und starb am 4. Februar 1967 in Salzburg. Der Pionier des Flugzeugbaues hatte bereits 1905 ein Patent für Luftschraube und Flügelform bei Flugzeugen angemeldet, 1907 gelang ihm die Konstruktion des ersten österreichischen Motorflugzeuges. Der Erstflug der Etrich-Taube I „Praterspatz“ war 1907 im Wiener Prater.

1910 folgten die Etrich-Taube II und 1911 das erste österreichische Militärflugzeug. Der Erstflug der Etrich-Taube II erfolgte am 16. März 1910 auf dem Flugfeld Wr. Neustadt. Karl Illner aus Schatzlar, der die Etrich-Taube flog, erzielte alle Dauerflug- und Höhenrekorde Österreichs.

1912 wurden die Etrich-Werke in Liebau in Schlesien gegründet. Das Konstruktionsbüro leitete Ernst Heinkel. Als Etrich die Brandenburgischen Flugzeugwerke gründete, nahm er Heinkel mit. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte Etrich in seine böhmische Heimat zurück und baute seine Sport-Taube in Trautenua. Da diese schneller war als damalige ÖSR-Militärflugzeuge, wurde sie wegen vorgeblicher Schmuggel-flüge beschlagnahmt.

Danach war Etrich in den Textilfabriken seiner Familie in Trautenua beschäftigt. Als Heimatvertriebener siedelte er sich in Salzburg an. Er war auch Ehrendoktor der Technischen Hochschule in Wien. In Wien-Simmering erinnert an ihn die Etrichstraße.



Radka Denemarková über die Last des Verdrängens in der Tschechischen Republik: DAS SEELENLOSE LAND

Die tschechische Gesellschaft ist krank. Und nicht nur das. Sie lehnt es ab, sich behandeln zu lassen. Seit Jahrzehnten leben wir mit gefälschter Geschichte, und solange diese Wirrnis nicht aufgelöst wird, sind wir nicht wirklich frei. Wir leben in einem tragischen Land, in dem sich die Menschen nach Vergessen sehnen und in ihrer Sehnsucht von der zeitgenössischen Kunst unterstützt werden. Die Abneigung gegen die Wahrheit haben wir mit den Russen gemeinsam. Wenn ich mir Gedanken über die zwei Jahrzehnte nach 1989 machen soll, denke ich zwangsläufig darüber nach, warum ich trotz Freiheit nur Kälte spüre? Logischerweise führen mich diese Überlegungen in die Vergangenheit, denn das Heute ist ihr Resultat. Eine tschechische Chronik herausquellender Kleinkariertheit, Scharfzüngigkeit und Rachsucht, endloser Sitzungen, Rundschreiben- und Fragebogenkonzepte, blinder Anpassung an das sowjetische Vorbild und autokratischer Entscheidungen von Nichtskönnern, Annalen permanenter Redeschwingelei, demoralisierter Arbeitseinstellung und separatistischer Gelüste seitens der Slowaken.

Die Stimmung in unserem Land speist sich aus der Überzeugung, wir seien lediglich eine Art Prellbock zwischen dem Westen und dem Osten. Dazu beigetragen hat auch unsere erste Massenhysterie: Die Vertreibung der Deutschen von 1945. In der Schule hat man mir nie erzählt, daß vormals Tschechen und Deutsche hier Jahrhunderte lang friedlich nebeneinander gelebt haben.

Das Münchener Abkommen, das Heimholen der Sudetendeutschen zurück ins Reich, die Anwendung der Nürnberger Gesetze im Protektorat Böhmen und Mähren, die Okkupation, der Holocaust und die Vernichtung der jüdischen Kultur wie auch die auf den Nationalsozialismus folgenden Vertreibungen in der Nachkriegszeit beendeten die deutsch-tschechische Koexistenz gewaltsam.

Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten in Böhmen und Mähren beinahe drei Millionen Deutsche. Nach dem Zweiten Weltkrieg bekamen undifferenzierte, gehässige antideutsche Stimmungen die Oberhand. Vom Prinzip der Kollektivschuld ausgehend, vermengten sie sich auf eine absurde Weise mit dem traditionellen tschechischen Antisemitismus und fanden ihren Höhepunkt in der Vertreibung der Deutschen. Das jüdische und deutsche Element in der Geschichte der Länder der böhmischen Krone wurde mit Hilfe von nationalistischen Argumenten entweder verzerrt oder ganz ignoriert, manchmal wurde die ablehnende Haltung auch klassenkämpferisch untermauert. Die solcherart deklarierte – und ohnehin latent vorhandene – Aversion war bezeichnend für das Verhältnis zur deutschen Kultur insgesamt. Die organisierte Vertreibung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus Böhmen und Mähren (Dezember 1945 bis Dezember 1946), die ja im Rahmen einer beabsichtigten nationalen Einheit ihre Rechtfertigung fand, wurde im Einvernehmen mit den Siegermächten ausgeführt. Bereits im Sommer 1945 kam es allerdings zu der sogenannten wilden Vertreibung, die durch Organe der Staatsmacht vor Ort durchgeführt und vom Terror und Massenmord an Deutschen, Kollaborateuren und unschuldigen, denunzierten Mitbürgern begleitet wurde. Diese Revolutionsexzesse nahmen die politischen Säuberungen nach dem Februar 1948 vorweg.

Bis in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts stellten in der Tschechoslowakei die deutsch-tschechischen Beziehungen ein zu tiefst tabuisiertes Thema dar. Aus der Vertreibung der Deutschen leitete sich ein stark von Revisionismus und revanchistischen Tendenzen geprägtes Deutschlandbild ab. Die Deutschen waren vertrieben, die Juden tot oder im Exil. Für lange Jahrzehnte wurde jeglicher deutsche oder jüdische Beitrag zur tschechischen Kulturgeschichte praktisch verschwiegen.

Doktrin des Verdrängens

Die Atmosphäre der hiesigen Geschichtsverdrängung wird bis heute von populistischen tschechischen Politikern als Schreckgespenst benutzt (Präsident Václav Klaus begründete seine Weigerung, den Vertrag von Lissabon zu unterschreiben, mit dem Verweis auf „Revanchismus“). Außerdem bereitete die wilde Vertreibung anderen furchtbaren Geschehnissen den Boden. Der im amerikanischen Exil verstorbene Journalist Ferdinand Peroutka schrieb

1956 in einem Beitrag für Radio Freies Europa: „Durch die Vertreibung der Deutschen ist eine Atmosphäre entstanden, in der es möglich ist, den politischen Gegner ohne großen Alarm zu beseitigen, eine Atmosphäre, die ein Leben ohne Recht und außerhalb des Gesetzes möglich macht ... Dies sind die moralischen Folgen der Massenvertreibung, die bereits heute zu ahnen sind: Wenn es möglich ist, einen Menschen dafür zu bestrafen, daß er zu einer bestimmten Nation gehört, dann ist es auch möglich, ihn dafür zu bestrafen, daß er einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse oder politischen Partei angehört.“

Nach der kommunistischen Machtübernahme von 1948 und der sowjetischen Okkupation von 1968 wurde der geltende Rechtsstatus für weitere Hunderttausende aufgehoben. Der Stalinismus florierte bei uns ohne Rücksicht darauf, was zur gleichen Zeit in der UdSSR passierte. Stalin galt bei uns als ein Vorbild – dabei wußte man bereits, daß er ein Massenmörder war. Jene Generation, die sich damals auf ihn berufen hatte, wischte 1968 mit einem einzigen Satz ihre Taten vom Tisch. Sie erklärte: „In unserer Jugend haben wir einige Fehler und Irrtümer begangen“. Hinter dem Plural „Wir“ fanden viele Gesichter Platz. Die „Fehler und Irrtümer“ hätten aber auch vermieden werden können. Man kann immer etwas nicht tun. Die Tschechoslowakei der fünfziger Jahre war ein korruptes Terror-Regime mit Vorliebe für Massenmord, ein Staat, in dem die Rechtsgesellschaft verhöhnt wurde. Als hätten junge SS-Chargen mit dem Satz „In unserer Jugend haben wir Irrtümer begangen“ die Welt beruhigen, als hätten sie damit ihre Unterstützung von Hitlers Regime vergessen machen können. Während diese Menschen in Deutschland als Kriegsverbrecher bezeichnet wurden, schloß man bei uns für ähnliche Taten keinen Menschen von der Teilnahme am öffentlichen Leben aus, weder für Verbrechen in den fünfziger Jahren (Verhaftungen und Schauprozesse, die Hinrichtung von Milada Horáková, Zwangstrennung von Kindern und Eltern, Enteignung von Eigentum, Zwangsexmatrikulation ganzer Jahrgänge nichtkommunistischer Studierender, Umsiedlung von Familien, Plünderung von Klöstern, Vernichtung von Bibliotheken) noch für die in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren (keine Zulassung von Kindern der Klassenfeinde zum Studium, straflose Verbreitung von anonymen Denunziationen und Lügen. Die Mörder blieben an der Macht, weil sie als Rückendeckung sowjetischer Panzer hatten).

Nach 1989 flüchteten sich die Verbrecher ins Parlament und in die Unternehmerkreise. Und was passierte mit den nicht gelebten, verkrüppelten Leben? Die Opfer haben schweigen müssen. Bis heute will keiner das Zeugnis der Überlebenden hören. Während zwanzig Jahre nach 1989 wurde kein einziges Mal erwähnt, daß ein Mensch sich nach seinen Taten und nicht nach seinen Worten bemißt. Die Worte kann man ändern, je nachdem, ob wir gerade 1953 oder 1968 bzw. 1989 oder 2010 schreiben. Wer einmal auf der Seite von einem Regime stand, das gemordet hat, der muß sich zu seinen Taten bekennen. Das Verschweigen beleidigt die Toten. Und mit ihnen auch diejenigen, die nach mehrjähriger Inhaftierung zwar physisch überlebt, psychisch aber ruiniert sind.

Prozesse gegen kommunistische Verbrecher schleppen sich dahin, keiner wurde bestraft und wird es wohl auch nicht werden, weil wir unseren Teil der Schuld nicht annehmen wollen. Womit wir der jüngeren Generation eine klare Botschaft übergeben: Im Leben ist alles erlaubt, denn jede Abartigkeit läßt sich mit dem Satz „In unserer Jugend haben wir Fehler und Irrtümer begangen“ vom Tisch wischen.

In unserer Jugend liegt keine Hoffnung, sie wächst in einer Atmosphäre auf, in der seit Generationen Halbwahrheiten und Vorurteile weitergegeben werden. Wußte Václav Havel denn 1989 nicht, daß seine Vorstellung, bei null anzufangen und einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, das Gleiche heißt, wie die Vergangenheit unter den Teppich zu kehren, wo sie bis heute weiter gären kann? Der Einmarsch der Panzer von 1968 galt auch den einstigen Parteimitgliedern, von denen viele in den fünfziger Jahren in Stalins Namen geholfen hatten, die Stricke zu knüpfen. Und die enttäuscht waren, als sich diejenigen vom „Frühlingserwachen“ distanzieren, die die vorangegangenen Jahre im Knast verbracht hatten, während sie

selbst ihr Leben leben, ihre Bücher schreiben konnten – um dann endlich die Wahrheit zu erkennen, allerdings just in dem Moment, als sie von der Macht entfernt wurden.

Das alles wurde 1989 vom Tisch gewischt, als hätte es das nie gegeben. Peinlicherweise wird immer wieder die Causa Milan Kundera durchgekaut, aber über die Anstifter, die die Gesellschaft in ähnliche Situationen gebracht hatten, über die verliert man kein Wort. Es werden immer wieder die „gleichen“ Erinnerungen hervorgeholt, die im Kontext der damaligen Zeit und im Kontext der zugänglichen Informationen unterschiedlich wahrgenommen werden; somit verstärken sie unsere Blindheit nur. Unser privates Gedächtnis wird durch das Kollektivgedächtnis vervollständigt. Aber wird auf diese Weise nicht die Wahrhaftigkeit unserer Erinnerungen geschwächt?

Wer als Rußlands Vasall in einem sozialistischen Land und in einem okkupierten Regime gelebt hatte, der scheint in keiner anderen Welt mehr leben zu können. Die einstigen „Partei-freunde“ versuchen heute einen Kapitalismus „mit sozialistischem Antlitz“ in Böhmen zu errichten: Die Auserwählten tragen ihren Sieg außer Konkurrenz davon, freien Wettbewerb gibt es nicht (so wie es im Sozialismus gang und gäbe war, den Feind mittels politischer Verfolgung aus dem Spiel zu bringen). Auch die alte Mentalität wurde herübergerettet: Man fördert nicht die, die begabt und fähig sind, sondern die mit weniger Fähigkeiten Ausgestatteten, weil diese sich durch Loyalität und Skrupellosigkeit auszeichnen. Überhaupt könnte man sagen, daß Tschechien zwar physisch einen Kerker überlebt hat – sechs Jahre während der nationalsozialistischen und vierzig Jahre während der kommunistischen Herrschaft –, aber psychisch als ein Wrack in die freie Welt zurückgekehrt ist, mit der Befähigung, ausschließlich eigene Wünsche zu befriedigen.

Der Bazillus des Ostens

Diejenigen sind an der Macht, die keinem Druck hatten standhalten müssen, und sie stürzen sich von der Position ihrer Macht nun auf die Menschen, die im Gefängnis gesessen haben, nicht publizieren durften oder ins Exil gegangen sind, um das Recht auf Meinungsfreiheit zu verteidigen. Die Bedeutung einer solchen Haltung wird kleingeredet, für unwichtig erklärt. Wer Angst hat, seine schmackhaft belegte Scheibe Brot zu verlieren, der fórdert alles, bleibt bei allem aber innerlich unbeteiligt. Die Zeit der planmäßig gesteuerten Volksverdummung vor 1989 haben sie in Ruhe auf ihren Datschen überstanden, mit einem Glas gut gekühltem Pilsner in der Hand. Mit ihnen überlebt hat auch unsere Vorliebe für parteiliche Vorteile, die Stellung des Präsidenten ist die eines Monarchen, eines Zaren, es ist der Bazillus des Ostens, der in uns hängengeblieben ist, die Angst vor ziviler Gesellschaft, die angeborene Neigung, den anderen auszunutzen.

So zu tun, als wären wir nicht ein Teil von Europa, als befände sich Europa irgendwo außerhalb von uns, als könnte man es ungestraft der Lächerlichkeit preisgeben, wie das auch die tschechischen Politiker während der EU-Ratspräsidentschaft 2009 demonstriert haben. Die tschechische Abkapselung ist gefährlich, die Ich-Bezogenheit, die kein Interesse daran zeigt, zu erfahren, was vor der eigenen Tür passiert. Die Menschen tun, als würden sie alles besser verstehen, sie fühlen sich wie der Nabel der Welt. Es fehlt an Demut, Neugierde und Menschlichkeit. Das Lakaienium, verstärkt durch die aus Rußland importierte asiatische Mentalität, sucht die Schuldigen außerhalb von sich, damit es seine Minderwertigkeitsgefühle an ihnen abregieren kann. Wir tun, als sähen wir weder die Gesichter der Mörder, noch die von denjenigen, die mit dem Okkupationsregime kollaboriert haben. Wir tun so, als wären wir jemand anders. Für manche Menschen gehört das immer noch zu ihrer Überlebensstrategie. Ein Land, in dem es keinen Platz für die Seele gibt. Die tschechische Variante vom Kapitalismus bringt das Gesetz des Dschungels zurück: Der Stärkere beherrscht den Schwächeren.

Die tschechische Wirklichkeit wirkt auf eine merkwürdige Art gespenstisch, bizarr. Aber anders als in einem Horrorfilm oder auf einem expressionistischen Gemälde, verlieren hier die Menschen weder ihre Gesichtszüge noch ihre Realitätsbezüge. Die Situation behält ihre „normalen“ Umriss.



Radka Denemarková.

Meine Romane sind Gleichnisse für die Auseinandersetzung mit der Geschichte meines Landes. Ein Versuch, sich mit etwas auseinanderzusetzen, womit man sich hierzulande nicht auseinandersetzen kann. Die Tür zu einer nackten Geschichte zu öffnen, dem Drama seine Kraft zurückzugeben. „Die Wahrheit sagen und nicht nur die Wirklichkeit abbilden“. Das kann nur Literatur schaffen. Als würde ich mich für das Leben nach dem Tod vorbereiten und an meiner Verteidigung arbeiten. Wenn ich vor diejenigen trete, denen eine solche Zeit zur Selbstreflexion nicht gegeben wurde. Vielleicht werden sie mir mit einer Grimasse Vergebung erteilen. Aber vorher muß ich (mir) eine Ohrfeige verpassen.

(Aus dem Tschechischen v. Eva Profousova)

Wir haben gelesen

Ernst Wala: „Sudetenland – Ostfront – Hamburg: Erinnerungen...“ 190 Seiten, gebildet, LIT Verlag Münster, ISBN-Nummer 3-858-9164-x. Bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar. – Aus Restposten über die SLO, 1030 Wien, Steingasse 25, Tel.: 01 / 718 59 19, Fax: 01 / 718 59 23, E-mail: office@sudeten.at zum Sonderpreis von Euro 10,- (inkl. Zustellung) erhältlich, solange der Vorrat reicht.

Ernst Wala hat – viele Jahre nach Kriegsende – begonnen, als Zeitzeuge seine Lebenserinnerungen aufzuschreiben. Wie so manche seiner sudetendeutschen Landsleute, benötigte auch er genügend Abstand, um über die vergangenen einschneidenden Ereignisse zu berichten.

Es war ein Leben, wie es viele seiner Zeitgenossen auch durchlebten – manche von ihnen mit weitaus schlimmeren Erlebnissen und schlechten Erfahrungen. Ein Leben voll glücklicher Kindheitserlebnisse, Verlust, Enttäuschung und Glück, Gefahren im Krieg und Hoffnungen in Zeiten des Umbruchs. Der fundamentale Wille, den Krieg und die schrecklichen Zeiten zu überleben, trieb diese Generation voran.

In diesem Buch wird am Beispiel einer Durchschnittsfamilie auch die historische Entwicklung in Böhmen, Mähren und Österreichisch Schlesien seit dem ersten Weltkrieg beschrieben, und wird dadurch sehr verständlich!

Ernst Wala wurde am 10. November 1922 in Karlsbrunn in eine Gaststätte mit Fleischerei und Landwirtschaft an der böhmisch-mährischen Grenze in einem Bauerndorf hineingegeben. Der Vater hatte schon als Geselle in Wien gearbeitet und seine Wertsicht erweitert, was ihm im Geschäftsleben zugutekam. 1933 übernahmen seine Eltern in Dürnholz, Südmähren, eine Gastwirtschaft mit Fleischerei und verließen den Schönhengstgau.

Ernst absolvierte hier eine dreiklassige Bürgerschule und erlebte in dieser Großgemeinde eine schöne Jugendzeit. 1936 ging's wieder zurück nach Karlsbrunn, es folgte die Fleischereilehre in Poltschka und Zwittau – mit der Familiengeschichte.

Nach dem Reichsarbeitsdienst folgt die Einberufung in die Wehrmacht, er muß vier Jahre an die Ostfront, mit dem Rückzug – ohne in Kriegsgefangenschaft zu geraten. Er kommt über Dänemark bis vor Hamburg. – wo er in der Nachkriegszeit seine Ehefrau Gertrud kennenlernt und im September 1946 heiratet.

Schwere Luftangriffe im April 1945 auf Pilsen

Im Protektorat Böhmen und Mähren arbeitete die tschechische Arbeiterschaft äußerst effektiv für die deutsche Kriegsproduktion. Verzelte Sabotageakte blieben ohne Einfluß auf

Von Josef Weikert

den Produktionsausstoß. Die Pilsner Skodawerke, in dieser Zeit eingegliedert in die Reichswerke Hermann Göring, waren neben Krupp und Rheinmetall zu einer wichtigen Rüstungsschmiede für das Deutsche Reich geworden. Deshalb war Pilsen im Zweiten Weltkrieg das Ziel von zwölf Luftangriffen und war damit die am meisten angegriffene Stadt im Protektorat (übertroffen nur noch von achtzehn Luftangriffen auf das im Sudetengebiet gelegene Hydrierwerk zur Herstellung synthetischer Treibstoffe Maltheuern bei Brüx).

Die meisten dieser Luftangriffe trafen lediglich die Zivilbevölkerung. So warfen britische Bomber am 17. April 1943 bei einem Angriff, der den Skodawerken gelten sollte, ihre Bombenlast auf die psychiatrische Heilstätte im westböhmischen Städtchen Wiesengrund (Dobřany), obwohl die Dächer des Areals mit den Zeichen des Roten Kreuzes gekennzeichnet waren (Beitrag: „Die alliierten Luftangriffe auf Pilsen während des Zweiten Weltkriegs“ in: „Tatsachen, Meinungen, Standpunkte“, Band V 2007, der Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher e.V.).

Bis zum Frühjahr 1945 blieben die Skodawerke voll produktionsfähig. Die schwersten Luftangriffe auf Pilsen erfolgten erst im April 1945. Am 17. April 1945 heulten um 3.30 Uhr die Sirenen. 222 britische viermotorige Lancaster-Bomber mit 891 Tonnen Spreng- und vier Tonnen Brandbomben an Bord warfen ihre Last in nur sieben Minuten auf den Pilsner Hauptbahnhof, auf das Gleisfeld des Rangierbahnhofs und in die angrenzenden Wohnviertel. Getroffen dabei wurde auch das Schlachthaus und zwei Brauereien. Von den etwa 500 Eisenbahnwagen im Bahnhofsareal waren danach siebzig Prozent nur noch verbogenes Eisen. Fünfundachtzig Lokomotiven wurden vollständig zerstört; der Bahnhof war bis zu Kriegsende unbenutzbar.

Die Zahl der getöteten Zivilisten wird mit 624 angegeben, darunter 347 Eisenbahner und Reisende im Bahnhof. Nicht enthalten in dieser Zahl sind die Toten aus militärischen Transporten und Flüchtlingszügen, die sich zur Zeit des Angriffs im Bahnhofsgelände befanden. Nach deutschen Schätzungen belief sich die Gesamtzahl der Toten auf etwa achthundert. Die Zahl der bei diesem Angriff Verletzten wird mit 453 angegeben. Außer der vollständig zerstörten

Notwohnungskolonie, genannt Cikánka, mit ihren 142 Einzelobjekten, wurden in der Stadt 120 Häuser vollkommen zerstört, 154 schwer beschädigt.

Der darauffolgende Tagesangriff mit einundzwanzig amerikanischen Maschinen am 18. April, bei dem die mitgeführte Bombenlast von 61,8 Tonnen wegen der starken Luftabwehr verfrüht in Wohngebiete abgeworfen wurde, traf die Stadt vollkommen unvorbereitet, denn bei dem vorangegangenen Luftangriff waren auch Luftschutzeinrichtungen beschädigt worden. Als um 14.12 Uhr endlich die Sirenen heulten, war die Stadt bereits bombardiert. Bei diesem Angriff wurden 79 Menschen getötet und 24 verletzt. Fünfzig Häuser wurden vollständig zerstört und weitere 29 schwer beschädigt.

Doch erst nach dem letzten Angriff auf Pilsen am 25. April 1945, der zu einem Zeitpunkt erfolgte, als das nahende Kriegsende bereits absehbar war und dessen Sinn daher in Frage steht, lagen die Skodawerke zu 70 Prozent in Trümmern. Bei diesem Angriff kamen 276 amerikanische Bomber B-17 Flying Fortress zum Einsatz; davon waren 198 Flugzeuge mit einer Bombenlast von 625 Tonnen für den Angriff auf die Skodawerke und 78 Flugzeuge mit einer Bombenlast von 189 Tonnen auf das Flugfeld am Bory bestimmt, dessen Jagdflugzeuge wegen Treibstoffmangels nicht starten konnten. In der Zeit zwischen 10.45 und 11.39 Uhr fielen 430 Spreng- und eine kleinere Menge Brandbomben auf die Skodawerke. Dabei wurden 28 Fabrikgebäude vollkommen zerstört und 22 weitere schwer beschädigt.

Aber auch auf die Stadt selbst fielen Bomben. Hier wurden 339 Häuser vollständig zerstört, 229 schwer beschädigt. 67 Menschen kamen ums Leben, davon sechs in den Skodawerken (die Belegschaft war von dem bevorstehenden Angriff über den Londoner Rundfunk gewarnt worden und der Arbeit ferngeblieben. Die Amerikaner verloren bei diesem Angriff sieben Flugzeuge; vier wurden in der Nähe von Pilsen abgeschossen (Littitz, Skurnian, Tschemin und Weipernitz).)

Im Vorwort zum Adreßbuch der Stadt Pilsen vom Jahr 1948 schrieb der Vorsitzende des Zentralen Nationalausschusses der Stadt, Václav Pech: „Erst zehn Tage vor Kriegsende, als die deutsche Armee bereits nicht mehr existierte, wurden die Skodawerke vernichtet; die Brauereien, der Bahnhof und alle Arbeiterviertel von einem Bombenteppich bedeckt. Skurnian, die Schlachthofstraße, Dobraken, die Letna und hunderte Opfer an Menschen bleiben ein ewiger Aufschrei, und die Frage begann nicht aufzuhören: Warum?“

Sechzig Jahre nach den Luftangriffen im April 1945 stellte eine tschechische Tageszeitung am 16. April 2005 die Frage: „Warum sollen sie vergessen bleiben?“ und weiter: „Warum kann seit einigen Jahren auf dem Zentralfriedhof ein Verzeichnis der während des Krieges gefallenen deutschen Soldaten in Steinplatten gemeißelt sein und warum soll die Erinnerung an unsere (Anm. tschechischen) Nächsten vergessen bleiben?“

Bei diesem „Verzeichnis“ handelt es sich um das 1997 vom Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge auf dem Pilsner Zentralfriedhof errichtete Mahnmal mit der zweisprachigen Widmung: „Auf diesem Friedhof ruhen Tote des Krieges 1939 bis 1945, darunter 528 deutsche Soldaten. Gedenkt Ihrer und der Opfer aller Kriege. Ihr Schicksal mahnt uns zur Versöh-

nung.“ In sechs Metalltafeln gegossen sind die Namen von 528 Militärpersonen, in fünf Tafeln die Namen von 663 Zivilisten.

Auch Prag wurde bereits am Aschermittwoch, dem 14. Februar des Jahres 1945, bei einem Angriff amerikanischer Bomber, der eigentlich dem Rangierbahnhof in Dresden galt, angegriffen. Wegen der ungünstigen Wetterlage und einer funkttechnischen Störung an Bord des Zielnavigators wurde versucht, den Bahnhof in Prag / Smichow sowie den Hauptbahnhof anzugreifen. Wegen schlechter Bodensicht fielen dabei die Bomben in dazwischenliegende Wohngebiete, wobei auch das Kloster Emaus getroffen wurde.

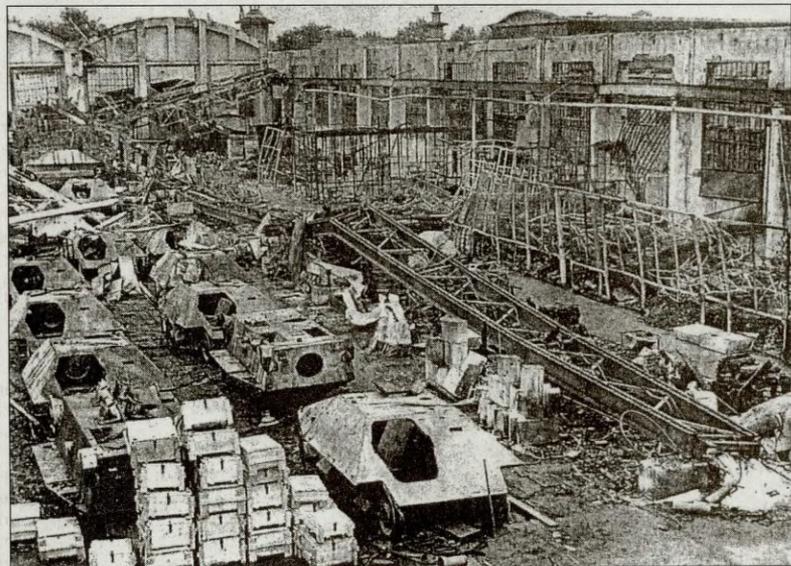
(Ein weiterer, diesmal beabsichtigter Angriff auf Prag erfolgte am 25. März 1945 gegen Ziele in Libeň und Vysočany).



Das schwerbeschädigte Gebäude des Pilsner Hauptbahnhofes nach dem britischen Luftangriff am 17. April 1945.

Einige Verlustzahlen in der Folge alliierter Luftangriffe nach tschechischen Quellen:

České Velenice / Gmünd (Bahnhof)	1250 Tote	
Cheb / Eger (Bahnhof, Flugplatz, Kriegsproduktion)	1078 Tote	64 Verletzte
Dobruška / Wiesengrund	1610 Tote	
Most / Brüx (Hydrierwerk in Záluží / Maltheuern)	1630 Tote	912 Verletzte
Ústí nad Labem / Aussig (Bahnhof)	1520 Tote	39 Verletzte
Pilsen / Pilsen (alle Luftangriffe zusammen)	926 Tote	963 Verletzte
Praha / Prag (Bahnhof, Waffenfabrik, Flugplatz)	1088 Tote	1850 Verletzte
Zlín (Batawerke am 14. 10. und 20. 11. 1944)	27 Tote	120 Verletzte



Beim Luftangriff am 25. April 1945 zerstörte Montagehalle für den Jagdpanzer Pz 38 Hetzer in den Pilsner Skodawerken.

Gablonzener-Schmuckmuseum in Enns übersiedelt



Von links: Fritz Waniek, Christa Scharf, Rüdiger Hartig, Ingrid Hennerbichler, Norbert Fischer, Horst Schubert, Kurt Gürtler – und auf der Leiter unser Techniker Franz Wurdinger.

Das von der SL geführte „Gablonzer Schmuckmuseum“ hat nach Auflösung der Gablonzer Genossenschaft seinen bisherigen Standort im Schloß Ennssegg verloren und es wurden nun Ausstellungsräumlichkeiten von der Firma Handorfer, Enns, Weyermayrgutstr. 1, zur Verfügung gestellt.

Nach Adaptierung der dafür vorgesehenen Räume wird das Museum für Besucher wieder öffentlich zugänglich sein.

Unter tatkräftiger Hilfe einiger Mitglieder wurden die Virtrinen abgebaut und mit Hilfe des Bauhofes der Stadt Enns an den neuen Standort übersiedelt.

Eine ewiggestrige, ebenso unbelehrbare wie gefährliche Propagandistin: Jana Bobošíková – eine europäische Gefahr?

Es gibt heute noch eine Vielzahl tschechischer Männer und Frauen, Politiker und Parteiführer, ja sogar einen tschechischen Staatspräsidenten, die seit Jahr und Tag durch antisudetendeutsche „Sager“ auf sich aufmerksam machen. Nicht etwa durch die Qualität ihrer Aussagen, sondern wegen deren Gehässigkeit, Brutalität, ja Unmenschlichkeit, deren Lügenhaftigkeit und letztlich auch durch den augenscheinlichen Mangel an Bildung.

Im Spitzenfeld dieser Spezies von angeblich europäisch gesinnten ČR-Zeitgenossen bewegt sich traurigerweise eine Frau Jana Bobošíková, ehemalige Präsidentschaftskandidatin der Tschechischen Republik. Es vergeht kaum eine Woche, in welcher diese ungeliebte Dame nicht mit verhetzenden Aussagen auffällt, die alle Bemühungen der Sudetendeutschen untergraben sollen, zu einer sachlichen Auseinandersetzung über die Ursachen und Folgen des von tschechischer Seite an den deutschen ČR-Mitbürgern nach Ende des Zweiten Weltkrieges verübten Genozides zu kommen.

Potsdam deckte die Vertreibung nicht

Dieses Völkerrechtsverbrechen wird von Frau Bobošíková auch heute noch nicht als tschechisches Jahrtausendverbrechen erkannt. Frau Bobošíková übersieht dabei vorsätzlich, daß man durch die Beneš-Dekrete 97 Prozent der damaligen deutschen ČR-Bevölkerung – Männer, Frauen und Kinder – zu Kapitalverbrechern erklärt und total entrechtet, dabei zum Teil schwer mißhandelt, ermordet und vergewaltigt hat; der mit staatsterroristischen Maßnahmen, nämlich den Beneš-Dekreten, ihr gesamtes Eigentum geraubt wurde, indem man sie über Nacht aus ihren Wohnungen, ihren Häusern und landwirtschaftlichen Gütern in die Fremde

jagte oder zuerst noch in Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern einsperrte, bevor man sie auf inhumane und keinesfalls „geordnete“ Weise in Viehwaggons über die Grenze nach Rußland oder Deutschland verfrachtete.

Warum es angezeigt ist, der Frau Jana Bobošíková all diese ČR-staatlich gelenkten Verbrechen an den damaligen deutschen ČR-Mitbürgern ins Gedächtnis zurückrufen? – Damit sie und ihre Gleichgesinnten endlich aufhören, ihr eigenes und das schlechte Gewissen ihrer tschechischen Landsleute mit Lügen zu beruhigen, indem sie den „Alliierten Mächten“ die Alleinschuld an diesen Kapitalverbrechen zuschieben.

Frau Jana Bobošíková sollte endlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß die „Potsdamer Konferenz“ vor allem in Anbetracht der bereits laufenden bestialischen Vertreibung der Deutschen und der gezielten Desinformationskampagne Josef Stalins („Es gäbe dort ohnedies nur mehr eine deutsche Restbevölkerung, die Masse der Deutschen sei bereits nach Deutschland geflüchtet...“) nolens volens zur Feststellung kommen mußte, daß es „nötig sein wird“, die „verbliebene deutsche Bevölkerung“ u. a. aus der Tschechoslowakei ordnungsgemäß und human zu transferieren; – allerdings unter der Auflage, daß „eine weitere Vertreibung ausgesetzt werden soll“!

Verdrehung von Ursache und Wirkung

Zwar wurde am 3. 8. 1945, wie die Überschrift zum Potsdamer Protokoll lautet, die ultimative Forderung der ČR-Regierung nach einer „ordentlichen Überführung der deutschen Bevölkerung“ anerkannt, keinesfalls jedoch, wie seitens der ČR-Regierung vor und nach Potsdam durchgeführt, deren bestialische Vertreibung.

Von „Beneš-Dekreten“ bezüglich Enteignung, Vermögenszug, Schaffung von Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern wurde in Potsdam kein einziges Wort gesprochen, wenn also Frau Bobošíková meint: „Die Keime der Beneš-Dekrete hat es bereits in den Potsdamer Abkommen gegeben“, so ist dies nicht nur eine bewußte Verdrehung von Ursache und Wirkung, sondern auch als unverkennbares Zeichen eines unterbewußten Eingeständnisses einer Schuld zu werten, welche man den alliierten Mächten zuschieben möchte. – Natürlich kommen die Alliierten quasi als Nebentäter (Völkermord-Behelfer) in Frage, kriminelle Haupttäter waren und bleiben jedoch die seinerzeit führenden Politiker der Nachkriegs-ČSR!

Bezeichnend ist auch, daß sich Frau Bobošíková mit diesen Gedankengängen in „guter Gesellschaft“ befindet, denn auch der Chef des tschechischen Senates, Herr Přemysl Sobotka, zeigte sich „überrascht“, daß „ein Spitzenpolitiker Österreichs noch heute die Entscheidung der Weltmächte angreife, die Beneš umgesetzt habe“. Auch diese Stellungnahme ist in seiner antieuropäischen Denkungsart im Jahre 2010 erschütternd, da – wie bereits überall nachzulesen ist – Dr. Beneš und seine Regierung am Folgetag der Veröffentlichung des Potsdamer Protokolls am 3. August 1945 beschlossen haben, sich vorerst nicht an die Empfehlungen der Siegermächte zu halten, sondern wie bisher „die Abschiebung der deutschen Bevölkerung fortzusetzen, falls das ohne Schwierigkeiten zu bewerkstelligen sei...“

Entrechtung begann schon vor Potsdam

Frau Bobošíková und Herr Sobotka seien an das „Kaschauer Programm von Beneš am 5. 4. 1945“ erinnert, in dem bereits alle Maßnahmen

von der Rechtlosmachung der Deutschen enthalten sind. Außerdem gingen vier Präsidentendekrete dieses Programms:

19. 5. 1945, Nr. 5: Ungültigkeit von Vermögensgeschäften – 19. 6., Nr. 16: Bestrafung – 22. 6., Nr. 12: Konfiskation des ldw. Vermögens – 20. 7., Nr. 28: Aufteilung des ldw. Vermögens – bereits der Potsdamer Konferenz voraus. Ebenso wird die Tatsache verschwiegen, daß die tschechische Regierung mit Note vom 3. Juli 1945 die Alliierten um Aufnahme des Vertreibungs-Programms in die Tagesordnung von Potsdam ersuchte und bereits am 22. 7. 1945 einen fertigen Plan für die Aussiedlung vorlegte, während die „wilde Vertreibung“ schon längst durchgeführt wurde.

Wie von den westlichen Außenministern, die an der Konferenz teilnahmen, übereinstimmend berichtet wurde, erfolgte die Aufnahme der Vertreibung in den letzten Punkt des Protokolls unter XIII, auf eine persönliche Intervention des Dr. Beneš und Betreiben Stalins, „inzwischen weitere Vertreibungen (expulsion!) einzustellen“. Außerdem ist das „Potsdamer Protokoll“ kein völkerrechtlicher Vertrag (!) und wurde im übrigen vom US-Repräsentantenhaus nicht ratifiziert, weil der sogenannte „Walter-Report“ festgestellt hat, daß keine Phase der Vertreibung als „human und ordnungsgemäß“ bezeichnet werden kann.

Wenn schon Frau Bobošíková bis heute nicht willens ist, sich über derart eindeutige geschichtliche Tatsachen die nötige Kenntnis zu verschaffen, sollte zumindest der Präsident des tschechischen Senates die Geschichte seines Staates bzw. Volkes besser kennen, meint Alfred Bäcker, BO-Stv. der Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreich (SLÖ), gegenüber dem Sudetendeutschen Pressedienst.

Wieder besuchten Zeitzeugen das Klosterneuburger Gymnasium

Auf Ersuchen des Vertriebenensprechers der Klosterneuburger Sozialdemokraten, Stadtrat DI. Franz Lebeth, gab es am Klosterneuburger Gymnasium wieder Zeitzeugengespräche zu den sehr schrecklichen Geschehnissen der Jahre 1945/46, die gekennzeichnet sind durch Vertreibung, Enteignung, Mord und zahlreiche andere Grausamkeiten betreffend rund drei Millionen Sudetendeutsche. Sie – wie auch der ungarische Bevölkerungsanteil der ehemaligen Tschechoslowakei – waren zu Opfern einer

chauvinistischen und unversöhnlichen tschechischen Führungsschicht unter Edvard Beneš geworden, der mit seinen berichtigten Dekreten die rechtliche Basis für diese Untaten schuf.

Es war dankenswerterweise wieder der aufgeschlossene Geschichtsprofessor Mag. Manfred Windisch, der dieses Treffen ermöglichte und organisierte.

Die beiden Zeitzeugen, Alfred Bäcker und Dr. Walter Heginger, unterstützt vom Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Ger-

hard Zeihsel, referierten ausführlich vor den Schülerinnen und Schülern der Klasse 7A zu dieser Zeitgeschichte und entfachten großes Interesse durch ihre sehr sachlich vorgetragenen Schilderungen ganz persönlicher Erlebnisse aus dieser leidvollen Zeit. Unter anderem hielten sie fest, daß es bis zum heutigen Tag seitens der tschechischen Regierungen leider keinerlei Bereitschaft zur Rückgabe des Eigentums an die Opfer gegeben habe. Andererseits gebe es seither auch viele positive Kontakte zwischen der österreichischen und tschechischen Bevölkerung, wengleich Umfragen in Tschechien ergeben hätten, daß noch immer etwa 65 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung der Beneš-Dekrete eintreten würden.

Dr. Heginger zeigte auch den 2. Teil des Films „Sudetendeutsche und Tschechen“, der die komplexe Problematik dieser politischen Entwicklungen den Schülern veranschaulicht.

Nach Diskussion zum Thema „Beneš-Dekrete“ (sind nach wie vor in Kraft und zwölf von diesen einschließlich eines „Amnestiegesetzes“ für die verübten Verbrechen zementieren dieses große Unrecht) gaben auch Gerhard Zeihsel und StR. Franz Lebeth abschließend kurze Statements ab. Betont wurde hierbei die eher unruhliche Rolle der EU zur Frage der Beibehaltung der Beneš-Dekrete, und wie wichtig es sei, auf beiden Seiten die geschichtliche Aufarbeitung wahrheitsgetreu vorzunehmen. Das Schicksal der vertriebenen Altösterreicher dürfe nicht der Vergessenheit überantwortet werden und die Bemühungen für eine bessere Verständigung müßten daher weitergehen.



Prof. Mag. Windisch (7. v. l.) mit den Schülern und Schülerinnen der Klasse 7A, den Zeitzeugen Alfred Bäcker (5. v. l.), Dr. Walter Heginger (9. v. l. – verdeckt), dem Obmann der SLÖ, Gerhard Zeihsel (6. v. l.) und StR. Dipl.-Ing. Franz Lebeth (Ende des Tisches).

Augenzeuge des 4. März verstorben

Primarius Dr. Günther Seydl, geboren am 6. 12. 1913 in Aussig, verstarb am 8. März in Wien. Bei der Verabschiedung in der Feuerhalle Wien-Simmering sprach für seine Landsleute Bundesobmann Gerhard Zeihsel zur Familie und Trauergemeinde und führte u. a. aus: Vor rund zehn Jahren kam er zu uns ins „Haus der Heimat“ – Primarius Dr. Günther Seydl – ein Landsmann aus Aussig an der Elbe. 2002 kam ich auf das 4.-März-1919-Gedenken an die 54 erschossenen Sudetendeutschen zu sprechen. Da erfuhr ich, daß ich einen Zeitzeugen von damals vor mir hatte: Am 4. März 1919 war der damals sechsjährige Günther Seydl mit seiner Mutter im Rathaus von Aussig, wo sie seinen Vater am Arbeitsplatz besucht hatten. Als sie gerade das Rathaus verlassen wollten, sahen und hörten sie von der gegenüberliegenden Straße Gewehrfeuer in die versammelte Menge abgeben. Diese hatten sich – aufgerufen durch Josef Seliger, dem sudetendeutschen Arbeitsführer – zu einer friedlichen Demonstration, für das Selbstbestimmungsrecht und den Verbleib der deutschen Gebiete des Sudetenlandes bei Österreich, auf dem großen Platz vor dem Rathaus versammelt. Sie flüchteten dann wieder zurück ins Rathaus.

Viele Verletzte und sogar ein Toter, nämlich der 60jährige Fleischhauer Franz Jarsch aus Aussig, waren zu beklagen. Seitdem kam Prim. Seydl jährlich zum Märzgedenken ins Wiener Kongreßhaus in Margareten und später ins Haus der Begegnung in Mariahilf und wurde immer begeistert als Zeitzeuge von seinen Landsleuten begrüßt. Heuer – am 6. März – warteten seine Landsleute vergebens auf ihren Aussieger Heimatfreund. Er konnte nicht mehr kommen – über höheren Beschluß sind von ihm die Kräfte gewichen – am 8. März wurde sein Lebenslicht ausgelassen. Seine sudetendeutschen Landsleute sind stolz auf Prim. Seydl, sprechen seiner lieben Frau, seinen Familienangehörigen ein tiefempfundenes Beileid aus. Mit dem Stadtwappen von Aussig an der Elbe grüßt die Geburtsstadt seinen verdienten Bürger und Landsmann auf seinem letzten Weg in die Ewigkeit!

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

SAFTIGE NUSSTORTE

Acht Eidotter, 180 g Zucker, 200 g Nüsse, 80 g Brösel mit zwei Eßlöffel Rum vermischt, 8 Eischnee. Dotter und Zucker vermischen, Brösel dazugeben. Masse abwechselnd mit den Nüssen in den Schnee vermengen.

Zirka 45 Minuten bei 180 °C backen. Nach dem Erkalten die Torte zweimal durchschneiden und mit Vanillepudding füllen.

Gutes Gelingen wünscht Ch. G. Spinka

Die Bezirksgruppe Wels der Sudetendeutschen Landsmannschaft hält ihre Jahreshauptversammlung

am Sonntag, 11. April, um 9 Uhr, im Gasthof „Kaiserkrone“, Wels, gegenüber dem Hauptbahnhof, ab.

Wer an der Hauptversammlung teilnehmen möchte und keine Fahrmöglichkeit hat, möge dies abest in der Dienststelle melden. Wir holen Sie ab und bringen Sie wieder nach Hause. Unser Büro ist jeden Dienstag von 9 bis 11 Uhr erreichbar.

Wels, Maria-Theresia-Str. 33 – 0 72 42 / 67 8 33.

Adalbert-Stifter-Schau in Wien III

Rund zwanzig Jahre wohnte der Böhmerwald-Dichter Adalbert Stifter im 3. Wiener Gemeindebezirk. Ihm widmet das Bezirksmuseum Landstraße (1030 Wien, Sechskrügelgasse 11) die Sonderausstellung „Adalbert Stifter, wohnhaft in Wien III.“

Die Sonderausstellung läuft bis 25. April. Geöffnet ist jeweils mittwochs von 16 bis 18 Uhr und sonntags von 10 bis 12 Uhr. Der Eintritt in die Ausstellung ist frei.

Die Vertriebenen – eine „unterdrückte Minderheit“?

Bei der Beurteilung der Frage, ob sich die deutschen Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland als „unterdrückte Minderheit“ bezeichnen müssen, darf man nicht nach „Gefühl

Von Karin Zimmermann

und Wellenschlag“ vorgehen, sondern man muß nach den gegebenen Fakten urteilen. Welches sind diese Fakten?

Wenn man mal von fünfzehn Millionen Vertriebenen ausgeht, wovon aber 2,3 Millionen umgekommen sind, dann verbleibt eine Zahl von ursprünglich 12,7 Millionen noch lebend auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland angekommener Menschen unterschiedlichen Alters. Wenn man andererseits annimmt, daß auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland ca. 82 Millionen Bürger wohnen, dann sind davon zirka 15,5 Prozent Vertriebene bzw. deren Nachkommen. Diese Zahl gilt unter der vereinfachenden Annahme, daß bei den Vertriebenen genauso viele Nachkommen hinzugekommen, wie durch Tod ausgeschieden sind. Die Nachkommen dürfen dabei mitgezählt werden, weil ja bei Völkermord bzw. Verbrechen gegen die Menschheit eine Verjährungsfrist nicht eintritt.

Bei einer Zahl von 15,5 Prozent Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung erscheint der Begriff: „Minderheit“ zunächst einmal berechtigt.

Für den Fall, daß diese Minderheit auch begründet als „unterdrückt“ bezeichnet werden könnte, würde sie automatisch unter den Schutz der Vereinten Nationen fallen, denn der Schutz von Minderheiten gehört zweifelsfrei zu den Hauptbereichen der Tätigkeit der Vereinten Nationen, weil Minderheitenkonflikte den Weltfrieden gefährden können und der Schutz der Rechte von Minderheiten auch deren Kultur und somit unserem gemeinsamen Erbe dient.

Den Vertriebenen vorenthalten Rechte

Die Vertreibung der Deutschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges verstieß – in der Art und Weise, wie sie tatsächlich erfolgte – nach Auffassung aller maßgebenden Völkerrechtler gegen damals schon geltendes „Zwingendes Völkerrecht“.

Nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zur Verpflichtung der Staaten hinsichtlich der Beachtung „zwingender Völkerrechtsnormen“ bejaht dieses die sich aus Art. 1 Abs. 2 und Art. 25 Satz 1 GG ergebende Existenz zwingender, also der Disposition der Staaten im Einzelfall entzogener Normen (ius cogens). Dabei handelt es sich um die in der

Rechtsüberzeugung der Staatengemeinschaft fest verwurzelten Rechtsätze, die für den Bestand des Völkerrechts unerlässlich sind und deren Beachtung alle Mitglieder der Staatengemeinschaft verlangen können. ... Solches Völkerrecht kann von den Staaten weder einseitig noch vertraglich abbedungen, sondern nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden. Verstöße gegen das „Zwingende Völkerrecht“ verpflichten die Staatengemeinschaft zur Kooperation, um die Verletzung mit Mitteln des Völkerrechts zu beenden. Darüber hinaus werden die Staaten verpflichtet, eine unter Verstoß gegen ius cogens geschaffene Situation nicht anzuerkennen.

Welche Rechte der Vertriebenen sind es nun, die durch die beteiligten Staaten zwingend wiederherzustellen sind?

Die Rehabilitation der Unschuldigen

Zunächst einmal geht es darum, daß die schuldlos Vertriebenen von dem unerträglichen Vorwurf rehabilitiert werden, Nazi-Verbrecher gewesen zu sein und pauschal mit denen in einen Topf gesteckt zu werden, die das tatsächlich gewesen sind. Sie haben nicht nur Anspruch darauf nach dem schon damals geltenden Völkerrecht – auch die nach Art. 1 unseres Grundgesetzes garantierte Menschenwürde gebietet das.

Prof. Alfred de Zayas hat das in seinem Grußwort an das Menschenrechtssymposium an der Universität von St. Louis vom 24. bis 26. Februar zutreffend so ausgedrückt:

„...Unabhängig von der Notwendigkeit, die im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Verbrechen gegen die Menschheit an Schulen und Universitäten der freien Welt zu untersuchen, um Folgerungen daraus zu ziehen, sollten Staaten, die Vertriebenen zu verantworten haben, Gesetze verabschieden, die die Rehabilitierung unschuldig vertriebener Menschen von der Pauschaldiffamierung, Nazi-Verbrecher gewesen zu sein, ermöglichen. Darüber hinaus muß in allen Staaten, nicht nur in den Vertreibestaaten, die unmenschliche Kollektivschuldthese endgültig abgeschafft werden, denn sie stellt eine schwere Verletzung der Menschenwürde aller dar...“

Diese als allererstes notwendige Rehabilitation der unschuldig Vertriebenen muß allen anderen Überlegungen vorausgehen.

Dagegen hat der Vertriebene, der sich gegenüber dem Vertreibestaat zu verbrecherischen Handlungen hat hinreißen lassen, zu schweigen und seine Vertreibung zu „schlucken“. Dabei kann – den rechtsstaatlichen Überzeugungen der freien Welt entsprechend – eine Kollektivschuldthese keinen Bestand haben. Der Vertreibestaat, hat vor einem dafür zuständigen Gericht – im Rahmen der noch zu schaffenden Gesetze – die verbrecherischen Handlungen des vertriebenen Individuums zu konkretisieren und zu beweisen.

Restitution des entzogenen Eigentums

Was die nach der Rehabilitation zu leistende Restitution angeht, gelten die von der UN getroffenen Festlegungen wie folgt:

A. Nach der Resolution der UN-Unterkommission, u. a. Nr. 2005 / 21 „Housing and property restitution for refugees and displaced persons“ vom 11. August 2005, Abs. 3, haben „Flüchtlinge und Vertriebene einen Anspruch auf volle und effektive Entschädigung als ein Teil eines allgemeinen Restitutionsprozesses“, und

B. nach der Resolution Nr. 2002 / 30 „The right to return of refugees and internally displaced persons“ vom 15. August 2002, Absatz 3, gilt: „Alle Vertriebenen haben das Recht auf Restitution ihrer Wohnungen und Eigentum, und wenn dies nicht mehr möglich sein sollte, auf angemessene Entschädigung.“ Diese Resolutionen gelten für alle Menschen. Sie sind nicht allein für die Zukunft verkündet, und sie schließen die Deutschen nicht aus.

C. Nach der 13-Punkte-Erklärung des UN-Sonderberichterstatters Awn Shawkat Al Khasawneh, die von der UN-Menschenrechtskommission und vom UN-Wirtschafts- und Sozialrat 1998 angenommen wurde, gilt zum Beispiel Artikel 4:

1. Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben.

2. Niemand darf dazu gezwungen werden, seine Wohnstätte zu verlassen.

Artikel 5:

Die Besiedlung eines besetzten oder umstrittenen Gebiets durch die Besatzungsmacht bzw. die es faktisch beherrschende Macht mit Teilen ihrer eigenen Zivilbevölkerung, sei es durch Transfer oder Anreize, ist rechtswidrig.

Artikel 6:

Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demographische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung und / oder durch die Sezhaftmachung von Siedlern oder eine Kombination davon, ist rechtswidrig.

Artikel 7:

Bevölkerungstransfers oder -austausche können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden, wenn sie grundlegende Bestimmungen der Menschenrechte oder zwingende Normen des Völkerrechts verletzen.

Artikel 8:

Jeder Mensch hat das Recht, in freier Entscheidung und in Sicherheit und Würde in das Land seiner Herkunft sowie innerhalb dessen an den Ort seiner Herkunft oder freien Wahl zurückzukehren. Die Ausübung des Rückkehrrechts schließt das Recht der Opfer auf angemessene Wiedergutmachung nicht aus, einschließlich der Rückgabe von Gütern, die ihnen im Zusammenhang mit dem oder als Ergebnis des Bevölkerungstransfers entzogen wurden, der Entschädigung für jegliches Eigentum, das ihnen nicht zurückgegeben werden kann, und allfälliger anderer, völkerrechtlich vorgesehener Reparationen.

Artikel 9:

Die obengenannten Praktiken des Bevölkerungstransfers stellen Völkerrechtsverstöße dar, die sowohl staatliche Verantwortlichkeit als auch individuelle strafrechtliche Verantwortung begründen.

Artikel 10:

Wo durch diese Erklärung verbotene Taten oder Unterlassungen begangen werden, sind die internationale Gemeinschaft als Ganzes und die einzelnen Staaten dazu verpflichtet:

- a) die durch solche Taten geschaffenen Situationen nicht als rechtmäßig anzuerkennen;
- b) im Falle laufender Vorgänge die sofortige Beendigung und die Rückgängigmachung ihrer schädlichen Folgen sicherzustellen;
- c) dem Staat, der eine solche Tat begangen hat oder noch begeht, bei der Aufrechterhaltung oder Verstärkung der dadurch geschaffenen Situation keine Hilfe, Beihilfe oder Unterstützung zu gewähren, sei es finanziell oder in anderer Form.

Ein Vergleich der von der UN-Menschenrechtskommission und vom UN-Wirtschafts- und Sozialrat angenommenen Bestimmungen des Artikels 10 mit dem vorher genannten Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes zeigt die weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen der UN mit der des deutschen Bundesverfassungsgerichtes.

Es geht nun schon jahrzehntelang darum, daß die deutsche Politik die Bedeutung und auch die Verbindlichkeit dieser weltweit anerkannten Grundsätze endlich erkennt und sie auch in die Realität umsetzt.

Merkmale einer „unterdrückten Minderheit“

Bei den Vereinten Nationen wurde der Schutz der Rechte der Minderheiten erstmals in Arti-

kel 27 des Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 erwähnt. Er besagt:

„In Staaten mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen.“

Diese Definition aus dem Jahre 1966 scheint bezüglich der deutschen Vertriebenen nicht zu greifen, weil ja die Ausübung des eigenen kulturellen Lebens, der Religion oder der Sprache durch staatliches Handeln in der Bundesrepublik Deutschland nicht eingeschränkt wird.

Folgt man dagegen der von „Wikipedia“ verwendeten Definition:

„Ethnische Minderheiten sind Ethnien, die als Minderheit auf dem Territorium eines Staates lebt, der mehrheitlich von einer anderen Ethnie bevölkert ist. Als Teil eines Staatsvolkes unterscheidet sich die Minderheit von der Bevölkerungsmehrheit in den meisten Fällen in seiner Sprache oder Rasse, oft auch in seiner kulturell-politischen Geschichte oder Religion...“

So treffen zwar nicht alle, wohl aber einige der gegebenen Kriterien zu: Die deutsche „unterdrückte Minderheit“ unterscheidet sich zwar nicht in Sprache, Rasse oder Religion, wohl aber in ihrer kulturell-politischen Geschichte von der übrigen Bevölkerungsmehrheit.

Dieser Unterschied wirkt sich auf sie auch besonders gravierend aus: Die den Vertriebenen vorenthaltenen Grund- und Menschenrechte werden von der Majorität der Bevölkerung entweder nicht verstanden, oder aber bewußt gelehnet. Das gilt auch für die verantwortlichen Politiker im Bundestag und in den Länderparlamenten.

Auch die von J. Deschenes im Auftrag der Unterkommission in seiner Studie von 1985 formulierte Definition einer Minderheit scheint auf die deutschen Vertriebenen als „unterdrückte Minderheit“ anwendbar:

„Eine Gruppe Staatsangehöriger eines Staates, welche eine zahlenmäßige Minderheit darstellen und keine dominierende Rolle im Staat ausüben, welche ethnische, religiöse oder sprachliche Charakteristiken ausweisen, welche verschieden von der Mehrheit sind und welche solidarisch miteinander agieren und den Willen haben, ihre Eigenart zu behalten, und dahin streben, Gleichheit mit der Mehrheit in Recht und in der Praxis zu erlangen.“

Daß die so definierte Minderheit im Falle der deutschen Vertriebenen auch unterdrückt ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß ihr nach Völkerrecht und Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zwingend zustehende Rechte – nun schon über Jahrzehnte – vorenthalten werden: Wenn das keine Unterdrückung ist – was dann?

Die UN-Menschenrechtskommission hat in ihrer Entscheidung Nr. 1992 / 112 vom 3. März des Jahres 1992 einen Sonderberichterstatter der Unterkommission für die Verhinderung von Diskriminierungen und für den Schutz der Minderheiten, Professor Asbjorn Eide (Norwegen), eingesetzt, der eine Studie über konkrete Maßnahmen zur friedlichen Lösung von Minderheitenproblemen verfassen soll. Er soll auch Staaten besuchen können, um sich an Ort und Stelle über die Lage der Minderheiten zu informieren.

Fischer und Fico bekräftigen in Beneš-Villa die Dekrete

Bei ihrem Treffen am 30. März, das demonstrativ in der Villa des ehemaligen tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš im südböhmischen Sezimovo Usti / Alttabor stattfand, erklärten die Premierminister der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik, Jan Fischer und Robert Fico, daß die Beneš-Dekrete, auf deren Grundlage nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Deutschen und Ungarn aus ihren jahrhundertalten angestammten Heimatgebieten vertrieben und ihres Besitzes beraubt worden sind, weiterhin „...unveränderbar und unverletzlich...“ in der Rechtsordnung beider Staaten sind. Sie bekräftigten auch ihre Absicht, über diese Thematik nicht diskutieren zu wollen.

Die SL-Bezirksgruppe Oberbayern kritisierte dies heftig: „Es ist schon ein unglaublicher Vor-

gang, daß die Regierungen zweier europäischer Demokratien, die beide Mitglied in der Rechts- und Werteordnung EU sind, weiterhin an völkerrechtswidrigen Dekreten, auf deren Grundlagen auch tausende Menschen gewaltsam ihr Leben verloren, stur festhalten und auch nicht einmal die Absicht erkennen lassen, über dieses dunkle Kapitel ihrer Vergangenheit zu sprechen“, so Bezirksgeschäftsführer Andreas Schmalcz. Es sei höchste Zeit, daß diese Dekrete aufgehoben werden. „Gerade die Bundesregierung sollte in dieser Angelegenheit aktiv werden, versäumt sie es doch berechtigterweise nicht, sonst überall auf der Welt Menschenrechtsverletzungen zu kritisieren.“

Fischer und Fico legten auch Kränze am Grab von Beneš nieder, das sich in unmittelbarer Nähe der Villa befindet.

Bildungshaus mit neuer Leitung



Das Bildungshaus Sankt Johann des Sudetendeutschen Priesterwerkes e.V. hat seit kurzem eine neue Leitung. Mit Harald Jäger hat der Vorstand einer Person mit Management-erfahrung auch die Geschäftsführung des Vereins übertragen. So finden im Haus seit Anfang dieses Jahres regelmäßig Tagungen der Pfarrgemeinden und Dekanate aus der Umgebung statt. Das Haus ist auch weiterhin unter den bisher bekannten Kontaktdaten zu erreichen: Haus Sankt Johann, Weidacher Straße 9, D-83098 Brannenburg, Telefon: 0 80 34 / 697, Fax: 0 80 34 / 27 39, E-mail: zentrale@sud-pw.de.

Euro-Einführung nicht vor 2015

Der tschechische Finanzminister Eduard Janota hält die Einführung des Euro um das Jahr 2015 in Tschechien nicht für realistisch. Er befürchtet auch, daß die Wahrnehmung der Tschechischen Republik an den internationalen Finanzmärkten sich wesentlich verschlechtern könnte, wenn das Land keine tiefgreifenden Reformen durchführen würde. Sollte sich das Haushaltsdefizit zwei oder drei Jahre lang auf fünf bis sechs Prozent belaufen, wäre die Glaubwürdigkeit Tschechiens beschädigt, so Janota. Derzeit befindet sich Tschechien aber noch in der Lage, sich das Geld für Renten, Löhne oder Investitionen und Ähnliches an den Finanzmärkten zu leihen.

„SEID EINIG – EINIG – EINIG“ (Schiller: TELL)

Wer will sich eigentlich noch vorstellen, was es für die Betroffenen bedeutet haben mag, als Vögelteure aus ihren Häusern getrieben, aller Habe beraubt, in jeder Hinsicht gedemütigt, mit

Von Ernst Korn

Armbinden gekennzeichnet, rechtlos in Viehwaggons aus einer vielhundertjährigen Ahnenheimat in das geschundene Land ihrer Ursprünge vertrieben zu werden? Die Brüder und Schwestern dort haben allerdings nicht die Arme nach ihnen gebreitet, hatten sie doch genug mit sich selbst zu tun. Beim Empfang an der Pforte einer nur als Elend und Fremde erkennbaren Zukunft standen vielfach Mißtrauen und Ablehnung. Die Koffer und Kistchen der Fremdlinge im doch eigenen Land standen lange Zeit ungeöffnet. Die leichten Bündel hielt die Sehnsucht nach der ohnehin für bald zu erwartenden Rückkehr aus dem unfreiwilligen Exil verschürt. Doch blieb nichts anderes übrig, als den Versuch zu wagen, sich um Arbeit und Unterkunft zu bemühen, um irgendwie Boden unter die Füße zu bekommen und sich für einen längeren Aufenthalt einzurichten. Trost fand nur eines am anderen. Solange es allen schlecht ging, wabberte noch das Gefühl der Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit, war man sich in der Beurteilung der mißlichen Lage und wie sie zu meistern wäre einig. Gegenseitige Hilfe war selbstverständlich, auch noch als es den Anschein hatte, auf irgendeine Weise aufwärts zu gehen, als Lebensmittelmarken und Bezugscheine verschwanden und selbst die 40 DM Währungsreformkapital eine bemessene Perspektive eröffneten. Der Zusammenhalt fand seine Förderung über „Heimatbriefe“ und anderes Schrifttum ebenso wie in den von einigen Besatzungsmächten endlich erlaubten landsmannschaftlichen und politischen Vereinigungen.

Am allmählich ausbrechenden Wohlstand beziehungsweise an dem, was man nach Jahren des Krieges und des Nachkriegselends dafür halten mochte, hatten die Vertriebenen alsbald versucht, Anteil zu nehmen, ihren Fleiß, ihre Kenntnisse, ihre handwerklichen wie intellektuellen Fähigkeiten einzubringen. Es ist eine altmenschliche Erfahrung, daß sich der Individualismus, der Eigennutz Bahn bricht und oft auch ein wenig Neid dem gegenüber, von dem anzunehmen ist, daß es ihm bereits besser gehe. Auf der Ebene der Organisationen hatte sich zwar inzwischen unter Führung zielbewußter Persönlichkeiten das einende Band um gemeinsame Anliegen den Vertriebenen gegenüber gefestigt, aber die wachsende Fülle der Teilgliederungen mit jeweils auch eigenen Vorstellungen darüber mußte der Einheit Abbruch tun. Nun ist Vielfalt wohl ein belebendes Element, doch

gemeinsame politische Forderungen brauchen eine gemeinsame verbindliche Sprache. Mit einer Stimme zu sprechen, ist schon immer der erfolgreichste Weg zum Ziel gewesen. Nicht umsonst glaubte der alte Attinghausen in Schillers Tell-Drama noch sterbend zur Einigkeit mahnen zu müssen. Es hat von Anfang an eine Reihe von Erklärungen im Namen der Vertriebenen gegeben, darunter auch die Charta von 1950. Aus ihrem ersten Abschnitt haben bedeutende Politiker nunmehr sechs Jahrzehnte lang in bedeutenden ebenso wie in nichtssagenden Ritualreden die Aufbauleistung der Vertriebenen, ihr Stillhalten, ihren bedingungslosen Versöhnungswillen abgeleitet und mit durchsichtigem Lob bedacht. Die Forderungen aus dem zweiten Teil, etwa nach dem Recht auf die Heimat, hat kaum einer der Bedeutsamen erwähnt. Der lange selbstverständlichen Regierungspartei in Bayern waren die unter Schirmherrschaft genommenen Sudetendeutschen genehm, solange sie noch als wahlentscheidend galten. Nunmehr ist dies der „vierte Stamm“ wohl nicht mehr, da sich die Prophetie des Václav Klaus endlich zu erfüllen ansieht, nach der sich die Sudetendeutsche Frage auf den Friedhöfen erledigt, um der erhofften Sternstunde seiner Nation Raum zu geben, die jahrhundertalte Einigkeit in Haß und Neid gegenüber allem Deutschen endlich zu krönen. Neue Stämme sind für Bayern bereits benannt worden. So hat der kürzfristigste Ministerpräsident und Schirmherr Beckstein die jüdischen Bürger, der neue Integrationsbeauftragte die Muslime zu fünften Stämmen erklärt, die fürderhin mehr Augenmerk heischen als der sich tilgende vierte.

Immer wieder ging dermalen die Rede von den „Anliegen“ der Sudetendeutschen, die jedoch im Laufe der Zeit blaßgewaschen wurden und sich für viele einer schlüssigen Definition entziehen. Was ist aus all den Erklärungen, den Thesen zur Rechtsverwahrung, aus dem Drängen nach Dialog und Verhandlungen, nach Abschaffung diskriminierender Dekrete geworden? Die tschechischen Vertrieber haben bis heute jedes Entgegenkommen abgelehnt, Vertreibung, Raub, ungesühnte Morde für rechtmäßig erklärt und die damit verbundenen Dekrete zum Staatsgrundgesetz erhoben. Die Politiker konnten sich dabei nahezu einhellig auf die Zustimmung ihres Volkes verlassen. Denn Einigkeit macht eben stark und sich vor allem bezahlt. Eine nicht vertriebene Dame aus München zeigte sich empört über die EU, der solches Verhalten eines europäischen Staates kein Hindernisgrund für dessen Aufnahme in die sogenannte „Wertegemeinschaft“ gewesen sei. „Da haben sich alle Mitgliedstaaten an den Sudetendeutschen schuldig gemacht und ihre Vertreibung nachträglich stillschweigend abgesegnet.“ Die Tschechische Republik hat inzwischen be-

reits 46,6 Milliarden Euro Wirtschaftshilfe erhalten, von Bund und Ländern, bei leeren eigenen Kassen immerhin noch einmal 18,8 Milliarden Euro, wobei auch der Beitrag der Vertriebenen eingerechnet ist. Außerdem hat sudetendeutsche Gutmenschen-Attitüde schon 5,5 Millionen Euro volksdiplomatisch ins Land der Väter gespült, Kirchen renoviert, Marterln und Denkmäler verschönt, damit es den Staatshehlern in unserer Heimat besser gefält. Da versteht man, daß sich Letztere erzürnt äußern: „Unsere Kirchen richtet's Ihr, aber unsere Häuser richtet's Ihr nicht!“ Da wird es also noch etliches an sudetendeutscher finanzieller Großmut bedürfen. Sudetendeutsche Fanatiker von besonderer Seelengröße bewahren sich zudem unbeirrt und devot als Mäzene einseitiger Versöhnung. Ihre Initiatoren erhalten dafür tschechische Orden und Ehrenzeichen. Die sind jedenfalls allemal billiger als Wiedergutmachung. Auch wenn solche Unterfangen nur der tschechischen Einigkeit willfahrt, die sich aus Feindschaft, der Sehnsucht nach Hilfs-Euros, der Verteufelung der Sudetendeutschen, des eigens gezimmerten Opferstatus zu unverwundlicher Überheblichkeit bündelt.

Sudetendeutschen Maßnahmen fehlt bei allem Warten auf politischen Segen entsprechender Nachdruck. Dabei spielt partielle Bindung offenbar eine nicht unbedeutende Rolle. Man fühlt sich eingebunden sicherer, auch wenn dies die Kehle einschnürt. Daß die große Politik sich nicht für die Sudetendeutschen im Sinne ihrer Anliegen streitbar einsetzt, muß doch bereits die dritte Generation bemerkt haben.

Die genannte Münchnerin wendet dazu ein: „Die Unionsparteien haben kläglich versagt, desgleichen scheint die sogenannte Schirmherrschaft der bayerischen Staatsregierung nur eine Alibifunktion zu erfüllen. Freilich sind die Sudetendeutschen auf finanzielle Unterstützung durch die CSU angewiesen, aber die CSU hat seit Jahrzehnten auf die sudetendeutschen Stimmen zählen können. Diese Wähler haben bis heute auf ein vernehmliches Eintreten der CSU für die Aufhebung der Beneš-Dekrete, ihren Einspruch gegen das sogenannte Amnestiegesetz, auf Wiederherstellung ihrer Menschenwürde gehofft. Dies alles ist der Politik bislang gleichgültig geblieben.“

Ob sich dies mit dem nun bevorstehenden Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten und Schirmherrn, der die „Realitäten“ an der deutsch-tschechischen Grenze so schätzt, anders werden wird, ist bei der Gewißheit, daß der vierte Stamm trotz der Mißachtung seiner „Anliegen“ ganz brav bleiben wird, mehr als fraglich. In einem Land, in welchem ausschließlich Lobbys ihre Wünsche durchzusetzen vermögen und je nach dem Grad ihrer Vitalität politisch gestützt werden, ist es nachgerade tödlich,

keine Lobby zu haben. Die Sudetendeutschen haben keine!

Was die Vehemenz ihrer Forderungen angeht, so hat es den Anschein, daß die Zurückhaltung, die Zaghaftigkeit ihrer über Gebühr anderweitig in Anspruch genommenen Repräsentanz – so kritisieren auch Einheimische –, wie sie sich bei dem infamen Auftritt Klaus' im Zusammenhang mit dem Lissabonvertrag manifestiert hat, natürlich nicht das Geringste erreichen kann. Wenn die Angriffsflächen solcher Steilvorlagen nicht energisch genutzt werden, was denn dann? Für ihre Forderungen sind die Sudetendeutschen wahrscheinlich nie ernsthaft genug eingetreten, „gekämpft“ haben sie schon gar nicht. Es hat nie Streiks gegeben, keine Kerzengänge, keine mit Fahnen und Spruchbändern bestückte Demonstrationen, keinen ernstzunehmenden Protest. Nie haben sie nach dem Vorbild anderer Opfergruppen allgemein und im Großen vernehmlich ihrer Todesopfer gedacht, nie sind deren Namen öffentlich verlesen worden. Niemand hat „Stolpersteine“ zu ihrer Erinnerung gelegt. Nie sind die von der tschechischen Geschichtsschreibung verbreiteten offenkundigen Halbheiten und Fälschungen in den deutschen Medien angeprangert und sozusagen vor den Augen der Öffentlichkeit zurückgewiesen worden. Die genannte nicht vertriebene Dame fragt weiter, was denn die von den Vertriebenen bezahlten Partnerschaften mit tschechischen Kommunen erkennbar bewirken können, wenn die permanenten „Bestandsicherungsmaßnahmen“, wenn die Kontaktpflege mit Bürgermeistern letztlich von Nutzen ist, wenn dies alles nicht auf die Verwirklichung der alle Sudetendeutschen betreffenden Forderungen abzielt? Was soll alle sogenannte „Volksdiplomatie“, wenn die „Burg“ nicht zum Gespräch, gar zu einvernehmlicher, ja nicht einmal moralischer Wiedergutmachung bereit ist?

Es bleibt wohl nur eine im Konjunktiv gehäkelte Hoffnung, daß die Vielfalt sudetendeutscher Bünde, Vereinigungen und Gruppierungen in den essentiellen Anliegen der Volksgruppe geschlossen auftreten gegen die tschechische und bundesdeutsche Politik des Laissez-faire ihnen gegenüber. Andernfalls ist es unwahrscheinlich, daß sich auch nur eines der schönen Satzungspostulate erfüllen wird. Oder sind es schon zu viele in jener Jagdgesellschaft, die den Vertriebenen gerne das letzte Halali blasen möchten?

Die Sudetendeutschen hätten wohl noch Möglichkeiten, initiativ zu werden. Sie können dabei augenscheinlich aber nur auf sich selbst und wenige europäische Bundesgenossen sowie die Einigkeit in der Zielsetzung bauen, wollen sie nicht alsbald nur zu einer – nobel eingesargten – musealen Größe werden.

Grab in „Gablonzler Glasware“ in Mondsee wiederentdeckt



Nach und nach werden heilige Gräber wieder aus den Abstellkammern hervorgeholt – ein besonders beeindruckend gearbeitetes Grab entriß die Pfarre Mondsee dem Vergessen (die Linzer „Kirchenzeitung“ berichtete in Nr. 11). Der Grabaufsatz (siehe die beiden Bilder) ist



nicht gemalt, sondern in Glasmosaiktechnik ausgeführt. Wenn die Bildelemente von hinten beleuchtet werden, strahlen sie in warmen Farben. Angefertigt wurde das Grab 1889 in Neustift bei Olmütz im Stil der Gablonzer Glasarbeiten.

Ackermann-Gemeinde mit neuem Vorsitzenden

Einen kompletten Generationswechsel vollzog die Ackermann-Gemeinde kürzlich bei ihrer Hauptversammlung in Nürnberg. Der 35jährige Schwabacher Europaabgeordnete Martin Kastler (CSU) wurde einstimmig zum neuen Bundesvorsitzenden des katholischen Laienverbandes gewählt. Er löst damit Adolf Ullmann (67) ab, der seit sechs Jahren an der Spitze der Ackermann-Gemeinde stand. Kastler ist seit 2004 Mitglied im Bundesvorstand der Ackermann-Gemeinde und sozialpolitischer Sprecher der CSU im Europaparlament. Auch im Amt des Geistlichen Beirats gab es einen Wechsel, der 49jährige Prof. Albert Rethmann (Münster) folgt auf Msgr. Anton Otte (70), der das Amt ganze neunzehn Jahre ausübte. Auch Rethmann wurde ohne Gegenstimme gewählt.

Damit stehen an der Spitze des katholischen Laienverbandes erstmals zwei Personen, die nicht der Vertriebenen-Generation angehören. Die 1946 von aus dem Sudetenland vertriebenen Katholiken gegründete Ackermann-Gemeinde setzt sich für die Aussöhnung zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken ein. Kastlers Familie stammt mütterlicherseits selbst aus Böhmen. Der gebürtige Nürnberger Martin Kastler studierte in Erlangen und in Prag, wo er auch Tschechisch lernte und unter Václav Havel in der Präsidentenkanzlei arbeitete. 2001 heiratete er in der „Goldenen Stadt“ seine aus Mähren stammende Frau, seine beiden Söhne wachsen zweisprachig auf.

Bei seiner Vorstellung sagte der CSU-Politiker, er wolle künftig noch mehr in die Zukunft blicken. „Die Vertreibungsgeschichte ist unsere gemeinsame Identität in der Ackermann-Gemeinde. Aus der Geschichte ziehen wir die Konsequenz, entschieden für Versöhnung und Freundschaft in ganz Europa einzutreten – ohne Vorbedingungen.“ Kastler plädierte dafür, sich künftig weiter zu öffnen und auch in andere europäische Nachbarländer Kontakte und Freundschaften zu knüpfen.



Neuer Ackermann-Chef Martin Kastler.
Foto: Cornelius Insel/AG

Wir haben gelesen

Die Nachfahren des Lokators. Geschichte und Geschichten aus dem Schönhengstgau. Gerhard Hess Verlag, D-88427 Bad Schussenried, www.gerhard-hess-verlag.de, ISBN-Nummer 978-3-87336-913-9.

In diesem Buch beschreibt Franz Kössler die Besiedlung des ehemaligen Grenzwaldes zwischen Böhmen und Mähren.

Im Duden findet man das Wort Lokator als veraltete Bezeichnung für Pächter oder Vermieter. Im Zusammenhang mit der deutschen Ostsiedlung reicht die Tätigkeit des Lokators weit darüber hinaus, bezieht den Dorfschullehrer, den Bürgermeister und auch das Richteramt mit ein. In der Regel wurden Ritter, Adlige oder einflussreiche, sachkundige Bürger von königlichen Beratern, weltlichen und kirchlichen Grundherren ausgewählt und beauftragt, Siedler zu werben und die Organisation der Ansiedlung zu übernehmen.

Das Buch berichtet über bäuerliche Lebensweise, Kriege, Hungersnöte und Epidemien. Am Beispiel der Nachkommen des Lokators werden Schicksale von realen und fiktiven Personen mit historischen Ereignissen zu einer Familiensaga verweben. Fleiß, Sparsamkeit, Hilfsbereitschaft, Religiosität und Toleranz bilden das Fundament für die in sieben Jahrhunderten gewachsene Schönhengster Sprachinsel.

Toni-Schicho-Bowlingturnier in Wien

Am Sonntag, dem 11. April, findet dieses Turnier in der Engelmann-Sporthalle in Wien 17, Jörgerstraße / Eingang Syringgasse, statt. Beginn ist um 14 Uhr. Alle Freunde des Bowlings und Kegels – auch die älteren Landsleute und auch die Frauen – sind recht herzlich zum Mitmachen eingeladen. Bitte um pünktliches Erscheinen (ab 13.45 Uhr). Keine eigenen Sportschuhe mitnehmen, diese müssen in der Halle für wenig Geld entliehen werden. Zwecks Abdeckung der Bahnenmieten wird ein geringes Entgelt eingehoben. Es gibt wieder schöne Pokale zu gewinnen!

Empfohlen wird eine Anmeldung beim Leiter des Arbeitskreises Südmähren, Josef Mord, bis spätestens 5. April unter der Telefon / Fax-Nummer 0 25 22 / 76 38.

Südmährer-Kulturarbeitstagung: Ein Ort zum Bewahren

Am 20. und am 21. März trafen, wie jedes Jahr, Südmährer im Gemeindefaal St. Maria in Geislingen zusammen, das Programm beinhaltete Vorträge zur Erhaltung des kulturellen Erbes, insbesondere in Museen. Dabei zeigte sich erneut, daß es angesichts des Dahinschwindens der Erlebnissgeneration immer wichtiger wird, daß die letzten Zeugen der Vertreibung ihre Erlebnisse dokumentieren.

Landschaftsbetreuer Franz Longin eröffnete die Veranstaltung. Zunächst hob er hervor, wie wichtig es sei, daß die Südmährer ihr Erbe versorgen. Daneben dürfe man auch weiterhin nicht hinnehmen, daß die Vertreibung mit ihren Unmenschlichkeiten in der Öffentlichkeit totgeschwiegen und in den Darstellungen der Medien bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet werde.

Nach einem Grußwort des Hausherrn, Pfarrer Ehrler, folgten Berichte zu Kulturarbeit des abgeschlossenen Jahres.

Aus Österreich berichtete „Thaya“-Obmann Hans-Günter Grech. Nach der Fusion mit dem Kulturverein Nikolsburg zähle man 750 bis 800 Mitglieder. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Internets arbeite man daran,

alle relevanten Kulturdaten sicherzustellen, bereits 165 südmährische Orte seien in der Enzyklopädie Wikipedia dokumentiert, von denen per Links zu Darstellungen von Vertreibung und Beneš-Dekreten führten. Dank der gewissenhaften Arbeit von Prof. L. Fink seien die Beiträge quellenmäßig belegt und gegen Einsprüche der Tschechen abgesichert. Ein Beitrag zum Brünner Todesmarsch werde vorbereitet.

Oberbürgermeister Amman versprach in seinem Grußwort, daß die Stadt bei der Pflege der Heimatgeschichte sich des geschichtlichen Erbes der Südmährer annehmen werde.

Hellmut Bornemann wies in seinem Vortrag über „Erhaltung des Kulturerbes – Anspruch und Realisierung“ darauf hin, daß es besonders schwierig sei, das kulturelle Erbe jeder Region in eine umfassende Sammlung einzubringen. Durch die Zersiedelung von Kulturgemeinschaften sei es auseinandergerissen worden. Nimmere stürben die Wissensträger aus, nur in den wenigsten Familien gelinge eine Weitergabe kultureller Tradition. Daher sei heute zusätzliches Engagement nötig. Retz in Niederösterreich sei wegen der Nähe zur Grenze bei Znaim

ein idealer Standort für eine repräsentative Darstellung südmährischen Kulturerbes. Neben den ständig ausgestellten Objekten seien Sonderausstellungen wesentlicher Bestandteil der Einrichtung.

Anschließend sprach Gabriele Holthuis vom Museum im Prediger in Schwäbisch Gmünd über „Theorie und Thematik eines Museums von Heimatlandschaften“. Heimat, so führte sie aus, sei ein geistiger Ort, individuell geprägt und gebunden. In der Erinnerung werde sie als Sehnsuchtsort verlandschaftlicht. Kriege, Not, Verfolgung und Vertreibung bringen Menschen an neue Orte, Dinge, die sie mitbringen, gelangen auf vielen Wegen in bestimmte Museen.

Eva Bendl behandelte „regionale Identitätsbildung von Sudetendeutschen, insbesondere Südmährern, der zweiten Generation“. Für eine wissenschaftlichen Arbeit an der Universität Augsburg führte sie ausführliche Interviews mit Kreisbetreuerin (Nikolsburg) Renate Zettl, die ihr von der Aufnahme der Familie in Schwaben erzählte und damit Material für ihre Forschungen im Rahmen der sogenannten „oral history“ (mündliche historische Überlieferung) lieferte.

Am Sonntag sprach Daniel Caspari, Mitglied des Europa-Parlaments, über „Europapolitik der Gegenwart mit den Problemen der Vergangenheit“. Er hob die Bedeutung der Grundrechtecharta hervor und zeigte auf, daß ihre Ablehnung in der Tschechei für deren innere Lage von Nachteil sei. Wenn die Tschechen sudetendeutsche Besitzansprüche fürchteten, so zeige dies auch, daß ihnen bewußt sei, wie wenig die Beneš-Dekrete als Fundament in Ordnung seien.

Reinfried Vogler schloß die Veranstaltung mit der Aufforderung, aktiv zu werden und darauf hinzuwirken, daß die letzten Zeitzeugen ihr Wissen um Heimat und Vertreibung aufschreiben und festhalten. Gerald Froid



Links: Sprecher Franz Longin und Eva Bendl. – Rechts: Dkfm. Hans-Günter Grech beim Kulturbereich für Österreich.



VORANZEIGE

25. Maiandacht der Joslowitzer am 16. Mai, 14.30 Uhr. Am Friedhof Joslowitz-Gedenken, 16 Uhr, in der Kirche von Joslowitz / Jaroslavice.

Straßenkreuzweg „Gemeinsam unterwegs“



Die nächste Pfarre Maria Geburt / Rennweg zum „Haus der Heimat“ veranstaltete am 13. März unter obigem Motto wieder einen Straßenkreuzweg. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Schwabenerverein betreuten die 10. Station: Jesus wird seiner Kleider beraubt. Die Sprecher bei dieser Station erinnerten u. a. daran: „Auf vielerlei Art wurden damals und werden auch heute Menschen bloßgestellt und beraubt:

- Ihrer Arbeitsstelle und der menschlichen Lebensbasis,
- sie werden entrechtet und grausam gequält,
- unzählige, ja Millionen Menschen sind 1945 / 46 aus ihrer Heimat vertrieben worden,
- Familien und Dorfgemeinschaften wurden mutwillig zerrissen,

○ elternlose Kinder gibt es scharenweise noch immer und überall.

Noch immer werden meist unschuldige Menschen hingerichtet oder einfach umgebracht aus:

○ haßgeschürtem Terror, politischen und religiösen Gründen, aus Gier und Habsucht. Noch schlimmer ist es, wenn Menschen ihrer Ehre und Würde beraubt werden:

- Menschen ohne Namen und Stimme,
- Menschen, die verleumdet und verdächtigt werden und sich nicht wehren und verteidigen dürfen,
- Menschen, die erpreßt werden mit unmenschlichen Qualen und Methoden.

Für all diese Menschen bist Du, Jesus, unser Bruder, nackt und entwürdigt vor den verblendeten Leuten aus Jerusalem und vor Deinen Henkern gestanden.“

Südmährer-Wochenendseminar



Die JMG Südmähren veranstaltete kürzlich das Seminar „Deutsche und Tschechen“ in der Bildungsstätte Burg Hohenberg mit einer Exkursion nach Prag. Franz Longin, Vorsitzender des Sudetendeutschen Heimatsrats, hielt ein Referat zum Thema: „Belastete Vergangenheit? Hindernis für die Zukunft?“. Er zeigte auf, daß die sogenannte Erlebnissgeneration ja zwangsläufig mit dieser Belastung vom Unrecht der Vertreibung und aus dem daraus entstandenen Leid umhergeht. Es ist deshalb nicht hoch genug einzuschätzen, daß bereits im Jahre 1950 in der Charta aller Deutschen Vertriebenen auf Rache und Vergeltung verzichtet wurde. Die Nachgeborenen hätten die Gnade der späten Geburt und könnten durch Grenzüberschreitungen zum vereinigten Europa beitragen. Für die Zukunft sei es außerordentlich

wichtig, eine Verlässlichkeit in der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu haben und somit auf die Stärke dieses Unrechts der Vertreibung zu verweisen.

Tags darauf ging es Richtung Prag, wo der Leiter des Sudetendeutschen Kontaktbüros, Peter Barton, die Gruppe bereits erwartete. Barton schilderte die Aufgaben des Büros, die der Pflege der Deutsch-tschechischen Beziehungen aus sudetendeutscher Sicht. Im Haus der Minderheiten wurden die Gäste von Irene Novak, der Vorsitzenden der Bürger deutscher Nationalität Tschechiens, empfangen. Sie begrüßte uns herzlich und vermittelte einen Eindruck in ihre Arbeit. 2009 feierte der Verband das vierzigjährige Jubiläum. Die deutschen Minderheiten, die meist in den Grenzgebieten angesiedelt sind, plagen auch die Nachwuchssorgen.

ÖSTERREICH:

2,00 Anger Karl, 1150 Wien
 2,00 Auer Maria, 4210 Gallneukirchen
 2,00 Baier Ernst, 3340 Waidhofen a. d. Ybbs
 2,00 Barreiter Maria, 4050 Traun
 2,00 Bastl Otto, 3494 Brunn im Felde
 2,00 Bauer Elfriede, 2500 Baden bei Wien
 2,00 Baumgartner Ottilia, 4030 Linz
 2,00 Bayer Inge, 4053 Pucking
 2,00 Bitterlich Ingrid, 1100 Wien
 2,00 Bodniecek Maria, 1150 Wien
 2,00 Böhm Ernst, 1210 Wien
 2,00 Böhm Heinrich u. Christl, 4060 Leonding
 2,00 Brinek Willibald, 4061 Pasching
 2,00 Broschek Edda, 4600 Wels
 2,00 Cavagno Johanna, 4840 Vöcklabruck
 2,00 Crosina Ernestine, 1040 Wien
 2,00 Czink Erwin, 2020 Hollabrunn
 2,00 Derdak Edeltraud, 1150 Wien
 2,00 Dirnstainer Engelbert, 5231 Schalchen
 2,00 Mag. Drössler Erhart, 1190 Wien
 2,00 Ecker Anni, 4030 Linz
 2,00 Fischer Maria, 3390 Melk
 2,00 Foissner Anni, 4240 Freistadt
 2,00 Foltyn Kurt, 3021 Preßbaum
 2,00 Fritz Anni, 2103 Langenzersdorf
 2,00 Ing. Geist Franz, 3950 Gmünd
 2,00 Görlich Paul, 8042 Graz
 2,00 Grassl Karl, 1210 Wien
 2,00 Dkfm. Grech Hans-Günter, 1230 Wien
 2,00 Grohmann Günther, 1210 Wien
 2,00 Grünert Gerhard, 2344 Maria Enzersdorf
 2,00 Hausmann Elisabeth, 1180 Wien
 2,00 Dr. Hegner Norbert u. Helga, 5061 Elsbethen
 2,00 Dr. Heginger Walter, 3018 Tullnerbach
 2,00 Dr. Heinisch Elisabeth, 5020 Salzburg
 2,00 Dr. Heinisch Reinhard, 5020 Salzburg
 2,00 Heiss Martha, 4061 Pasching
 2,00 Hermann Frana, 7372 Draßmarkt
 2,00 Hoffelner Maria, 4020 Linz
 2,00 Hofmann Manfred, 2680 Semmering
 2,00 Hollmann Karl Thomas, 1190 Wien
 2,00 Hollmann Kurt, 1220 Wien
 2,00 Holzer Hedwig, 3071 Böheimkirchen
 2,00 Hopfeld Horst, 2000 Stockerau
 2,00 Höpfler Josef, 4161 Ulrichsberg
 2,00 Höpfe Franz, 4150 Rohrbach
 2,00 Jegorov Susanne, 1160 Wien
 2,00 Di. Jell Friedrich, 4501 Piberbach
 2,00 Kappel Günther K. M., 1040 Wien
 2,00 Kaser Inge, 5280 Braunau am Inn
 2,00 Keck Johann, 1220 Wien
 2,00 Dr. Kleining Gerd, 5023 Salzburg
 2,00 Koch Rudolf, 1170 Wien
 2,00 Kojetinsky Gerhard, 3860 Heidenreichstein
 2,00 Komarek Ottilie, 2340 Mödling
 2,00 Kraus Hans, 8665 Langenwang
 2,00 Kröpfel Maria, 4600 Wels
 2,00 Kropik Brunhilde, 3950 Gmünd
 2,00 Krupka Ilse, 5020 Salzburg
 2,00 Kytner Frieda, 1190 Wien
 2,00 Mag. Ladenbauer Gunter, 1180 Wien
 2,00 Ing. Langer Helmut, 5730 Mittersill
 2,00 Mag. Langner Ingo, 8020 Graz
 2,00 Lausecker Maria, 4050 Traun
 2,00 Linke Ingeborg, 4020 Linz
 2,00 Kons. Ludwig Walter, 4053 Haid b. Ansfelden
 2,00 Matscheko Erich, 4230 Pregarten
 2,00 Mattausch Inge, 1030 Wien
 2,00 Mord-Kriehuber Josef, 2136 Laa a. d. Thaya
 2,00 Müller Karl, 2345 Brunn am Gebirge
 2,00 Nerad, 1140 Wien
 2,00 Nusko Heinz, 4650 Lambach
 2,00 Ing. Ortmertl Heinrich, 1030 Wien
 2,00 Osen Hans sen., 4563 Micheldorf
 2,00 Palatka Traude, 1210 Wien
 2,00 Peer Gottlieb, 2381 Laab im Walde
 2,00 Peloschek Liselotte, 1140 Wien
 2,00 Pietsch Emmi, 1130 Wien
 2,00 Pils Waltraud, 4073 Wilhering
 2,00 Porpacz Sigrid, 4600 Wels
 2,00 Proksch Ernst, 4063 Hörsching
 2,00 Prokschi Sepp, 4224 Wartberg ob der Aist
 2,00 Proyer Leopold, 4033 Linz
 2,00 Reisetbauer Stefanie, 4020 Linz
 2,00 SR. Resch Gertraude, 4240 Freistadt
 2,00 Rieger Franz, 4020 Linz
 2,00 Riess Erika, 6170 Zirl
 2,00 Ing. Rottleuthner Robert, 8010 Graz
 2,00 Dir. Sagasser Walter, 1210 Wien
 2,00 Schaar Marlene, 9063 Maria Saal
 2,00 Schaller Herta, 1040 Wien
 2,00 Dr. Schauer Ulrike, 3100 St. Pölten
 2,00 Schenkirsch Hermann, 2094 Zissersdorf
 2,00 Schifner Herbert, 4020 Linz
 2,00 Schmid Irgard, 1190 Wien
 2,00 Schneider Herbert, 3433 Königstetten
 2,00 Scholz Maria, 2380 Perchtoldsdorf
 2,00 Schwetz Erwin, 4040 Linz
 2,00 Seifert Maria, 3100 St. Pölten
 2,00 Seiter Manfred, 2372 Gießhübel
 2,00 Shinawa Bärbel, 1060 Wien
 2,00 Srnko Franziska, 4407 Steyr-Gleink
 2,00 Stambora Friedrich, 1210 Wien
 2,00 Stiedl Reinhard, 4844 Regau
 2,00 Stoiber Sophie, 2170 Kleinhadersdorf
 2,00 Stöss Helmut, 6912 Hörbranz
 2,00 Sudetend. Landsmannschaft, 4600 Wels
 2,00 Di. Teufelbauer Eva, 1160 Wien
 2,00 Dr. Tomschik Wolfgang, 8045 Graz
 2,00 Tröml Margarete, 1190 Wien
 2,00 Vajvar Erich, 2511 Pfaffstätten
 2,00 Wagner-Dembicky Elisabeth, 6020 Innsbruck
 2,00 Wahlmüller Margot, 4020 Linz
 2,00 Wallner Franz, 3100 St. Pölten
 2,00 Weilharter Margit, 4020 Linz
 2,00 Weiss Emmerich, 2261 Zwerndorf
 2,00 Wenzel Horst, 4611 Buchkirchen
 2,00 Wolf Hilde, 1030 Wien
 2,00 Wollrab Liselotte, 6020 Innsbruck
 2,00 Zeilinger-Gentstorf Hilde, 4600 Wels
 2,00 Zeissel Bernd, 1100 Wien
 2,00 Ing. Ziegler Norbert, 1140 Wien
 2,00 Zika Elisabeth, 1080 Wien
 2,00 Zinner Hilde, 4020 Linz
 3,00 Ammerstorfer Walburga, 4060 Leonding

Spenden für die „Sudetenpost“

3,00 Friedrich Marianne, 4030 Linz
 3,00 Krampfer Maria, 4614 Marchtrenk
 4,00 Feyrer Margarete, 4030 Linz
 4,00 Kubata Erich, 4061 Pasching
 4,00 Plechinger Hildegard, 4150 Rohrbach
 5,00 Bartl Benedikt, 1220 Wien
 5,00 Mag. Katzwendel Wilfried, 3003 Gablitz
 5,00 Dr. Kral Franz, 1200 Wien
 5,00 Ritt August, 1130 Wien
 5,00 Treutner Justine, 4061 Pasching
 7,00 Baumgartl Bruno, 1230 Wien
 7,00 Mag. Blecha Wilhelm, 4201 Eidenberg
 7,00 Böhm Franz, 4030 Linz
 7,00 Bräuer Valerie, 8010 Graz
 7,00 Butter Agnes, 2011 Unterhauzentental
 7,00 Ing. Czink Johann, 4071 Bad Schallerbach
 7,00 Endler Kurt, 8720 Knittelfeld
 7,00 Fröhlich Sigrun, 1010 Wien
 7,00 Glanznig Gottfriede, 9852 Trebesing
 7,00 Dr. Hebeda-Anzel Franz, 9020 Klagenfurt
 7,00 Mag. Hegebenart Horst, 8670 Krieglach
 7,00 Di. Hofer Rudolf, 8051 Graz-Gösting
 7,00 RR. Horer Ludwig, 3180 Lilienfeld
 7,00 Jaumeng Kurt, 4170 Haslach
 7,00 Kloiber Christa, 5280 Braunau
 7,00 KR. Korkisch Gerhard, 1130 Wien
 7,00 Kreis Vinzenz, 3012 Wolfsgraben
 7,00 Kricschke Elisabeth, 1110 Wien
 7,00 Kroiber Matthias, 4511 Allhaming
 7,00 Dr. Kronberger Jürgen, 2193 Wilfersdorf
 7,00 Lackner Hermine, 1180 Wien
 7,00 Ing. Lang Johann, 2320 Zwölfaxing-Schw.
 7,00 Luft Helene, 5020 Salzburg
 7,00 Lutz Rudolf, 2214 Auersthal
 7,00 Maler Elfriede, 4030 Linz
 7,00 Mark Martha, 1100 Wien
 7,00 Dr. Mikura Erik, 3761 Messern
 7,00 Pachovsky Josef, 1220 Wien
 7,00 Peiker Viktor, 6780 Schruns
 7,00 Peschka Ingeborg, 1190 Wien
 7,00 von Piette Ludwig, 3400 Klosterneuburg
 7,00 Plach Hildegard, 8720 Knittelfeld
 7,00 Rohr-Lang Maria, 3820 Raabs a. d. Thaya
 7,00 Schaden Anton, 2604 Theresienfeld
 7,00 Schöberl Irmaud, 4810 Gmunden
 7,00 Schwankhard Theresia, 1030 Wien
 7,00 Schwarz Eva, 4020 Linz
 7,00 Seidl Leopoldine, 3350 Stadt Haag
 7,00 Spörker Johann, 4221 Steyregg
 7,00 Stawiarsky Elisabeth, 1210 Wien
 7,00 Tiltscher Stephan, 2191 Atzelsdorf
 7,00 Dr. Tschepl Günter, 1170 Wien
 7,00 Tsch Marie, 8720 Knittelfeld
 7,00 Wand Franz, 2620 Natschbach
 7,00 Widauer Maria, 3842 Thaya
 7,00 Prof. Winnie „Win“ Jakob, 1070 Wien
 8,00 Lederer Reinhard, 5082 Grödig
 10,00 Bülwatsch Elisabeth, 1140 Wien
 10,00 Buska Franz, 1110 Wien
 10,00 Deutsch Kurt, 4030 Linz-Ebelsberg
 10,00 Fuchs Maria, 1220 Wien
 10,00 Haschke Roger, 1140 Wien
 10,00 Kunzfeld Hilde, 1140 Wien
 10,00 Lindner Herline, 4810 Gmunden
 10,00 Micheler Walburga, 1180 Wien
 10,00 Ploderer Elisabeth, 5640 Badgastein
 10,00 Prinz Maria, 1100 Wien
 10,00 Simanek Doris, 1110 Wien
 10,00 Springer Elisabeth, 3150 Wilhelmsburg / Tr.
 10,00 Steinschaden Anna, 2533 Klausen-Leopold
 10,00 Ing. Trzebin Ernst, 2380 Perchtoldsdorf
 10,00 Ing. Waniek Fritz, 4470 Enns
 10,00 Zach Johanna, 6020 Innsbruck
 12,00 Alt Helmut, 4470 Enns
 12,00 Bendl Rosemarie, 3363 Ulmerfeld-Hausm.
 12,00 Bonnlander Dietlinde, 6460 Imst
 12,00 Ing. Bürger Hans, 4030 Linz
 12,00 Elsingner Rudolf, 1100 Wien
 12,00 Feldbacher Ingrid, 5282 Ranshofen
 12,00 Gattermayr Monika, 4048 Puchenau
 12,00 Grohmann Hansjörg, 5412 Puch-St. Jakob
 12,00 Grolig Franz, 1140 Wien
 12,00 Hamann Herbert, 4656 Kirchham
 12,00 Heide Theresia, 1210 Wien
 12,00 Helmich Roland, 1160 Wien
 12,00 Hofmann Annemarie, 1120 Wien
 12,00 Dr. Hölzel Rudolf, 8784 Trieben
 12,00 Jagenteufel Elsa, 2020 Hollabrunn
 12,00 Jorda-Merkel Maria, 1030 Wien
 12,00 Karlhuber Johann, 4560 Kirchdorf
 12,00 Khemeter Maria, 4030 Linz
 12,00 Knobloch Johanna, 2340 Mödling
 12,00 Koliha Elfriede, 3830 Waidhofen / Thaya
 12,00 Kopetzky Herta, 4055 Pucking
 12,00 Koplinger Rupert, 4040 Linz
 12,00 Kraft Otto, 4061 Pasching
 12,00 Ing. Kratschmer Kurt, 1170 Wien
 12,00 Di. Kufner Herwig, 1150 Wien
 12,00 Leitner Franz, 4030 Linz
 12,00 Mäurer Heidi, 9500 Villach
 12,00 Neuhold Hilde, 1190 Wien
 12,00 Niedermeyer Helmut, 1190 Wien
 12,00 Obermann M. u. L., 9556 Liebenfels
 12,00 Dr. Ofner Harald, 1160 Wien
 12,00 Peer Franz, 2381 Laab im Walde
 12,00 Pelikowsky Ilse, 1130 Wien
 12,00 Pernt Annemarie, 4560 Kirchdorf / Krems
 12,00 Poindl Pauline, 1200 Wien
 12,00 Dr. Prexl J. Hans, 8570 Voitsberg
 12,00 Di. Regnier-Helenkow K., 8680 Mürrzschl.
 12,00 Reidl Adolfine, 1060 Wien
 12,00 Di. Riedel Wilhelm, 1180 Wien
 12,00 Schindlar Elisabeth, 1130 Wien
 12,00 Schweigler Anton, 2172 Schratzenberg
 12,00 Seidl Ernst, 9061 Wölfnitz
 12,00 Springer Charlotte, 1100 Wien
 12,00 Stefan Anton, 8530 Deutschlandsberg
 12,00 Straka J. und O., 1140 Wien
 12,00 Suida Erwin, 9020 Klagenfurt
 12,00 Thaler Helene, 4063 Hörsching

12,00 Ullmann Ottilie, 4040 Linz
 12,00 Wegscheider Paula, 8940 Liezen
 12,00 Weissenbacher Franziska, 2650 Payerb.
 12,00 Willisch Luise, 1030 Wien
 13,00 Ing. Grohmann Herbert, 4694 Ohlsdorf
 16,00 Amberger Reinhard, 1100 Wien
 17,00 Dkfm. Bernard Margarete, 4030 Linz
 17,00 Erner Ernestine, 1100 Wien
 20,00 Prof. Negrin Franz, 1210 Wien
 22,00 Alliger Rudolf, 4502 St. Marien
 22,00 Bäcker Alfred, 1120 Wien
 22,00 Beigl Josef, 2344 Maria Enzersdorf
 22,00 Di. Graf Zelmer-Kinsky, 4251 Sandl
 22,00 Eldaly Helene, 1100 Wien
 22,00 Ing. Elsinger Reiner, 2380 Perchtoldsdorf
 22,00 Frey Ernst, 2201 Gerasdorf
 22,00 Greger Erwin, 4062 Kirchberg-Thening
 22,00 Guschlbauer Walter, 5084 Großgmain
 22,00 Kemetmüller Christl, 1060 Wien
 22,00 Kirsch Rudolf, 8501 Lieboch
 22,00 Mag. Kolb Liselotte, 4400 Steyr
 22,00 Koplinger Aloisia, 4020 Linz
 22,00 Koplinger Songard, 4060 Leonding
 22,00 Dir. Ludwig Hans, 6020 Innsbruck
 22,00 Mayer Gerda, 1140 Wien
 22,00 Morawetz Herta, 1100 Wien
 22,00 Pachernig Anni, 8010 Graz
 22,00 Mag. Pobitschka Josef, 9074 Keutschach
 22,00 Sasmann Gertrude, 1160 Wien
 22,00 Schaner Othmar, 4600 Wels
 22,00 Schmid Rudolf, 5280 Braunau am Inn
 22,00 Schubert Otto, 9020 Klagenfurt
 22,00 Siegl Carl-Christian, 1180 Wien
 22,00 Siess Hans, 1160 Wien
 22,00 Solharder Ingeborg, 1160 Wien
 22,00 Prim. Dr. Theinl Karl, 9500 Villach
 22,00 Tropfshuh Hannes, 1140 Wien
 22,00 Di. Vajvar Walter, 4240 Freistadt
 22,00 Würdinger Alfons, 4060 Leonding
 22,00 Ing. Würdinger Franz Stefan, 4470 Enns
 28,00 Hecht Margaretha, 4600 Wels
 28,00 Wünsch Anna, 9020 Klagenfurt
 32,00 Dr. Sallmann A. W., 5020 Salzburg
 32,00 Setzer Charlotte, 1140 Wien
 50,00 Stephan Hannelore, 2051 Zellerndorf
 50,00 Med.-Rat Dr. Wolf Erika, 1190 Wien
 52,00 Hein Hilde, 1200 Wien
 72,00 Univ.-Prof. Dr. Brandl Heinz, 1190 Wien
 72,00 Bürgermeister Walter, 4020 Linz
 1000,00 Karl Klein, 1230 Wien

DEUTSCHLAND:

6,00 Adler Horst, 95643 Tischenreuth
 6,00 Alesi Ingeborg, 91623 Sachsen b. A.
 6,00 Alschinger Ludwig, 91710 Gunzenhausen
 6,00 Babinsky Erich, 83711 Miesbach
 6,00 FA. Baier Emil, 83250 Marquartstein
 6,00 Bannert Franz, 75196 Remchingen
 6,00 Beichl Theresia, 86316 Friedberg / Augsburg
 6,00 Benedikt Ilse, 87629 Füssen
 6,00 Beschta Johanna, 88260 Argenbühl
 6,00 Blaskchä Günter, 69214 Eppelheim
 6,00 Donauer Richard, 90556 Cadolzburg
 6,00 Doyscher Rudolf, 85368 Moosburg a. d. I.
 6,00 Dressler Gert Rainer, 87600 Kaufbeuren
 6,00 Gemeinder Josef, 96450 Coburg
 6,00 Gerut Walburga Maria, 81241 München
 6,00 Glasauer Emmerich, 74427 Fichtenberg
 6,00 Gratzl Hans, 92242 Hirschau
 6,00 Grof Ernst, 64625 Bensheim
 6,00 Gumbach Friedrich, 71034 Böblingen
 6,00 Häbe Annelies, 82418 Murnau
 6,00 Hartels Michael, 93068 Neutraubling
 6,00 Hausmann Ferdinand, 93105 Tegernheim
 6,00 Herbel Hans-Joachim, 70186 Stuttgart
 6,00 Hieronymus Gottfried, 02625 Bautzen
 6,00 Hüber Manfred, 35638 Leun / Hessen
 6,00 Hundsnürcher Leopoldine, 49545 Tecklenburg
 6,00 Dr. Illichmann Kurt, 93342 Saal
 6,00 Karger Maria, 86688 Marxheim
 6,00 Köhler Herbert, 24610 Trappenkamp
 6,00 Korn Ernst, 82152 Krailing / Mchn.
 6,00 Ing. Kraus Karl, 82223 Eichenau
 6,00 Kriso Margarete, 73614 Schorndorf
 6,00 Dr. Kunzel Heinz, 86916 Kaufering
 6,00 Kurz Josef, 04107 Leipzig
 6,00 Kurzweil Alfred, 87700 Memmingen
 6,00 Lausecker Heinrich, 68642 Riedrode-Bürsta
 6,00 Löhner Franz Rudolf, 01814 Porschdorf
 6,00 Lohwasser Rudolf, 92526 Oberviechtach
 6,00 Longin Franz, 70188 Stuttgart
 6,00 Löschner Ilse, 84549 Engelsberg
 6,00 Meissl Hans, 90522 Oberasbach
 6,00 Merkl Hans, 61206 Wollstadt
 6,00 Mittendorfer Sigrid, 80798 München
 6,00 Müller Liesel, 87700 Memmingen
 6,00 Müller Wolfgang, 69126 Heidelberg
 6,00 Ott Herbert, 83435 Bad Reichenhall
 6,00 Patsch Heinz, 60433 Frankfurt
 6,00 Pawliczek Elsi, 61267 Neu-Anspach
 6,00 Rudolf Herbert, 73037 Göppingen
 6,00 Sauerbrey Hermine, 39218 Schönebeck
 6,00 Schallner Herbert, 71642 Ludwigsburg
 6,00 Dkfm. Schmidt Ernst, 82223 Eichenau
 6,00 Ing. Schmidt Walter, 88131 Bodolz
 6,00 Schmidt Wolfgang, 82343 Pöcking
 6,00 Schürch Roland, 40595 Düsseldorf
 6,00 Schöfer Margit, 69502 Hemsbach
 6,00 Schreiber Edeltraud, 34123 Kassel
 6,00 Schroll Gotthard, 91056 Erlangen
 6,00 Seidler Ewald, 42857 Remscheid
 6,00 Siebeneicher Doris, 63785 Oberrnburg
 6,00 Smolik Ingrid, 73614 Schorndorf
 6,00 Dr. Steck Rainer-Udo, 71364 Winnenden
 6,00 Sudetendeutsche LM, 85368 Moosburg
 6,00 Sudetendeutsche LM, 65366 Geisenheim
 6,00 Türmer Josef, 91275 Auerbach
 6,00 Weiss Hans-Peter, 74670 Forchtenberg
 6,00 Dr. Welshar Richard, 82380 Peissenberg
 6,00 Wilsch-Binsteiner Rotraud, 36145 Hofbieber

6,00 Winkler Ingeborg, 92670 Windischeschen
 10,00 Habla Josef, 95444 Bayreuth
 10,00 Hawelka Fritz, 37247 Grossalmerode
 10,00 Hein Dietmar, 45481 Müllheim a. d. R.
 10,00 Hönig Karl, 80935 München
 10,00 Loh Hans, 65520 Bad Camberg
 10,00 Michalek Otto, 73728 Esslingen
 10,00 Richter Helmut, 71696 Möglingen
 10,00 Tscharnke Claus-Jürgen, 72461 Albstadt
 10,00 Vogel Manfred, 26871 Pabenburg
 10,00 Zoth Gustav, 76327 Pfünz-Berghau
 11,00 Franz Hubert, 94542 Haarbach
 11,00 Heyde Gertrud, 99636 Rastenberg
 11,00 Hofer Josef, 85567 Grafing
 11,00 Lang Gottfried, 69123 Heidelberg
 11,00 Sättler Dieter, 64319 Pfungstadt
 11,00 Wagner Hildegard, 90409 Nürnberg
 12,00 Goldmann Rüdiger, 40595 Düsseldorf
 16,00 Arnold Maria, 90765 Fürth
 16,00 Dr. med. Borde Karl, 77704 Oberkirch
 16,00 Böss Wilfried, 71540 Murrhardt
 16,00 Christ Ursula, 85114 Buxheim
 16,00 Dr. Fitzek Josef, 50933 Köln
 16,00 Friedrich R. u. G., 34630 Gilsberg
 16,00 Gimpl Walter, 97980 Bad Mergentheim
 16,00 Hampel Margarethe, 84323 Massing
 16,00 Hartmann Wolfgang, 85221 Dachau
 16,00 Haschka Martin, 81243 München
 16,00 Hoffmann Renate, 14052 Berlin
 16,00 Hörmann Claus, 01844 Neustadt
 16,00 Huhndorf Christel, 86916 Kaufering
 16,00 Dr. Illing Gerhard, 64823 Groß-Umstadt
 16,00 Jahnke Augusta, 06618 Naumburg
 16,00 Kindermann Franz, 85122 Hitzhofen
 16,00 Klimesch Erich, 63906 Erlenbach a. M.
 16,00 Kunert Fritz, 34225 Baunatal
 16,00 Dkfm. Kunert Manfred, 90522 Oberasbach
 16,00 Kunz Horst, 91177 Thalmässing
 16,00 Laber Annemarie, 73479 Ellwangen
 16,00 Lang Rudolf, 89079 Ulm
 16,00 Langer Heinz, 82024 Taufkirchen / Kr.
 16,00 Leitner Gottfried, 61184 Groß Karben
 16,00 Mascha Luise, 89358 Unterrohr
 16,00 Muck Franz, 73467 Kirchheim
 16,00 Dr. Nadler Hermann, 53343 Wachtberg
 16,00 Nedoma Kurt, 68782 Brühl
 16,00 Neubauer Franz, 76327 Pfünz-B. G.
 16,00 Patrajo H. u. E., 73525 Schwab. Gmünd
 16,00 Pecher B. Roland, 84544 Aschau / Inn
 16,00 Pejscha Franz, 38229 Salzgitter
 16,00 Pipping Josef, 86179 Augsburg
 16,00 Plail Werner, 84478 Waldkraiburg
 16,00 Plicka Rudolf, 72766 Reutlingen
 16,00 Raiger Karl, 89143 Blaubeuren
 16,00 Richter Robert, 37284 Waldkappel
 16,00 Sailer Josef, 86441 Zusmarshausen
 16,00 Schmid Josef, 86163 Augsburg
 16,00 Schimidl Herbert, 75249 Kieselbronn
 16,00 Staud H., 76646 Baden
 16,00 Dr. Stingl Herfried, 64521 Groß Gerau
 16,00 Storm Klaus, 84066 Mallersdorf-Pfaff.
 16,00 Tausch Adolf, 36318 Schwalmtal
 16,00 Ullmann Maria, 91257 Pegnitz
 16,00 Unbehan Helena, 89171 Illerkirchberg
 16,00 Urbin Johann, 36043 Fulda
 16,00 Walter Franz Karl, 65191 Wiesbaden
 16,00 Weber Adolf, 72631 Aichtal
 16,00 Wetzel-Hackspacher M., 89407 Dillingen
 16,00 Dr. Willert Karl, 81679 München
 16,00 Wiltschko Rudolf, 82377 Penzberg
 16,00 Dr. Wollrab Adalbert, 35415 Pohlheim
 16,00 Zaby Josef, 86316 Friedberg / Augsburg
 16,00 Zimprich Ernst, 83404 Aining
 20,00 Heinrich Richard, 84140 Gangkofen
 20,00 Kudernatsch Helmut, 98693 Ilmenau
 26,00 Becher Editha, 82049 Pullach
 26,00 Janka Alfred, 86609 Donauwörth
 26,00 Nordböhmnen-Heimatwerk, 94227 Zwiessel
 26,00 Dr. Praxl Herwig, 70184 Stuttgart
 26,00 Dr. Staffa Walter, 72609 Nürtingen
 26,00 Walter Erich, 82467 Garmisch-Partenk.
 26,00 Wimmer K. und E., 93138 Lappersdorf
 31,00 Friedl Alois, 60437 Frankfurt
 34,00 Bundesinstitut für Ost., 26127 Oldenburg
 34,00 CSU-Landesgr. Außensp., 11011 Berlin
 34,00 Haus Gablonzer, 87600 Kaufbeuren
 34,00 Hoffmann Klaus, 76332 Bad Heerenalb
 34,00 Johannes-Künzlig-Inst., 79100 Freiburg / Br.
 34,00 Kirchlicher Suchdienst, 94032 Passau
 34,00 Klemsche Bruno, 71277 Rutesheim
 34,00 Dr. Kühnel Horst, 81825 München
 34,00 Martin-Optiz-Biblioth., 44623 Herne
 34,00 Reich Helmut, 91207 Lauf
 34,00 Ruff Peter, 66386 St. Ingbert
 34,00 „G.-Hauptmann-Haus“, 40210 Düsseldorf
 34,00 Sudetend. LM., 81669 München
 34,00 Suddt. Musikinst., 93051 Regensburg
 34,00 Suddt. Priesterwerk, 83098 Brannenburg
 34,00 Zatocil Anton, 82216 Maisach
 36,00 Freitag Peter A., 89233 Neu-Ulm
 36,00 Schenke-Rusy Renate, 94264 Langdorf
 36,00 Schlack Elisabeth, 81543 München
 40,00 Kretschmer Maria, 86415 Mering
 40,00 Kretschmer Rosemarie, 35756 Wetzlar
 40,00 Markus Adolf, 95119 Naila
 40,00 Reich Albert, 70437 Stuttgart
 46,00 Zeis Barbara, 85051 Ingolstadt
 50,00 Colleg. Carolinum e.V., 81669 München
 50,00 Heger Eduard, 90559 Burghausen
 50,00 Braun Günter, 76684 Östringen
 66,00 Forberger Otto, 68259 Mannheim
 66,00 Guschl Franz, 40882 Ratingen
 66,00 Lange Hermann, 61137 Schöneck
 66,00 Neubauer Franz, 83131 Nußdorf / Inn
 66,00 Philipp Erich, 82041 Deisenhofen
 66,00 Staud Herbert, 86934 Ludenhausen
 100,00 Laber Herwig, 74532 Ilshofen
 100,00 Di. Lug Erhard, 93161 Sinzing

SCHWEIZ:

66,00 Josef Ladner, 8309 Nürensdorf
 96,50 Krumpholz Erhard, 8041 Zürich
 Die „Sudetenpost“ dankt den Spendern herzlich!

Jedermann-Sportwettkampf am 30. Mai in Traun bei Linz

Die SdJÖ lädt recht herzlich zu einem Jedermann-Sportwettkampf am Sonntag, 30. Mai, in Traun bei Linz, ein. Zur Erinnerung an den verstorbenen Mentor dieser Wettkämpfe, unseren Troppauer Landsmann Robert Granzer, werden diese alljährlichen Wettkämpfe durchgeführt.

Jedermann – gleich welchen Alters und Geschlechts kann dabei mitmachen.

Ort: Turnplatz des Allgemeinen Turnvereins Traun, Sportplatzweg 17, „Robert-Granzer-Turnplatz“ (hinter dem alten Fußballplatz des SV Traun, nächst der evangelischen Kirche. Bei jedem Wetter. – Programm:

Bis 9.15 Uhr: Anmeldemöglichkeit für alle Teilnehmer.

Zirka 10 Uhr: Beginn des Jedermann-Wettkampfes: Laufen – Weitspringen – Schlagballwerfen – Kugelstoßen. Es gibt alle Alterswertungen! – Jeder Teilnehmer erhält eine Urkunde.

Mittagessen: Am Turnplatz wird gegrillt – Grillspeisen mit Salat, Brot usw., Kaffee, Kuchen, Getränke, alles zum Selbstkostenpreis. Anmel-

dung zwecks Einkaufs sehr wichtig!!! – Achtung: Gelegenheit zum Ablegen des Österr. Sport- und Turnabzeichens (ÖSTA) in allen Klassen – Anmeldung am Turnplatz.

Es gibt **kein Nenngeld!** Für SdJÖ-Mitglieder werden Fahrtkosten ab 7,- Euro Eigenbeitrag ersetzt.

Dies wieder eine gute Möglichkeit, um sich sportlich zu betätigen. Es werden Teilnehmer aus vielen Bundesländern, vor allem aber aus Oberösterreich, Salzburg bzw. Niederösterreich und Wien erwartet!

Anmeldung mit Angabe der Geburtsdaten sowie, ob Teilnahme am Mittagessen, entweder an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, 1030 Wien, Steingasse 25, Telefon und Fax: (01) 718 59 13, E-mail: office@sdjoe.at, oder an Rainer Ruprecht, Johann-Strauß-Straße 9, 4600 Wels.

Die Teilnahme erfolgt wie immer auf eigene Gefahr, der Verein haftet nicht für Unfälle und dergleichen.

Für das Sommerlager 2010 sind noch etliche Plätze zu vergeben

Zuerst die gute Nachricht: Alle Kinder aus Siebenbürgen und die Begleitperson sind, wie bereits bekanntgegeben, untergebracht. Vielen herzlichen Dank an alle Gastfamilien im voraus.

Dann die etwas schlechtere Nachricht: Bis jetzt sind aus den Reihen der Landsleute die Teilnehmermeldungen mehr als spärlich eingelangt. Wo sind Ihre Enkel und Urenkel? Will da niemand mitmachen, wurde zu wenig Werbung gemacht oder woran liegt es? Die Lagerleitung – alle Mitglieder sind völlig uneigennützig und ohne jegliche Bezahlung tätig – macht sich schon ein wenig Sorgen, mußte doch eine genaue Platzanzahl reserviert werden.

Wir haben noch etliche Plätze zu vergeben und aus einigen Bundesländern sind noch keine Anmeldungen eingelangt. Wir wollen wieder eine „volle Besetzung“ haben, werte Landsleute. Wir dürfen Sie herzlich ersuchen, sich für diese Ferienmaßnahme entsprechend einzusetzen – viele Eltern sind froh, wenn sie während der Schulferien ihre Kinder für eine Woche gut untergebracht wissen, vor allem in einer frühlichen Gemeinschaft. Die Lagerleitung besteht

aus Lehrern, Kindergärtnerinnen und langjährig aktiv tätigen Lagerleitungsmitgliedern – damit ist eine sehr gute Betreuung garantiert.

Das diesjährige Sommerlager findet vom 10. bis 17. Juli in Aigen-Schlögl im Mühlviertel, Oberösterreich, statt. Kinder, junge Leute und auch deren Freunde im Alter von zirka sechs bis 15 Jahre (Jahrgang 1994) aus ganz Österreich sind zum Mitmachen herzlich eingeladen. Werte Landsleute – das wäre doch auch etwas für Ihre Kinder / Enkel und Urenkel sowie deren Freunde, eine Mitgliedschaft bei der SdJÖ ist nicht unbedingt erforderlich.

Der Lagerbeitrag beträgt nur 216 Euro (inkludiert sind da die Unterbringung in Zimmern mit Dusche und WC, Vollverpflegung, Ausflüge, die Bahnfahrt ab Wien bzw. Linz nach Aigen-Schlögl und zurück, u.v.a.m.).

Die Vorbereitungsarbeiten gehen in die Zielgerade, daher ersuchen wir um sofortige Anmeldungen unter Bekanntgabe der Geburtsdaten und Anschrift der Teilnehmer sowie eine telefonische Erreichbarkeit, an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs in 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. (Anrufbeantworter) / Fax: (01) 718-59-13, E-mail: office@sdjoe.at.

Frühlingsfahrt ist fast ausgebucht

Unsere beliebte Tagesautobusfahrt am Donnerstag, dem 13. Mai (Christi-Himmelfahrtstag) ist fast ausgebucht – es gibt nur ganz wenige Restplätze (Stand Redaktionsschluß 1. 4.). Aus diesem Grund werden Interessenten ersucht, sich sofort und dringend bei Fam. Rogelböck, Telefon (von 17 bis 19 Uhr) / Fax (jederzeit): (01) 888 63 97 zu melden und anzufagen, ob es noch eine Mitfahrgelegenheit gibt.

Nochmals einige Daten: Fahrpreis: 17 Euro (inkl. einer kleinen Jause und einem Eintritt); für Kinder bis zu 14 Jahren 9 Euro. Abfahrt und Treffpunkt: 8.30 Uhr, Hotel Kaiserpark, Grünbergstraße – gegenüber vom Osteingang des Schlosses Schönbrunn, nächst der U-4-Station Schönbrunn. Abfahrt pünktlich um 8.45 Uhr.

Böhmerwaldbund Oberösterreich

Einladung zur

Frühjahrs-Kultur- und Begegnungsfahrt

Tagesfahrt am Samstag, 29. Mai 2010

Besichtigung der Windräder in Vorderweißenbach. – Bei Schönwetter: Schifffahrt am Moldau-Stausee – Besuch St. Thoma (Ruine Wittinghausen)

Alternativprogramm: Krummrau

Abfahrtszeiten: 7 Uhr Pucking, 7.10 Uhr Trauner Kreuzung (Shell Tankstelle), 7.15 Uhr St. Martin (ehem. Post), 7.30 Uhr Böhmerwaldblock Neue Heimat, 8 Uhr Linz, Hauptplatz.

Anmeldungen montags (9 bis 11.30 Uhr) im Büro, Tel. 0 732 / 70 05 91, bei Frau Inge Bayer, Tel. 0 72 29 / 89 1 47, oder unter: kontakt@bwb-ooe.at

Kripperlfahrt 2010 nach Nordböhmen

Der Landesverband der Tiroler Krippenfreunde beabsichtigt, gemeinsam mit den Werdenfeller Krippenfreunden nach einer mehrjährigen Pause wieder eine Kultur- und Krippenfahrt von 13. bis zum 16. Jänner 2011 nach Nordböhmen durchzuführen.

Bei der Anreise steht auch eine Stadtbesichtigung von Dresden auf dem Programm. Es werden in Schirgiswalde, wo die erste Nächtigung erfolgt, Hauskrippen und die Kirchenkrippe besichtigt.

Die Reisebegleitung erfolgt durch Hildegard und Adolf Rehm.

Die Kosten für diese Krippenreise betragen Euro 340,- (Einzelzimmer Euro 50,-).

Da für diese Reise nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen zur Verfügung steht, wird um eine Anmeldung bis spätestens 1. Juni beim Landesverband, in 6020 Innsbruck, Sillgasse 5, Telefon und Fax: 0 512 / 57 30 40 oder 0 52 63 / 65 61, oder per E-mail: mail@krippe-tirol.at oder auch f.jagltisch@a1.net, ersucht.

Das genaue Programm und die Abfahrtszeit werden nach Anmeldung zugesandt. – Internet: <http://www.krippe-tirol.at/index.html>



WIEN

Mährisch Trübau in Wien

An unserem monatlichen Heimatnachmittag am 18. März d. J. begrüßte unser Obmann Rainer Schmid alle Anwesenden und überbrachte Grüße von Gertrud Irweck und dem Ehepaar Christa und Fritz Glotzmann. – Zum Geburtstag gratulieren wir herzlich: Inge Schmid, geb. Zainlinger (Weitra), 19. 4. 1934; Gerhard Kenn (Wien), 19. 4. 1937; Mag. Ingeborg Ebinger, geb. Negrin (Wien), 19. 4. 1960; Helgo-Michael Irweck (Wien), 24. 4. 1957; Kurt Ille (Porstendorf), 27. 4. 1933. – Außerdem teilte uns Rainer Schmid mit, daß einige Landsleute am 17. März unsere verstorbene Waltraud Matzke, geb. Proksch (geb. am 10. 8. 1920 in Porstendorf, gest. am 8. 3. 2010 in Wien) auf ihrem letzten Weg am Friedhof in Neustift am Walde in Wien begleitet. Wir erinnern uns ihrer in einer Gedenkminute. – Zu unseren letzten Veranstaltungen: Über den Ball der Heimat am 20. Februar berichtet uns Dipl.-Ing. Harald Haschke, der diese Veranstaltung mit seiner Frau Christine besucht hat. Besonders erwähnte er, daß mehr als die Hälfte der anwesenden Damen in Tracht erschienen waren. – Das Sudetendeutsche Gedenken am 6. März im Haus der Begegnung im 6. Wiener Bezirk fand in schönem Rahmen statt. Die Festrede wurde von Frau Dr. Barki, einer Ungarin und Spezialistin für Völkerrecht, gehalten. Sie sprach äußerst interessant und umfassend. – Der Straßenkreuzweg der Pfarre Maria Geburt im Einzugsbereich unseres „Hauses der Heimat“ im 3. Bezirk fand heuer zum vierten Mal statt. Mehrere hundert Teilnehmer trotzten dem windigen Wetter und schritten am 13. März mit Gesang unter Musikbegleitung die 14 Kreuzwegstationen ab. Die 10. Station – „Jesus wird seiner Kleider beraubt“ – war von der Sudetendeutschen Landsmannschaft betreut und ausgestattet worden. Bundesobmann Gerhard Zeihel sprach besinnliche Worte und erinnerte an unser Schicksal. – Zu unseren nächsten geplanten Veranstaltungen: Der Sudetendeutsche Tag 2010 findet zu Pfingsten am 22. / 23. Mai in Augsburg statt. Es ist dies bereits die 61. Veranstaltung in ununterbrochener Folge. Zur Finanzierung dieser Veranstaltung haben wir bereits die entsprechenden Festabzeichen erhalten, die um zehn Euro bei unserer Kassierin Ilse Pelikowsky erhältlich sind. – Unser Frühlingsausflug befindet sich noch in der Planungsphase. Allerdings ist eine Einladung seitens der Heimatgruppe Kuhländchen an uns ergangen, an einer Busfahrt zu südmährischen Schlössern nach Eisgrub und Feldberg teilzunehmen. Ein weiterer Vorschlag kam von den Zwiittauern: Eine Fahrt nach Zwiittau und Mährisch Trübau, Termin noch offen. – Zum Schöngestertag am Sonntag in Göppingen am 31. Juli / 1. August fahren bis jetzt fünf Trübauer. Das Interesse hält sich in Grenzen. Bei genügend Teilnehmern möchten wir gemeinsam mit den Zwiittauern einen Autobus nehmen. Anmeldungen werden mit Freude entgegengenommen. – Lm. Ilse Pelikowsky berichtete über die jährliche Kassaprüfung. Ehe wir zum gemütlichen Teil übergingen, wies unser Obmann darauf hin, daß in unserem Anwesenheitsbuch ein Bild mit erklärender Beschreibung und Geschichte der krönenden Figur jenes Tanzbänderstabes zu sehen ist, den unsere Landsleute vom „Volkskrachtenverein Schöngestertag in Wien“ in der Zwischenkriegszeit bei Volkstanzveranstaltungen mitführten. – Da sich unsere Runde diesmal in etwas anderer Zusammensetzung präsentierte, wies er auch nochmals auf das Buch „Die Nachfahren des Lokators, Geschichte und Geschichten aus dem Schöngestertag“ von Lm Dr. Franz Kössler (Ketzelsdorf) hin.

Edeltraut Frank-Häusler

Thaya Kulturverband: Nikolsburg

„Kimmt da März – fongt on der Sterz!“ Die Fastenzeit konnte drei Dutzend Stammesbesucher, worunter sich auch drei Geburtstagskinder befanden, vom Monatstreffen am 11. März nicht abhalten. Wir gedachten aber auch der weiteren 24 Märzgeburtstage im In- und Ausland. Einleitend erinnerte ich auch eingedenk des vertrauten Liedes: „Im März der Bauer“ an unsere Bauern zu Hause, die auch ein Weinhebergedicht charakterisierte. Wir besprachen die aktuellen Projekte, welche bereits im Bericht vom 4. März (Folge 3 der „Sudetenspost“) erwähnt sind, wie „Spurensuche in Nikolsburg“ mit der Hauptstuhle Laa und Vorhaben in Nikolsburg und Niedersulz, wo für Mai bereits rege Besuchstätigkeit angekündigt wurde. Dafür werden wir den Stammtisch am 13. 5. (Christi Himmelfahrt) ausfallen lassen. Wir sprachen auch über den „Tag der verweigerter Selbstbestimmung 4. 3. 1919“ und die SL-Veranstaltung vom 6. 3., zu welcher der Bundespräsident ein Grußwort geschickt hat, in dem die Benes-Dekrete als schweres Unrecht bezeichnet wurden, was prompt zu einem heftigen Blätterausrauschen im Nachbarland geführt hat, was die Unbelehrbarkeit der tschechischen Politiker beweist. Weitere Erinnerungen betrafen die Gedenktage: 385 J. Wappenverbesserung, 190 J. Todestag Klemens Maria Hofbauer, 160 J. Landwirtschaftlicher Bezirksverein, 130 J. Deutscher Schulverein, 100 J. Todestag Bgm. Lueger, 90 J. „Deutscher Kulturverband“, 85 J. Schillingwährung, 75 J. Saarabstimmung, 65 J. Zerstörung deutscher Städte durch Bombenangriffe, u. a. Wien 54-h-Fliegeralarme Innenstadt: Oper, Burgtheater, Philiphaus, Dresden u. a. – Am 18. März konnte Obmann Hans-Günter Grech anlässlich der Jahreshauptversammlung des Thaya Kulturverbandes eine erfolgreiche Bilanz des ersten Fusionsjahres vorlegen. Die Entlastung des Vorstandes erfolgte einstimmig! Am 20. April ist der Frühlingsausflug geplant, doch werden wir in Zukunft über meine Anregung wieder Kulturfahrten jeweils an einem Samstag vornehmen und dazu die Nachkommenschaft einladen. Um der modernen Kommunikation Rechnung zu tragen, werden wir mittels Rundschreiben und Formulare auch die Nachkommen mit ihren E-mail-Anschriften erfassen, um zu einem neuzzeitlichen Nachrichten-Blog überzuleiten. Es zeigt sich leider, daß abgesehen von 35 Prozent unbesetzten Ortsbetreuerstellen nur 14 Prozent über Internet-Anschriften verfügen. – Bei der Kulturtagung am 20. März in Geislingen vertrat der Obmann die „österreichische Reichshälfte“, während ich beim NÖ-Museumstag war, wo neun interessante Referate gehalten wurden, die sich mit Museumsdidaktik, Museums-Pädagogik und virtuellen Internettechniken befäßen und viele Anregungen zur Umsetzung boten. Museen als „Rumpelkammer der Geschichte“ können keine Aufmerksamkeit finden, so bewundernswert die Sammlungen der Idealisten vom „alten Schlag“ sind, aber es gibt davon zu viele, die kaum auf merkbare Besucherzahlen kommen. Allein in Niederösterreich gibt es 700 Heimatstuben, von denen die wenigsten zeitgemäß sind und einen entsprechenden Kulturvermittlungsauftrag erfüllen können, der nur mit hauptamtlichen, fachlich geschulten Betreuern und ganztägiger, täglicher Öffnungszeit zu erfüllen ist. Viel Arbeit wartet. Reiner Elsinger

„Bruna“ Wien

Zu unserem Heimatnachmittag am 13. März sind trotz Wind- und Sturm böen einige Landsleute gekommen. Zuerst wurde ein Gedicht vorgetragen, welches uns Frau Schrimpel vom Deutschen Sprach- und Kulturverein zugesandt hat. – Die Ausstellung im „Haus der Heimat“ über Gregor Mendel, den Schöpfer der Vererbungslehre, wurde noch bis 31. März verlängert. – Am Samstag, dem 6. März, war das alljährliche Märzgedenken der Sudetendeutschen zum 91. Jahrestag des Bekenntnisses zu Österreich und zum Selbstbestimmungsrecht, 65 Jahre nach der Vertreibung. Es wurde der 54 Opfer des 4. März 1919, die für das Selbstbestimmungsrecht und die Zugehörigkeit zu Österreich gefallen sind, gedacht, aber auch der mehr als 241.000 Toten der schrecklichen und unmenschlichen Vertreibung. Zum Thema „Die verweigerte Selbstbestimmung – gestern und heute“ sprach die gebürtige Ungarin Rechtsanwältin Dr. Eva Maria Barki. Frau Dr. Barki ist neben ihrer rechtsanwaltlichen Tätigkeit auf Nationalitäten- und Volksgruppenrecht spezialisiert und hat sich für verschiedene Volksgruppen auch international eingesetzt, insbesondere z. B. für Ungarn in Siebenbürgen, Mazedonien in Griechenland u.v.m. Die Festrednerin hielt ein sehr fundiertes Referat über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Vergangenheit und der Gegenwart, Österreich – Ungarn, Sudetenland – Tschechien und einige Beispiele der Völker. Bundespräsident Dr. Heinz Fischer sandte Grußworte, in welchem er auch Kritik an den Benes-Dekreten äußerte und diese als „schweres Unrecht“ bezeichnete. In Prag reagierte man mit Empörung. Allen voran warf Präsident Vaclav Klaus Fischer vor, „schmerzhaft historische Themen“ für seine Wahlkampagne zu mißbrauchen, jedenfalls löste Fischers Äußerung in Tschechien heftige Reaktionen aus. Südmährer Dkfm. Hans-Günter

Zum Gedenken an Jeanette Schmid



Das Böhmerwaldmuseum in Wien widmet Jeanette Schmid (Baronesse Lips von Lipstrill) eine Gedenkausstellung. Die Ausstellung über die großartige Varietékünstlerin aus dem Böhmerwald und letzte Konzertante Kunstpfeiferin der Welt (geb. 1924 in Wallern im Böhmerwald, gestorben 2005 in

Wien) wird am Sonntag, 2. Mai, um 14 Uhr im Böhmerwaldmuseum (1030 Wien, Ungargasse 3) eröffnet. Univ.-Prof. Elena Ostleitner (Vier Viertel Verlag, Straßhof) liest Auszüge aus dem Buch „Ich pfeif auf alles... – Das Leben der Kunstpfeiferin Baronesse Lips von Lipstrill“. In historischen Fotodokumenten wird Heimat, Leben und Wirken der Tänzerin, Verkleidungskünstlerin und Kunstpfeiferin Jeanette Schmid gezeigt, die auf allen Varietébühnen der Welt zu Hause war. Die Schau wird unterstützt von mehreren Dokumenten und Gegenständen aus dem Nachlaß, Leihgaben von Angehörigen und audiovisuellen Auszügen aus dem Leben der Künstlerin. Sowohl das Buch als auch eine Musik-CD mit zwanzig gepfiffenen Melodien, ein ORF-Hörbild mit Jeanette und Literatur über Wallern sind in der Ausstellung zu erwerben.

Die Ausstellung ist bis 31. Dezember jeden Sonntag von 9 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen.

Grech begrüßte den Leopoldauer Musikverein und die Kärntner Singgemeinschaft, welche wunderschöne, ans Herz gehende Lieder sangen. Weitere Gäste: ÖVP-Vertriebenensprecher NAbg. Ing. Norbert Kapeller, Landesrätin in NÖ und ehemalige Vertriebenensprecherin der FPÖ Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz, BM. a. D. für Justiz Dr. Harald Ofner, Pater Prof. Dr. Bernhard Demel für den deutschen Orden u.v.m. Die Namen der 54 Opfer aus Kaaden, Sternberg... wurden verlesen, auffallend viele Kinder und Jugendliche waren anwesend. Nach den Grußworten von Bundesobmann Gerhard Zeihsel, den Vertriebenensprechern, der Festrede von Frau Dr. Barki, den Gesängen des Leopoldauer Musikvereins und der Kärntner Singgemeinschaft in Wien endete die Gedenkstunde. – Vorankündigung zu Pfingsten: 61. Sudetendeutscher Tag, 22./23. Mai in Augsburg, Festabzeichen zu Euro 10,- sind bei der „Bruna“ Wien erhältlich. Auch Nicht-Teilnehmer werden aus Solidaritätsgründen gebeten, ein Abzeichen zu erstehen, da sonst die Gesamtkosten dem Bundesverband allein überlassen bleiben. – Wir wünschen Ihnen schöne, frühlingshafte Ostern und würden uns freuen, Sie bei unserem nächsten Heimatnachmittag am Samstag, 17. April, begrüßen zu dürfen.

Ulrike & Christiane Tumberger

heit und Jugend in der Heimat verbringen. Die große Zäsur in seinem Leben erlebte er im Alter von siebzehn Jahren, als er zur Wehrmacht einrücken mußte. Die Kriegserlebnisse, die anschließende zweijährige Zwangsarbeit in einem tschechischen Bergwerk und vor allem die Vertreibung aus der geliebten Heimat haben ihn persönlich schwer getroffen und geprägt. Nach Beendigung der tschechischen Kriegsgefangenschaft durfte er nicht mehr nach Hillersdorf zurück, sondern wurde nach Wien ausgewiesen, wo er wieder auf seine Familie traf. Die folgenden Jahre waren sehr hart und voller Entbehrungen. Zunächst fand er für einige Jahre Arbeit in einem Sägewerk in Mödling; in dieser Zeit lebte er gemeinsam mit seinen Eltern und den drei Geschwistern in einer sehr kleinen Wohnung in Wien-Währing. Im Jahre 1950 verstarb sein Vater – Vorschau: Samstag, 5. Juni, 18 Uhr, Gasthaus Blie: Heimatabend. Gestaltung: Lm. Dr. Janiczek. – Weiters ist in nächster Zeit ein Ausflug nach Retz (Führung durch das Stadtmuseum mit Sammlung Südmähren, Dr. Bornemann) geplant. Der Zeitpunkt wird noch gesondert bekanntgegeben („Sudetendpost“, „NÖN“ Horn sowie Aussendung).



OBERÖSTERREICH

Böhmerwaldbund Oberösterreich

Die Verbandsleitung des Böhmerwaldbundes Oberösterreich gratuliert zu den Geburtstagen im Monat April: Josef Sengschmid, 91 Jahre am 20. 4.; Karl Witschko, 89 Jahre am 8. 4.; Rita Meffert, 88 Jahre am 1. 4.; Johann Quatember, 86 Jahre am 4. 4.; Gerta Sadilek, 86 Jahre am 17. 4.; Rudolf Wagner, 82 Jahre am 4. 4.; Karl Grimm, 80 Jahre am 8. 4.; Herbert Klier, 78 Jahre am 24. 4.; Valerie Schwabegger, 77 Jahre am 26. 4.; Anton Süß, 72 Jahre am 25. 4.; Anna Grimm, 71 Jahre am 23. 4.; Erika Wagner, 70 Jahre am 25. 4.

Freistadt

Im Monat April feiern folgende Landsleute der Bezirksgruppe Freistadt Geburtstag: Am 2. 4. Maria Vejvar, Trimmelkam, am 11. 4. Dr. med. Walter Vejvar, am 11. 4. DI. Erich Vejvar, am 14. 4. Wolfgang Kühhaas, am 20. 4. Renate Geisbüch, am 20. 4. Josef Kriegl, am 26. 4. Ing. Fritz Köppl, am 28. 4. Elfriede Jobst. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Erich Maurer

Verband der Südmäher in Oberösterreich

Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat April geborenen Landsleuten alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesondere aber zum: 90. Geburtstag am 2. 4. Maria Gerschitzka aus Pausram, 75. Geburtstag am 19. 4. Maria Liebetegger aus Gurdau bei Auspitz, 73. Geburtstag am 26. 4. Herta Kopetzky aus Amstetten, 63. Geburtstag am 17. 4. Eva Schwarz aus Linz. Nohel

Enns-Neugablonz – Steyr

Bitte vormerken: Unser nächster Monats-Treff ist am 8. April – wie immer im Café Hoyer. – Folgende Mitglieder unserer Landsmannschaft haben im Monat April ihren Geburtstag: 3. 4. Anna Danzinger, 5. 4. Franz Wurdinger, 8. 4. Erich Langer, 9. 4. Wolfgang Weyer, 28. 4. Heinz Brditschka (ein Achtziger). Viel Glück, alles Gute und vor allem beste Gesundheit. Ch.N.

Vöcklabruck

Liebe Landsleute! Unsere nächste Zusammenkunft ist am Sonntag, 11. April, wie immer um 15 Uhr, im Regauer Hof. Ich hoffe, möglichst alle Mitglieder können diesen Termin wahrnehmen. Johanna Cavagno

Wels

Liebe Landsleute! Auch uns verschont der Fehlerteufel nicht, so daß in der März-Ausgabe ein besonders zu würdigender Geburtstag verlorengegangen ist. Deshalb heute diese Gratulation an erster Stelle: Frau Maria Krampfer, geb. am 13. März 1911, gelten unsere besten Grüße und Wünsche in Anbetracht Ihres gesegneten Alters. – Allen anderen April-Geborenen unsere herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstag. Den nachstehenden Jubilaren gratulieren wir herzlich und wünschen Ihnen Glück und Segen, sowie beste Gesundheit im neuen Lebensjahr: Herrn Andreas Follner, geb. 1. 4. 1921; Herrn Adolf Dantlinger, geb. 8. 4. 1938; Herrn Martin Schwanzer, geb. 8. 4. 1927; Frau Brigitte Kübeck, geb. 18. 4. 1938; Herrn Marcel Ecker, geb. 25. 4. 1936. – Die Einladung zur

Jahres-Hauptversammlung der Bezirksgruppe Wels ging Ihnen bereits gesondert zu (ursprünglich für den 11. April vorgesehen). Dieses Datum mußte korrigiert werden auf **Sonntag, dem 25. April, 9,00 Uhr**, bei gleichen Programm-Punkten. Dies haben wir Ihnen ebenfalls in einer Sondermitteilung per Post bekanntgegeben und bitten um Ihre zahlreiche Teilnahme. – Bitte notieren Sie, daß als nächste Veranstaltung der Sudetendeutsche Tag in Augsburg am 22./23. Mai (Pfingsten) ansteht. Ausführliche Hinweise finden Sie in der „Sudetendpost“. Über eine Busfahrt am Sonntag, dem 23. Mai der Landesgruppe Oberösterreich werden wir ebenfalls rechtzeitig und ausführlich informieren. St. Schwarz



STEIERMARK

Landesgruppe Steiermark



Am 20. März fand im Gasthaus „Lendplatz“ in Graz die Jahreshauptversammlung mit Neuwahl der Landesgruppe Steiermark der SL statt. Obmannst. Dr. Helge Schwab konnte neben den Delegierten und den Vorstandsmitgliedern die Herren DI. Florian Neller von den Donauschwabern, Univ.-Prof. Dr. Reinhold Reimann mit Gattin von Alpenländischen Kulturverband Südmark und DI. Bernhard Gübitz, den Landesobmann der Kärntner SL, begrüßen. Außerdem den Vortragenden Mag. Reinhard Reimann, der ein hervorragendes Referat über die Lage der deutschen Minderheiten in den Epigonenstaaten der Habsburger-Monarchie hielt. Der Rechenschaftsbericht des Landesobmann Univ.-Prof. Dr. Ing. Adalbert Koberg zeichnete ein deutliches Bild der nicht unerheblichen Leistungen der Landesgruppe im Berichtsjahr. Einen besonderen Applaus erhielt unser Obmann für die hohe Auszeichnung, die ihm im Rahmen des Märzgedenkens 2010 vom Bundesobmann überreicht wurde. Der Kassabericht des Jahres 2009 wurde einstimmig genehmigt, und die versammelten Delegierten zeichneten den verdienten scheidenden Kassier der Landesgruppe, Ing. Robert Rottleuthner, mit der Zuerkennung der Ehrenmitgliedschaft aus. Auch die Wahlen unter der Leitung von DI. Bernhard Gübitz bewiesen durch ihre Einstimmigkeit ein hohes Vertrauen in das Leitungsgremium. Der Vorstand setzt sich nun folgendermaßen zusammen: Landesobmann: Univ.-Prof. DI. Dr. Adalbert Koberg, Stellvertreter: OStR. Dr. Helge Schwab, Stellvertreter: Heinz Lausecker, DI. Ernst Siegmund, Schriftführer: Eleonore Wechselberger, Stellvertreterin: Anni Pachernigg, Kassier: DI. Heinrich Berger, Stellvertreter: DI. Peter Kröpl, Rechnungsprüfer: SR DI. Peter Scherer, Dr. Gottl.-Ottlilienfeld. Unsere Jahreshauptversammlung schloß mit einem gemeinsamen Mittagessen und vielen anregenden Gesprächen. – Auf dem Bild sieht man (von links): Mag. Reimann, Dr. Schwab, DI. Gübitz, Prof. Koberg, DI. Scherer, Frau Mag. Reimann, Prof. Reimann, DI. Neller, DI. Berger, Ing. Rottleuthner, Frau Mühlböck.



TIROL

Landesverband Tirol

Zum Treffen am 11. März waren siebzehn Mitglieder gekommen. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende Dr. Christine Michelfeit und einer Schweigeminute für das verstorbene Mitglied Frau Angela Weber war der offizielle Teil dieses Tages dem Märzgedenken, den Ermordeten vom 4. 3. 1919, gewidmet. Aus ihrer Dissertation „Die Vertreibung der Sudetendeutschen im Spiegel der Literatur“ las Frau Michelfeit jene Passagen vor, die 1919 zur Besetzung des Sudetenlandes durch das tschechische Militär und in der Folge zu dem gräßlichen ersten Massaker am 4. März geführt haben, das auch nach 91 Jahren nicht vergessen ist und nicht vergessen werden darf. Da aus dem Kreis sofort Interesse an der hier vorgestellten Dissertation von Frau Dr. Michelfeit bekundet wurde, versprach die Vorsitzende, ein Leseexemplar anfertigen zu lassen, das in den Besitz der Landsmannschaft Tirol übergeht und dann von allen Mitgliedern auf Wunsch gelesen werden kann. – Frau Waltraut Feichtinger wurde als neues Mitglied begrüßt. Sie stellte anschließend ihren Lebensweg seit 1946, quasi auf der Flucht geboren, vor und verwies auf die Wurzeln ihrer Familie in Brünn und Umgebung. – Das pommerische Kuckucksei im Sudetendeutschen Nest, Dietlinde Bonnländer, beschrieb auf Bitten der Vorsitzenden den Flücht-

weg ihrer Familie von Hinterpommern nach Schleswig-Holstein, der sich in diesen Märztagen ja auch zum 65. Mal jährte. Sie dankte dem versammelten Kreis für die herzliche Aufnahme in der Sudetendeutschen Landsmannschaft Tirol vor mehr als fünf Jahren. – Zum 85. Geburtstag am 10. 3. gratulieren wir Herrn Paul Unterlechner, Frau Maria Steiner zum 86. am 22. 3., und zum 89. Herrn Kurt Wagner, auch am 22. 3. Ein im Jänner versäumter Glückwunsch wurde mit der Bitte um Entschuldigung nachgeholt: Frau Hela Förster vollendete am 12. Jänner ihr 85. Lebensjahr. – Behaglich, in angeregter Unterhaltung, klang das Beisammensein um zirka 17 Uhr aus, nachdem noch auf unser nächstes Treffen am 8. April hingewiesen worden war. Dietlinde Bonnländer



SALZBURG

Eghalanda Gmoi z/Salzburg

Am Samstag, 6. März, wurde im Rahmen des Gmoi-Nachmittags die Hauptversammlung mit Neuwahlen durchgeführt. 21 Personen waren anwesend, und da der jahrzehntelange Vuarsteher Josef Zuleger zücktrat, wurde der neue bzw. die neue Vuarsteher in geheimer Wahl einstimmig gewählt. Sie heißt Frau Christine Zuleger und war schon einige Jahre die Stellvertreterin des Vuarstehers. Der Schriftführer, Herr Herbert Ott, legte sein Amt aus Altersgründen auch nieder, und diese Aufgabe übernahm auch Frau Christine Zuleger. Der Kassensprüfungsbericht wurde auch verlesen, und Frau Emmi Wittmann wurde eine sehr gute Kassensführung bestätigt. Sie wurde einstimmig entlastet und gebeten, auch weiterhin diese Aufgabe zu übernehmen. – Außerdem wurde in einer kleinen Feier der Opfer des 4. März 1919 gedacht, sowie der neunzigste Geburtstag des SL-Obmannes Herbert Mai gefeiert. – Wir freuen uns schon sehr auf den nächsten Gmoi-Nachmittag, es kommt der Osterhase und wir feiern den 100. Geburtstag von Herrn Franz Peller, Mitglied der Gmoi z/Salzburg und Gründungsmitglied der SL Hallein. – Gmoi-Nachmittage dieses Jahres im Vereins- und Schulungshaus Lainerhof, Gneiserstraße 14, 5020 Salzburg, Beginn jeweils um 14.30 Uhr: 1. Mai – Muttertagfeier (Saal), 5. Juni, 3. Juli, 7. August, 4. September, 9. Oktober – Kirwa (Saal), 6. November, 4. Dezember – Weihnachtsfeier (Saal). – Machen Sie für Fahrten oder Ausflüge bitte Vorschläge. Christine Zuleger

DEUTSCHLAND

„Bruna“ Deutschland

Die „Bruna“ Deutschland feiert heuer das 60. Bestandsjubiläum. Sie wurde am 27. Mai 1950 in Schwäbisch Gmünd als Bundesverband gegründet. Zeitversetzt werden wir daran in einer Feierstunde am 24. Oktober erinnern. Moravia Cantat hat die Mitwirkung zugesagt. – Fünf Jahre waren seit der grausamen Vertreibung der Deutschen von Brünn vergangen. Die Liebe zur Heimatstadt und das Bekenntnis zu ihr waren aber ungebrochen. Auch das Heimweh beherrschte damals die Landsleute, wie viele auch heute noch nach über 60 Jahren. Die Brünnler wollten wieder in Gemeinschaft beisammen sein. Viele von ihnen waren mit den übrigen Landsleuten in der Sudetendeutschen Landsmannschaft tätig. Darüber hinaus wollten sie die Überlieferung der besonderen gesellschaftlichen und strukturellen Eigenart des Brünnler Deutschtums gewährleisten. Landsleute waren in einzelnen Landesverbänden und sonstigen landsmannschaftlichen Gruppierungen zusammengefaßt. Es kam aber der Wunsch nach einem gemeinsamen Heimatverband auf, der alle Brünnler vereinen sollte. Der Wunsch wurde in die Tat umgesetzt: Die „Bruna“ wurde gegründet. Manche dachten damals noch an eine Rückkehr in die Heimat. Die Realisten aber richteten sich darauf ein, daß die Aufnahmeländer die neue Heimat bleiben würden. Beide Möglichkeiten wurden damals noch in die Überlegungen einbezogen. Es war das absolute Verdienst der Vereinigungen der deutschen Heimatvertriebenen, daß sich die Landsleute in ihnen heimisch und zu Hause fühlen konnten. Das hat den Vertriebenen in schwerer Zeit inneren Halt und Kraft gegeben, die ausgewogelt erscheinende Lage zu meistern und zu bestehen. Aus ihren Organisationen heraus fanden sie den Mut für einen neuen Anfang. Der Wert der Organisationen der Heimatvertriebenen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, ihre Leistung und ihre Verdienste ragen weit über die damaligen Verhältnisse bis in unsere heutige Zeit herein. So gesehen schulden wir auch den Gründungsvätern der „Bruna“ Dank und Anerkennung. – Am 30. Juli 1953 übernahm die Stadt Schwäbisch Gmünd durch Beschluß des Stadtrates die Patenschaft über den deutschen Teil der Stadt Brünn. Viele Bundestreffen fanden in ihrem Mauern statt. Als uns in der kommunistischen Zeit die Heimat und auch der Brünnler Dom verschlossen waren, wurde uns das Heilig-Kreuz-Münster in

Arbeitskreis Südmähren

Am Sonntag, 11. April findet das 17. Toni-Schicho-Gedächtnis-Bowlingturnier beim Engelmann, Wien 17., Syringgasse / Beheimgasse, statt. Beginn um 14 Uhr (Treffpunkt 13.45 Uhr in der Halle) – keine eigenen Sportschuhe mitnehmen, diese müssen dort geliehen werden. Dazu bitte unbedingt vorher den Leiter des ASÖ, Josef Mord, unter der Telefon- bzw. Fax-Nummer 0 25 22 / 76 38 kontaktieren – es könnten eventuell Schwierigkeiten mit dem Hallentermin auftreten, die zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser „SP“-Nummer noch nicht bekannt waren. Man kann ja nie wissen, was da so passieren kann. Normalerweise geht der Termin 11. April in Ordnung, bis jetzt haben wir nichts Nachtteiliges gehört (aber wir sind Kummer gewöhnt). – Sonntag, 2. Mai: Südmährerwallfahrt nach Maria Dreieichen. Ab Wien wird ein Bus geführt, Anmeldungen bei der Landmannschaft „Thaya“, jeden Donnerstag von 9 bis 12 Uhr, Tel: (01) 812 39 53. – 14. bis 16. Mai: Frühlingfahrt des Arbeitskreises nach Prag, Karlstein usw. Abfahrt ist um 6 Uhr beim Wiener Rathaus am Friedrich-Schmidt-Platz. Gültiger Reisepaß erforderlich. Der Bus ist ausgebelegt, aber es könnten Rücktritte von der Fahrt erfolgen. Dringende Anfragen an Lm. Mord, 2136 Laa/Thaya, Hauptstraße 51, Tel. / Fax: 0 25 22 / 76 38. – Nächste Heimstunde: Dienstag, 4. Mai, ab 19 Uhr, im „Haus der Heimat“ in Wien 3.



NIEDERÖSTERREICH

Sankt Pölten



Obmann RR. Schaden konnte am 19. März 31 Mitglieder und zehn Ehrengäste (Rektor DDr. R. Knittel, Pfarrer Mag. F. Kraus, Stadtrat Mag. H. Rankl, Gemeinderat G. Kern, LAbg. Königsberger, Vertreter des SLO-Bundesverbandes H. Rogelböck, Vertreter LO NÖ I. Valicek, Hessenbund K. Zuzak, Stadthistoriker Mag. Th. Lösch, Klaus Seidler (Film) zur diesjährigen Hauptversammlung begrüßen. Franz Schaden gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeiten der Ortsgruppe Sankt Pölten, die heuer das zwanzigjährige Bestandsjubiläum feiern konnte. Ebenfalls vorgestellt wurde die Tätigkeit der Klöppelgruppe durch Frau Schaden anlässlich des fünfzehnjährigen Bestandes. – Hubert Rogelböck übergab ein Bild vom Sudetenland an RR. Schaden zur Ausstellung in der Heimatstube im Herrenhof. – Das nächste Monatstreffen findet am 16. April um 14.30 Uhr im Gasthaus Graf am Bahnhofplatz statt. Der Vorstand ersucht wieder um zahlreiche Teilnahme. – Bild: Besuch der Ehrengäste (v. l.): Rogelböck, Ranftl, Schaden, Kern, Königsberger, Valicek, Lösch, Pfarrer Mag. Kraus. Franz Wallner

Bezirksgruppe Horn

Karl Stefanitsch verstorben. Am 2. Februar dieses Jahres verstarb Lm. Karl Stefanitsch nach langer, schwerer Krankheit, jedoch für uns alle plötzlich und unerwartet. Karl Stefanitsch wurde am 3. November 1926 als viertes Kind der Sägewerksbesitzer Karl und Emma Stefanitsch in Hillersdorf / Goldoppal (Österreichisch-Schlesien) geboren. Er durfte im Kreise seiner Familie eine sehr schöne Kind-

Schwäbisch Gmünd zum Dom in der Verbreitung. In ihm entstand eine Weihestätte mit einer Nachbildung des Gnadenbildes der Schwarzen Muttergottes von Altbrunn. Nach der politischen Wende weilte der Brünner Bischof einige Male in der Patenstadt und feierte mit uns im Münster die Messe. – Die Arbeit der „Bruna“ zeigte sich auch im Stadtbild. So wurde ein Johann-Gregor-Mendel Denkmal erstellt, eine Nachbildung des Marterls, wie es einst in Brunn stand, ein Brünner Brunnen mit einer Nachbildung der Kaplan-Turbine, eine Gedenktafel über die Übernahme der Patenschaft. Das Brünner Heimatmuseum erfährt gegenwärtig eine Neugestaltung. Das Archiv mit einer Sammlung von Materialien über Brunn und vielen Büchern und Dokumenten wurde in die Betreuung des städtischen Archivs gegeben. Viele Publikationen wurden in den letzten Jahrzehnten von der „Bruna“ über das Deutsche Brunn herausgegeben. Darunter auch eine Dokumentation über den Brünner Todesmarsch von 1945. Nicht unerwähnt darf der „Brünner Heimatbote“ bleiben, der nun schon im 62. Jahr erscheint. – Unserem nach der Verbreitung in Wolkersdorf in Niederösterreich lebenden Landsmann Paul Lochmann, der heute leider nicht mehr unter uns ist, gelang es, in der St.-Jakobs-Kirche in Brunn eine Gedenkstätte an die Verbreitung zu errichten, wie auch ein Mahnmal am Endpunkt des Brünner Todesmarsches in Pohrlitz in Südmähren. Ein weiteres Mahnmal wurde im Klostergarten von Altbrunn erstellt. Dies alles danken wir den Initiativen von Paul Lochmann. In Österreich, wo auch eine eigene selbständige Organisation unter dem Namen „Bruna“ besteht, wurde in der Deutsch-Ordenskirche in Wien eine Gedenkstätte errichtet. Ein Brünner Marterl steht in Wolkersdorf in Niederösterreich. In Niederösterreich gibt es zahlreiche Gedenkstätten auf Friedhöfen mit Gräbern von Opfern des Brünner Todesmarsches, die vom Österreichischen Schwarzen Kreuz betreut werden. – Eine enge Zusammenarbeit und gutes Einvernehmen bestehen mit der Vereinigung der Brünner Deutschen Sprachinseln, die das Andenken an die früheren deutschen Dörfer im Süden Brünns aufrechterhält. – Wir denken an die vielen Bundes- und Landestreffen, die die „Bruna“ abhielt. Nach der politischen Wende mit Landsleuten aus Brunn, mit tschechischen Gästen, mit Teilnahme von Vertretern der Stadtverwaltung und des Primators. Mit dem Bischof von Brunn und Prälat Horky. Zu erwähnen ist der „Bruna“-Reisedienst, der unsere Landsleute in viele Länder Europas führte und den europäischen Gedanken pflegte. – 1950 wurde der damalige Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Baden, Edmund Nowotny, zum ersten Vorsitzenden der „Bruna“ gewählt, Ernst Fuchs wurde dann bis 1991 sein Nachfolger, und seit dem 26. Oktober 1991 ist Karl Walter Ziegler Bundesvorsitzender der „Bruna“. – Heute sind nach der politischen Wende wieder Kontakte mit Brunn möglich. Es gibt in Brunn einen Deutschen Sprach- und Kulturverein (DSKV), ein Zusammenschluß heute noch in Brunn lebender Deutscher, der mit der „Bruna“ zusammenarbeitet. Es gibt Kontakte mit der Stadtverwaltung und mit der Diözese Brunn. Die „Bruna“ bemüht sich um Zusammenarbeit aller heute in Brunn Lebender. Gute Erfolge konnte sie dabei erzielen. Für die „Bruna“ gilt, das Andenken an das deutsche Brunn aufrechtzuerhalten, der Nachwelt die Leistung der Deutschen für diese Stadt zu vermitteln, und dies vor allem auch den heute dort Ansässigen zu verdeutlichen. Vor allem die tschechische Jugend weiß darüber viel zu wenig. Ein weites Arbeitsfeld liegt also immer noch vor uns. Für die „Bruna“ gilt es alle Kräfte zusammenzufassen und diesem Ziel unterzuordnen, eingedenk unseres alten Wahlspruchs „Brin ist hin!“ – An dies alles denken wir, wenn wir uns den 27. Mai 1950 in der Erinnerung zurückrufen.
Karl Walter Ziegler

Maria, D-42853 Remscheid. – 30 Euro: Blaich Adelheid, Erich-Schumann-Stift. – 25 Euro: Schulreich Johanna, geb. Merighi, D-71332 Waiblingen. Nikolsburg dankt recht herzlich! – **Geburtstage:** 91 Jahre am 5. 4. Kolb Ida (Schad). 90 Jahre am 4. 4. Linska Katharina (Frühwirt), am 25. 4. Habel Helmut. 88 Jahre am 18. 4. Stumvoll Hans, am 23. 4. Schwarzenbrunner Anton. 86 Jahre am 16. 4. Hasieber Franz. 85 Jahre am 11. 4. Hecht Karl. 84 Jahre am 17. 4. Hecht Gisela (Grewé). 83 Jahre am 14. 4. Gebel Barbara (Bauer), am 19. 4. Spulak Aloisia (Wagner), am 23. 4. Hofmann Edeltraud. 82 Jahre am 2. 4. Nepp Rosa (Kacher). 81 Jahre am 12. 4. Mischa Ernst. 80 Jahre am 25. 4. Kobsa Erich. 79 Jahre am 4. 4. Meisel Brunhilde (Grojer), am 11. 4. Ullrich Gerhard. 78 Jahre am 20. 4. Zapfl Ilse (Heckl). 76 Jahre am 3. 4. Cesal Maria (Balsky), am 8. 4. König Franz. 75 Jahre am 8. 4. Schmid Karl Heinz, am 21. 4. Ronellenfitch Gerlinde (Schupa). 74 Jahre am 10. 4. Ginzl Herbert, am 17. 4. Hebsacker Friedrich, am 23. 4. Schmid Gertrud (Neker). 72 Jahre am 10. 4. Topolansky Adolfin (Bogner), am 14. 4. Kroemer Theresia (Rieder), am 22. 4. Wagner Martin, am 27. 4. Szoboda Sieglinde (Seifert). 71 Jahre am 3. 4. Spozierer Friedrich. 70 Jahre am 6. 4. Braunschmidt Helmut. 66 Jahre am 4. 4. Raab Reinhard, am 6. 4. Kinder Hiltraud. 63 Jahre am 19. 4. Eder Hildegard (Kinder). K.N.

Bad Nauheim



Bildstöckel im Schönhengstgau renoviert. – Begegnungsnachmittag des BdV-Ortsverbandes – Gedenken an die Ereignisse am 4. März 1919. – Norbert Quaiser nahm in seiner Begrüßungsansprache beim letzten Begegnungsnachmittag des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Bad Nauheim zum Verzicht von Erika Steinbach auf einen Sitz im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ Stellung. Er ist davon überzeugt, daß der erzielte Kompromiß die Position der Vertriebenen-Vertretung in der Gedenkstätte stärkt. Der Vorsitzende des Seniorenbereichs, Helmut Münch, sowie zwei neue Mitglieder des Ortsverbandes wurden mit Applaus begrüßt. – An die Ereignisse am 4. März 1919 im Sudetenland erinnerten Bruno E. Ulbrich und Irmgard Eckl. In vielen Städten, so Ulbrich, sei es damals zu Demonstrationen für das „Selbstbestimmungsrecht“ der Deutschen gekommen. Die tschechische Regierung habe diesen Protest mit Gewalt unterdrückt, 54 Menschen hätten ihr Leben verloren. – Die Sudetendeutsche Elisabeth Führer berichtete über die Renovierung eines Bildstöckels in ihrem Heimatort Schönwald-Lichtenstein im Schönhengstgau. Das Geld dafür hatte sie unter den früheren Bewohnern von Schönwald-Lichtenstein gesammelt. Die Arbeiten hatte sie

im Bild festgehalten. Die Referentin vergaß nicht zu erwähnen, daß es ohne die Unterstützung der jungen tschechischen Bürgermeisterin und einiger Helfer aus dem Ort wohl nicht zur Realisierung des Vorhabens gekommen wäre. – Redebeiträge und Singen von heimatlichen Liedern wechselten danach in bunter Folge ab. Helmut Körner gab einen aus eigener Feder stammenden „Empfehlungsbrief“ an seine Enkelin zum Besten. Auch beim Vortrag von Erwin Gröger stand ein Enkel im Mittelpunkt: Alles wolle dieser von seinem Großvater aus der Heimat erzählt haben. Gerhard Christoph forderte in seinem Referat „Wir müssen unsere Bodenhaltung und Identität erhalten“ dazu auf, nicht nachzulassen, die heimatlichen Traditionen und das Kulturgut zu wahren. Er kündigte an, beim nächsten Begegnungsnachmittag die Gäste raten zu lassen, was Ausdrücke in schlesischer Mundart bedeuten. – Musikalische Beiträge lieferten im Verlauf des Begegnungsnachmittags Bassist Otmar Ruß und Pianistin Karin Hübner mit Werken aus klassischer und volkstümlicher Musik. – Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich bis zum nächsten Begegnungsnachmittag am 6. April. – Das Grobauer-Bild zeigt: „Zwei Reichenberger“ – Bruno E. Ulbrich (links) Norbert Quaiser.

AUS DER ALTEN HEIMAT

Nordmähren – Adlergebirge

Wer noch meinen Jahresbericht 2008 in Erinnerung hat, weiß Bescheid, mit welchen Problemen unser BGZ und VdD belastet war, wohl eher im privaten Bereich, die sich im Jahr 2009 nicht wiederholten – anders aber im dienstlichen Bereich, und da muß unterschieden werden zwischen dem VdD und BGZ. Der VdD kann auf ein erfolgreiches Jahr 2009 zurückblicken, unsere Mitglieder treffen sich regelmäßig in den sieben VdD-Ortsgruppen und der Mitgliederstand blieb stabil, es konnten sogar einige Neuanmeldungen verzeichnet werden. Ein Bildungsseminar mit VdD-Vorstandstagung und Neuwahlen des Regionalvorstandes gaben die Voraussetzung für weitere Jahre guter Zusammenarbeit, aktiven Verbandslebens und Betreuung unserer Senior(innen). Im Vordergrund stehen aber auch die Jugendaktivitäten, und eine kulturelle Förderung der Deutschen Botschaft ermöglichte uns wieder, wie Jahre zuvor, viermal im Jahr unsere Kinder zu Wochenendsprachkursen zusammenzuholen. Aber wenn es auch an Geld nicht fehlte, so

muß diese Sprachkurse doch jemand organisieren, und ohne persönlichen Einsatz von Frau Erika Vosahlova würde uns auch das Geld nichts nützen. Wie schon oben erwähnt, ist zu unterscheiden zwischen dem BGZ als solchem und dem VdD, und eben dem BGZ drohte im Jahr 2009 ein Chaos. Der Hausbesitzer, das heißt die Stadt Mährisch Schönberg, entschloß sich, die historischen Kellerräumlichkeiten zu sanieren und in diesen eine Dauerausstellung der mittelalterlichen Hexenprozesse einzurichten. Durch die Sanierung der Kellerräume wurde aber auch das Erdgeschoß berührt, und das BGZ-Büro mußte ins Stockwerk verlegt werden. Kaum fertig damit und nachdem unser Bibliothekar verstorben war, kam das nächste Problem, wie geht es weiter mit der Bibliothek, für die nun ein geeigneter Raum fehlte. Da die Bibliothek im BGZ unzureichend genutzt wurde, aber große Nachfrage an deutscher Literatur in der städtischen Bibliothek vorhanden ist, wurde vereinbart, in der städtischen Bibliothek eine deutsche Sektion einzurichten. Fast fünftausend Bücher mußten in hundert Kartons verpackt werden, um diese in die städtische Bibliothek zu transportieren. Aber auch im BGZ mußte ein anderer Raum eingerichtet werden für einen Teil der Bücher und spezielle Literatur für den Bedarf im BGZ. Es kam noch ein Problem dazu, was soll mit dem verrosteten BGZ-Dienstfahrzeug, unserem VW-Bus geschehen? Es wurde versucht, das Fahrzeug zu verkaufen, aber ohne Erfolg. Eine VW-Vertragswerkstatt schätzte die Reparatur auf zirka 150.000 Kronen, also aussichtslos. Alles kam dann anders, der Inhaber einer kleineren Autoverwerkstatt in einem Hinterhof machte eine Generalreparatur zu einem vernünftigen Preis, und das BGZ hat wieder ein funktionstüchtiges Fahrzeug. Nachdem die Probleme gelöst wurden, kann es im Jahr 2010 nur noch besser werden. Walter Sitte

Redaktionsschluß der „Sudetenpost“

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, 12.00 Uhr, sieben Tage vor dem Erscheinungstermin.

Folge 5	6. Mai	Red.-Schl.	29. April
Folge 6	2. Juni	Red.-Schl.	27. Mai
Folge 7	8. Juli	Red.-Schl.	1. Juli
Folge 8	5. August	Red.-Schl.	29. Juli
Folge 9	9. September	Red.-Schl.	2. September
Folge 10	7. Oktober	Red.-Schl.	30. September
Folge 11	4. November	Red.-Schl.	28. Oktober
Folge 12	9. Dezember	Red.-Schl.	2. Dezember

Die Stimme der Jugend

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25 • Telefon und Fax: 01 / 718 59 13
Internet: www.edjoe.at E-mails: office@edjoe.at

Bundesverband

In knapp sechs Wochen wird der 61. Sudetendeutschen Tag in Augsburg begangen. Es ist das größte Treffen unserer Volksgruppe und wir stehen im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Zeigen wir – alle Landsleute und Freunde jeder Generation – aller Welt unsere Geschlossen- und Entschlossenheit durch eine große Teilnehmerzahl. Da sollte auch Österreich sehr stark vertreten sein. – Am Sommerlager in Oberösterreich, im Böhmerwald, sind noch etliche Plätze zu vergeben, denn auch heuer sollte es wieder ein volles Lager geben. Aus einigen Bundesländern liegen noch keine Teilnehmermeldungen vor, aber noch haben wir ein wenig Zeit. Wir bitten um rasche Anmeldungen – es können auch die Freunde der Kinder teilnehmen. – Pfingsten: Sudetendeutscher Tag 2010 in Augsburg – mit Kulturprogramm, Unterhaltung und so weiter – dazu werden Teilnehmer aus ganz Österreich erwartet. Meldet Euch bei uns an. – Sonntag, 30. Mai: Sportwettkämpfe in Traun bei Linz in Oberösterreich für jedermann. – 10. bis 17. Juli: Sommerlager 2010 für Kinder und junge Leute im Alter von zirka sechs bis 15 Jahren aus ganz Österreich in Aigen-Schlägl in OÖ., unter Beteiligung von sudetendeutschen Kindern aus Mähren, karpato-slowakischen Kindern aus der Slowakei sowie

siebenbürgischen Kindern aus Rumänien. Damit sind wir international.

Landesgruppe Wien, NÖ u. Bgld.

Zusammenkünfte sind jeweils am Mittwoch ab 17.30 Uhr im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25 / Hoftrakt / 2. OG. – Sonntag, 2. Mai: Südmährer-Wallfahrt nach Maria Dreieichen. – Muttertags- und Vatertagsfahrt am Donnerstag, 13. Mai (Feiertag): Diese Fahrt ist fast ausgebucht und es gibt nur mehr wenige Restplätze (Stand: Redaktionsschluß der „SP“ 1. April). Bitte sofort bei Rogelböck (von 17 bis 19 Uhr), Tel. / Fax (01) 888 63 97, anfragen, ob es noch eine Mitfahrmöglichkeit gibt. – Wer zu den Leichtathletik-Wettkämpfen in Traun am 30. Mai, die für ganz Österreich ausgeschrieben sind, mitfahren möchte, möge sich bei den Mittwoch-Zusammenkünften bzw. telefonisch anmelden. – Dies gilt auch für eine Teilnahme am Pfingsttreffen der SdJ im Rahmen des Sudetendeutschen Tages in Augsburg – wir laden zum Mitmachen ein. – Für das Sommerlager in OÖ. liegen uns bisher noch nicht viele Teilnehmermeldungen vor – wann wollt Ihr Euch anmelden, die Zeit drängt. Nachmals bitten wir um Werbung für eine Teilnahme bei den Heimatnachmittagen – Danke.

VERANSTALTUNGSKALENDER WIEN U. NIEDERÖSTERREICH AUSSTELLUNGEN

Bis Oktober 2010: Sonderausstellung „Reclame um 1900“, im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum in Klosterneuburg, Schießstattgasse 2, Di. 10 bis 16 Uhr, So. u. Fei. 10 bis 13 Uhr.

APRIL

- 11. April, 14 Uhr: **Toni-Schicho-Gedächtnis-Bowlingturnier** in der Engelmann-Halle in Wien 17., Jörgerstraße 14.
- 18. April, 15 Uhr: **Treffen des Böhmerwaldbundes** Wien mit Film „Rund um den Kiesleitenberg bei Stadln“, im Restaurant Wienerwald, Wien 12., Schönbrunner Straße 244-246.
- 20. April, 7.30 Uhr: **Frühlingsfahrt** der LM Thaya (Eggenburg, Manhartsborg) Kontakt: Fr. Kerschbaum, 01/31 80 117.
- 24. bis 25. April: **Frühlingsfahrt** des ASÖ (Böhmerwald, Krummau, Frauenberg) von Laa an der Thaya. Kontakt: J. Mord.
- 29. April: **Frühlingsfahrt** der Heimatgruppe Kuhländchen nach Feldsberg und Eisgrub. Kontakt: Fr. Mag. Walleczek, 01 / 887 16 48.

VORSCHAU

- 2. Mai: **Südmährer-Wallfahrt** nach Maria Dreieichen.
- 13. Mai, 8.30 Uhr: **Muttertagsfahrt** der SdJÖ. Kontakt: Hr. Rogelböck, 01/718 59 13.
- 14. bis 16. Mai: **Frühlingskulturfahrt** des ASÖ nach Prag. Kontakt: J. Mord, 0 25 22 / 76 38.
- 22. bis 23. Mai: **Sudetendeutscher Tag** in Augsburg.
- 30. Mai, 9 Uhr: **Gedenktafel-Enthüllung** Sammellager Melk, feierliche Feldmesse und Einweihung der Gedenktafel für die Abgeschobenen, Birokaserne Melk, Prinzstraße 22.

Nikolsburg – Geislingen

Spenden für Nikolsburg: 50 Euro: Rieder Ilse, D-97070 Würzburg, Nedoschil Rudolf und

Sudetenpost

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592. – www.sudetenpost.com

Obmann: **DDR: Alfred Oberwandling**, Geschäftsführer: **Ing. Peter Ludwig**, Alle in 4040 Linz, Kreuzstr. 7. **Druck:** LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstr. 29. Die Zeitung erscheint ab 2010 einmal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 28,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 34,00, Einzelpreis: € 1,65, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nummer 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:

Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

BESTELLSCHHEIN FÜR DIE „Sudetenpost“

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an: „Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint ab 2010 einmal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 28,00, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 34,00. – Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Vormundschaft

Zum Kompromiß über die Besetzung des Stiftungsrates der deutschen Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“:

Als Ergebnis bleibt festzuhalten: Die Vertriebenen bleiben unter Vormundschaft. Man verweigert ihnen Selbstverständliches, nämlich das von politischen Vorgaben freie, unverfälschte Gedenken an Millionen Tote und Entrechtete, was bei anderen Opfergruppen unumstritten ist. Der Bundestag bestimmt, wen der BdV in den Stiftungsrat entsenden darf.

Die Stiftung selbst bleibt als unselbständige Stiftung unter dem Dach des DHMG, dessen Präsident nach dem Gesetz ein Vetorecht gegen Entscheidungen des Stiftungsrats hat. Ein ausschließlich aus Politikern besetztes Kuratorium überwacht seinerseits den Präsidenten. Durch diese Konstellation bleibt sichergestellt, daß außenpolitische Rücksichtnahmen gewahrt werden und die Unterordnung der historischen Wahrheit unter diesen Leitgedanken zu befürchten ist. Wir kennen dieses Prinzip aus verschiedenen Projekten und in Institutionen, letztlich auch im Schlesischen Museum zu Görlitz. Das Mißtrauen gegenüber den Vertriebenen, schon in der Kulturpflege tragendes Element, greift auch hier. Zugeständnisse an den BdV, mehr Sitze im Stiftungsrat oder die Vergrößerung der Ausstellungsfläche, sind dagegen Marginalien, die im Kern nichts ändern. Die Politik will keinen Opferkult für die Vertriebenen, der an der deutschen Täterrolle kratzt. Entsprechend wird damit zu rechnen sein, daß die Ausstellung viele Leerstellen zeigt, Verbrechen anderer Länder – wie üblich – relativiert oder verschweigt und damit die Geschichte verfälscht. Die Würde unschuldiger Opfer bleibe damit auf der Strecke. Das DHMG hat 2009 mit seiner katastrophalen Ausstellung „Deutsche und Polen“ ein schlimmes Beispiel für Geschichtsklitterung gegeben. Wenn es jetzt Verantwortung für das Dokumentationszentrum übertragen bekommt, fragt man sich, ob nicht der Bock zum Gärtner gemacht wurde?

Nach alledem bleibt als Resümee, daß es einige Zugeständnisse an den BdV gibt, die aber das Dilemma der Vertriebenen nicht beheben. Was nutzt eine vergrößerte Ausstellungsfläche, wenn der Inhalt nicht stimmt? Die Vertriebenen sollten besser keine hohen Erwartungen an das Dokumentationszentrum stellen, die Enttäuschung könnte sonst zu groß sein.

Rudi Pawelka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien

Eigene Partei?

Zum Leserbrief „Warum keine eigene Partei?“ von Herrn Rittler, Wien:

Eine Heimatvertriebenen-Partei damals in Österreich zu gründen, wäre nahezu aussichtslos gewesen, da die Anzahl, die in Österreich verbliebenen Heimatvertriebenen für die Gründung einer Partei zu gering war. In Deutschland wurde „Der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) – in Schleswig-Holstein (Landtagswahl 23,4 Prozent) 1950 und auf Bundesebene (Bundestagswahl 5,9 Prozent) – 1951 gegründet und firmierte seit 1952 mit „Gesamtdeutscher Block“ (GB / BHE). Er war bis 1963 in einigen Landesparlamenten vertreten. Bis 1955 im Bundesparlament, wo allerdings dann die Abgeordneten zur CDU übergetreten sind. (Es war keine Aussicht mehr, die Fünf-Prozent-Klausel bei Wahlen zu erreichen)

Die Aufgabe der Partei war es damals, den Lastenausgleich (für den die Länder zuständig waren) durchzuboxen, was ihr auch gelang.

Da die Heimatvertriebenen mittellos nach Deutschland kamen, mußten sie durch Arbeit ihre Existenz aufbauen. Die Politik hatte ihnen die Misere des Zweiten Weltkrieges gebracht, und so engagierten sich die Arbeitenden stark in den Gewerkschaften und in Gemeinde-, Kreis- und Landesparlamenten, vor allem in der Gewerkschaft-nahen SPD. Aus diesem Grund auch das differenzierte Engagement der Vertriebenen CDU / CSU Lastenausgleich – SPD Arbeit und Existenz.

Die übertriebenen Reden von Politikern auf „Tagen“ und Veranstaltungen waren meiner Meinung nach zur Beeinflussung des „Stimmviehs“, den Vertriebenen, nicht nützlich und vor allem nicht ehrlich gemeint.

Heute, nach fünfundsiebzig Jahren der Vertreibung, wieder eine Vertriebenen-Partei zu gründen, ist eine Illusion, die nicht nur an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern, sondern die noch lebenden Vertriebenen zu den „Ewig-Gestrigten“ stempeln würde.

Für mich gilt es sich der jungen Generation

TRIBÜNE DER MEINUNGEN

zuzuwenden, die nicht vergessen darf, was uns damals geschah, aber den Blick nach vorne dem zukünftigen gemeinsamen Europa zuwenden sollte. Hugo Fritsch, Rettenschöb

Wahrheit

Man schweigt immer wieder... Man schweigt schon lange, viel zu lange. Da spreche ich nicht nur von mir, was soll schon „meine Ungerechtigkeit“ in der heutigen großen Politik? Das Schweigen, Verdrängen von Ungerechtigkeit nach dem Krieg 1945 geht durch alle Schichten der Bevölkerung – von der großen Politik bis zum kleinen Mann (auch Frau). Die Politiker – die Parteien drehen sich alles zurecht, wie es gebraucht wird. „Es paßt nicht in die heutige Zeit / Politik! Das Volk hält den Mund, um nicht gleich in die linke oder rechte Ecke gestellt zu werden (zum Beispiel der „Fall Steinbach“). Die Wahrheit hat es immer schwer und die Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Berichterstatte, Journalisten kriechen ja schon ins Mausloch, wenn von vertriebenen Schlesiern, Sudetendeutschen, Ostpreußen die Rede ist. Dabei finden sie immer einen Haken – oft beleidigend. Wo ist die Meinungsfreiheit? Gibt es diese überhaupt?

Wenige Journalisten haben den Mut, auf die Vertriebenen nach 1945, die nach 1945 in ehemaligen KZs Inhaftierten, einzugehen, über nach 1945 angelegte Massengräber zu sprechen. Fünfundsechzig Jahre fast geht jetzt das Schweigen. Die nächsten Generationen wissen nichts mehr oder glauben, was im Internet steht, nicht, was Eltern oder Großeltern erzählen. Iris Schindler, D-Olsberg

„An allem schuld!“

Zum Leserbrief „Heruntergespielt“ („Sudetenpost“ Nr. 3, Seite 16) von Heinz Vielgrader: Es war keineswegs nur die RAF (Royal Air Force), die die Stadt Dresden im Februar 1945 de facto vernichtet hat. Die dritte Angriffswelle auf einen bereits brennenden und rauchenden Trümmerhaufen wurde von der USAAF (United States Army Air Force, damals noch ein Teil des Heeres, als selbständige Teilstreitkraft USAF erst im Jahre 1947 gegründet) geflogen, die sich eigentlich Präzisionsangriffe auf militärische Ziele zugute hielt. Tatsächlich operierten in Europa die 8. und 15. US-Luftflotte (strategische) und die 9. US-Luftflotte (taktische) von England und Italien aus recht ungeniert gegen zivile Ziele, weil die Definition, was ein militärisches Ziel ist, sehr großzügig ausgelegt wurde.

Natürlich fehlt auch fast nie der Verweis auf die spanische Stadt Guernica, die im spanischen Bürgerkrieg von der deutschen Legion Condor bombardiert wurde. Allerdings wird geflissentlich verschwiegen, daß Guernica tatsächlich ein militärisches Ziel war und an dem Angriff nicht mehr als etwa zwanzig Maschinen beteiligt waren.

Um mir den allfälligen Vorwurf des Revanchismus und der „Aufrechnerei“ zu ersparen, will ich aber hier nicht verschweigen, daß die „Vernichtungsbilanz“ der Deutschen Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg noch wesentlich brutaler ausgesehen hätte, wenn die Nazis die geeigneten Mittel gehabt hätten: Die militärisch vollkommen sinnlosen Terrorangriffe mittels der sogenannten „Vergeltungswaffen“ (Flugbombe V1, Rakete V2) sind ein gutes Beispiel. Der kranke Irrsinn (Pleonasmus?), noch möglichst viele Juden und Regimegegner in Vernichtungslager zu verfrachten (sic!) – die Züge hatten tatsächlich Priorität vor Nachschubtransporten an die kaum mehr zu haltende Ostfront – braucht wohl nicht kommentiert zu werden.

Das Herunterspielen von Opferzahlen hat aber Tradition und Methode: Mir sind keine seriösen Zahlen bekannt, wie viele amerikanische Ureinwohner (Indianer) im Lauf der Geschichte durch alle erdenklichen Tötungsformen (Erschießen, Abstecken, Verhungern lassen, absichtlich mit Krankheiten anstecken) umgebracht wurden – oft nicht einmal aus Haß oder aus irrationaler Wut, sondern aus Gier. Bis heute weiß man auch nicht, wieviele schwarze Afrikaner verschleppt wurden und durch Zwangsarbeit unter menschenunwürdigen Bedingungen zu Tode kamen. Ich trage – wenn das auch nicht jeder verstehen wird – als

Gegner von Rassismus und Sklaverei eine konföderierte Traditionsuniform (CSA – Confederate States of America, die elf Südstaaten, die sich zwischen 1860 und 1865 von den USA getrennt haben und nach einem grausamen Bürgerkrieg wieder in die Union „zurückgeführt“ wurden).

Die Brutalität, mit der die dem Kapitalismus hörigen USA damals gegen ihre Landsleute Krieg geführt haben, bezeichnen manche Historiker als eine Vorwegnahme der Feuerstürme über deutschen und japanischen Städten; der absolute Vernichtungswille der USA, vom Brand von Atlanta bis Nagasaki, vom Shenandoah-Tal bis Vietnam, relativiert deutsche Verbrechen nicht: Rotterdam und Warschau waren Verbrechen, die Vernichtungslager der Nazis müssen dem österreichischen Gesetz nach als singuläre Verbrechen bezeichnet werden – auch wenn es eine Verharmlosung der Verbrechen an „Indianern“, Kurden, Armeniern ist.

Revanchismus? Nein. Nur eine Gruppe Opfer darf justament in der Geschichte der Menschheit diesen Irrtum der Natur, diesem Mordgesindel, dem anzugehören ich mich schäme, kaum erwähnt werden: Die Sudetendeutschen. Wir sind an allem schuld. Wir sind die Schlechtesten und verdienen keine Gerechtigkeit. Josef F. Maletschek, Wien

Beispielhaft

Meine Meinung zum Artikel „Die Kirche von Bärwald: Ein kulturelles Trauerspiel“, in der Nummer 3, Seite 10, der „Sudetenpost“:

Wir fahren seit Jahren außer in den Wallfahrtsort Grulich / Kraliky auch nach Bärwald / Neratov, wo seit vielen Jahren etwas im Gange ist. Ein äußerst aktiver Msg. Joseph Suchar als Caritaspfarrer hat das Gesicht des Ortskernes verändert. Es entsteht seit Jahren ein Projekt, erstens der Wiederaufbau der nach Kriegsende abgebrannten Kirche (viele Jahre als Ruine der Witterung ausgesetzt), zweitens wurde die ehemalige Schule zur Großküche und Unterkunft für behinderte Jugendliche ausgebaut, drittens dient die „Farm“ als Ernährungsgrundlage für alle, viertens wurde im Nachbarort eine Werkstatt für Behinderte aus einem verfallenen deutschen Bauernhof errichtet. Es gibt zwei kleine Läden, in denen verschiedene Waren angeboten werden. Dies alles basiert auf der Grundlage der „Vereinigung“ (Sdruscheny Neratov / Bärwald). Meiner Meinung nach ist es eine glänzende Sache, auf diese Weise solchen Menschen eine Heimat zu geben, statt wie zu Zeiten des Kommunismus, daß die Häuser als Ferienhäuser für Funktionäre genutzt wurden. Die drei Standbeine dieser Vereinigung sind: Glaube – Leben – Gemeinschaft.

Zu finden unter: www.baerwald.de
Horst Schindler, D-Olsberg

Steinbachs Opfer beendet Streit

An eine solche Wende habe ich nie geglaubt. „Opfer“ ist auch für den Verzicht der Frau Steinbach aus Parteiräson ein zu großes Wort.

Schon Ende 2002 habe ich dem Bund der Vertriebenen (BdV) geschrieben und dringend davor gewarnt, sich auf die Politik zu verlassen bezüglich einer Gedächtnisstätte in Berlin für unsere Vertriebensopfer.

Als pommerische Kulturpreisträgerin habe ich schon damals angeregt, eine würdige Aufarbeitung in der Eigenregie der Vertriebenenverbände zu starten, und zwar ohne Verzögerung, bevor die letzten Zeitzeugen gestorben sind. Inzwischen sind mehr als sieben Jahre ins Land gegangen, gezeichnet von unerträglichen Querelen um mehr als zwei Millionen deutsche Vertriebensopfer.

Mit dem Tod von Professor Dr. Peter Glotz fiel in Berlin die letzte moralische Schranke, und heute bestimmen die Vertreter der Vertriebenenländer und der Zentralrat der Juden in Deutschland.

Deutsche Mord- und Vertriebensopfer darf es also nicht geben, und wer das entscheidend bestimmt, bleibt letzten Endes für uns im Dunkeln. Dietlinde Bonnlander, Imst

Liebe Leserinnen und Leser!

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.

Mann der ersten Stunde: Herbert Schmidt wäre 100



Am 7. April 1910 in Komotau geboren, erlebt Herbert Schmidt als Kind Krieg und Untergang des Habsburger Vielvölkerstaates und die erzwungene Einverleibung seiner Heimat in die neugegründete Tschechoslowakische Republik. Die Erziehung im Elternhaus und die

Erlebnisse in der Jugendbewegung prägen die Heranwachsenden. Die tiefverwurzelte Bindung zu seinem Volk und seiner sudetendeutschen Volksgruppe bestimmt sein ganzes Leben und geht im Wesentlichen auf diese Einflüsse zurück.

Gymnasium, dann höhere Staatsgewerbeschule für Elektronik und Maschinenbau in Komotau, Matura mit Auszeichnung, Studium in Prag, Abiturientenkurs an der deutschen Handelsakademie, er bekommt aber als Deutscher keinen Arbeitsplatz als Ingenieur oder Betriebswirt.

Mit 13 Jahren tritt Schmidt dem Sudetendeutschen Wandervogel bei, übernimmt die Führung des „Deutschen Jungvolkes“ in Komotau und gründet während seiner Studentenzeit in Prag den „Deutschnationalen Studentenbund“, dessen Vorsitzender er wird. Schon in diesen Jahren zeigt sich sein Redetalent, das ihm bei Gründungen der Orts- und Kreisgruppen in der Sudetendeutschen Landsmannschaft sehr zugutekommen wird. Sein Einsatz gehört vor allem Einrichtungen im „Bund der Deutschen“ bei Volkstumsarbeiten in gefährdeten sudetendeutschen Gebieten in Böhmen und Mähren-Schlesien, nachdem er schon große Verdienste um den Aufbau und erfolgreichen Einsatz „Bruder in Not“ und schließlich in der „Sudetendeutschen Volkshilfe“ (SVH) erworben hat.

1936 wird Schmidt in das Gauschulungsamt in Reichenberg berufen, wo er bis zu seiner Amtsübernahme des Stadtkulturamts seiner Heimatstadt bis 1939 in der „Arbeitsgemeinschaft für deutsche Kulturarbeit“ tätig ist. Für seine Tätigkeit vor dem Anschluß 1938 an das Deutsche Reich wird ihm 1939 die „Medaille für die Pflege des Deutschen Volkstums“ verliehen, seine ihm teuerste Auszeichnung von allen, die er erhält. In den letzten Kriegstagen 1945 wird Schmidt schwer verwundet. Sein rechtes Bein wird amputiert. Er gerät in Gefangenschaft, wird 1946 von den Amerikanern entlassen, erkrankt schwer und wird in ein Sanatorium eingeliefert. Mit 100prozentiger Erwerbsminderung wird er 1948 entlassen. Bereits dort nimmt Schmidt mit dem aus der Jugend her bekannten ehemaligen Landeshauptmann für Deutschböhmen, Dr. Rudolf Lodgman von Auen, Verbindung auf, und wird sein persönlicher Referent. Dank seiner Rente lehnt Schmidt eine bezahlte Anstellung ab, um in seinen Entscheidungen unabhängig zu sein. Er widmet seinem Leben ehrenamtlich seiner Volksgruppe. Als Landesgeschäftsführer der SL Bayern ist er am Aufbau von Orts- und Kreisgruppen beteiligt und als Redner ständig unterwegs. Er gibt noch vor seiner Erkrankung einen „Wanderbrief“ für seine Komotauer Landsleute heraus. Das war der Beginn der „Komotauer Heimatzeitung“. Er ist am Aufbau der „Sudetendeutschen Zeitung“ und der Satzung für die Gründung des Landesverbandes Bayern der SL wesentlich beteiligt. Er entwirft auch das Wappen der Sudetendeutschen.

1952 gründet Schmidt mit Freunden das „Sudetendeutsche Sozialwerk e.V.“ dessen 1. Vorsitzender er wird. Mit Hilfe der norwegischen Europa-Hilfe und einer Zuwendung kann der „Heiligenhof“ bei Bad Kissingen erworben werden. Im März 1955 übernimmt das Sudetendeutsche Sozialwerk (SSW) vom bayerischen Staat die Pachtung der völlig leerstehenden Burg Hohenberg an der Eger als „Landeswarte der Sudetendeutschen“. Bereits im Sommer 1955 kann die erste Kindererholungsverschickung (KEV) durchgeführt werden. Ziel dieser Betreuungshilfe ist es, eine Abwanderung bedürftiger sudetendeutscher Familien zu verhindern und ihre Kinder und Jugendlichen der SdJ zuzuführen.

Für seine unermüdete Arbeit um die sudetendeutsche Volksgruppe wird Schmidt mit zahlreichen Medaillen geehrt, wie der Dr.-Lodgman-von-Auen-Medaille (von ihm selbst überreicht), der Adalbert-Stifter-Medaille, dem Ehrenbrief der SL, dem Ehrenzeichen des SSW u. a.

1964 scheidet Schmidt aus dem SSW aus und geht mit Ingrid Hadina, seiner späteren Frau, nach Österreich, wo sie in dem Dichtersteinort Offenhausen bei Wels das „Gästehaus Hadina“ betreiben, das sich bald zum Treffpunkt von Schriftstellern und Literaturinteressierten aus Deutschland und Österreich entwickelt. 1976 kehrt Schmidt nach Bayern zurück.

Trotz Herzerkrankung, Oberschenkelhals-Bruch seines einzigen Beines und schwerer Lungenembolie, von den Ärzten schon aufgegeben, kämpft sich Schmidt ins Leben zurück und nimmt seine Aufgaben im ÜK weiterhin wahr. 1994 gibt er sein Amt als Sprecher ab, nimmt aber, halb erblindet, bis kurz vor seinem Tod an den Treffen mit seinen Kameraden teil.

Am 20. 2. 1997 stirbt Schmidt in Neureichenau. In Hohenberg a. d. Eger findet Herbert Schmidt, unterhalb seiner geliebten Burg liegend, mit Blick in die Heimat, seine letzte Ruhestätte. Die Glocke vom Torturm der Burg schickt einen letzten Gruß. Ingrid Schmidt-Hadina